



Wortprotokoll

der 59. Sitzung vom 12. Juli 2005

Resoconto integrale

della seduta n. 59 del 12 luglio 2005

XIII. Legislatur
XIII. Legislatura
2004 - 2008

SÜDTIROLER LANDTAG
CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA
DI BOLZANO

SITZUNG 59. SEDUTA

12.7.2005

INHALTSVERZEICHNIS

Landesgesetzentwurf Nr. 72/05: "Bestimmungen in Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt des Landes Südtirol für das Finanzjahr 2005 und für den Dreijahreszeitraum 2005-2007"
..... Seite 3

Landesgesetzentwurf Nr. 73/05: "Nachtragshaushalt des Landes Südtirol für das Finanzjahr 2005 und für den Dreijahreszeitraum 2005-2007."
..... Seite 3

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 6 vom 17.6.2005, eingebracht von den Abgeordneten Leitner und Mair, betreffend IRAP.
..... Seite 91

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 10 vom 17.6.2005, eingebracht von den Abgeordneten Leitner und Mair, betreffend Kinderscheck - Kinderbetreuungsgeld. Seite 95

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 11 vom 20.6.2005, eingebracht vom Abgeordneten Pöder, betreffend Landeskindergeld - rückwirkende Auszahlung ab 1. Jänner 2005.
..... Seite 99

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 27 vom 7.7.2005, eingebracht von den Abgeordneten Heiss, Kury und Dello Sbarba, betreffend: Südtirol benötigt möglichst rasch eine Preisbeobachtungsstelle. Seite 106

INDICE

Disegno di legge provinciale n. 72/05: "Disposizioni in connessione con l'assestamento del bilancio di previsione della Provincia di Bolzano per l'anno finanziario 2005 e per il triennio 2005-2007"
..... .pag. 3

Disegno di legge provinciale n. 73/05: "Assestamento del bilancio di previsione della Provincia di Bolzano per l'anno finanziario 2005 e per il triennio 2005-2007."
..... .pag. 3

Ordine del giorno n. 6 del 17.6.2005, presentato dai consiglieri Leitner e Mair, concernente IRAP.
..... .pag. 91

Ordine del giorno n. 10 del 17.6.2005, presentato dai consiglieri Leitner e Mair, concernente assegno per l'assistenza ai figli.
..... .pag. 95

Ordine del giorno n. 11 del 20.6.2005, presentato dal consigliere Pöder, concernente assegno al nucleo familiare - erogazione retroattiva dal 1° gennaio 2005. pag. 99

Ordine del giorno n. 27 del 7.7.2005, presentato dai consiglieri Heiss, Kury e Dello Sbarba, concernente: in Alto Adige occorre istituire al più presto un osservatorio dei prezzi.
..... .pag. 106

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

GIORGIO HOLZMANN

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

ORE 10.03 UHR

(Appello nominale - Namensaufruf)

PRESIDENTE: La seduta è aperta.

Prego dare lettura del processo verbale dell'ultima seduta.

THALER ZELGER (Sekretärin - SVP): *(Legge il processo verbale - verliest das Sitzungsprotokoll)*

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni al verbale? Nessuna. Il verbale è approvato.

Per la seduta odierna si sono giustificati i consiglieri Dello Sbarba, Denicolò e Stirner Brantsch.

Punto 172) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 72/05:* **"Disposizioni in connessione con l'asestamento del bilancio di previsione della Provincia di Bolzano per l'anno finanziario 2005 e per il triennio 2005-2007"** e

Punto 173) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 73/05:* **"Assestamento del bilancio di previsione della Provincia di Bolzano per l'anno finanziario 2005 e per il triennio 2005-2007."**

Punkt 172 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 72/05:* **"Bestimmungen in Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt des Landes Südtirol für das Finanzjahr 2005 und für den Dreijahreszeitraum 2005-2007"** und

Punkt 173 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 73/05:* **"Nachtragshaushalt des Landes Südtirol für das Finanzjahr 2005 und für den Dreijahreszeitraum 2005-2007."**

La parola all'assessore Frick per la lettura delle relazioni accompagnatorie della Giunta provinciale.

Disegno di legge provinciale n. 72/05:

FRICK (Landesrat für Handwerk, Industrie, Handel sowie Finanzen und Haushalt - SVP): Werte Damen und Herren Abgeordnete,

im Namen der Landesregierung unterbreite ich Ihnen den Entwurf des Finanzgesetzes im Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf zur Berichtigung des Haushaltsvoranschlags des Finanzjahres 2005. Diese Maßnahme ist notwendig, da das Nachtragshaushaltsgesetz weder Ausgabenbewilligungen abändern, noch die Beachtung des Artikels 81 der Verfassung, was die finanzielle Deckung der Neu- oder Mehrausgaben betrifft, gewährleisten kann.

Die Haushaltsgesetze können, aufgrund ihres rein formellen Charakters, nur jene Haushaltsbereitstellungen ermächtigen, die Ausgaben für den Betrieb der Organe und Ämter, Ausgaben für die allgemeinen und institutionellen Aufgaben der Körperschaft oder Pflichtausgaben gemäß geltender Gesetzgebung betreffen.

Mit dem beiliegenden Entwurf des Finanzgesetzes werden also die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, alle Ausgaben, die mit dem verbundenen Nachtragshaushaltsgesetz in den Haushalt des laufenden Jahres eingeschrieben werden, zu ermächtigen oder Ausgabenermächtigungen des Finanzgesetzes für das Jahr 2005 (L.G. 23.12.2004, Nr. 10) abzuändern.

Ich erinnere daran, dass mit diesem Finanzgesetz, abzüglich von Ausgabenverminderungen, insgesamt 60,3 Millionen Euro an Mehrausgaben in den Haushalt 2005 einzuschreiben sind. Der Differenzbetrag von 20,5 Millionen Euro an Mehrausgaben wird direkt in den Haushalt durch das Nachtragshaushaltsgesetz eingeschrieben.

Das Finanzgesetz stellt ein rechtliches Instrument dar, um Änderungen und Ergänzungen an geltenden Gesetzesbestimmungen vorzunehmen und somit die Maßnahmen des Landes in einigen Bereichen wirkungsvoller zu machen, um die Programmierung an veränderte Situationen anzupassen.

Ich erläutere nun die Inhalte der einzelnen Artikel des Gesetzentwurfes:

Der Abschnitt I dieses Gesetzes beinhaltet die Bestimmungen im Bereich der Einnahmen.

Artikel 1 sieht Änderungen auf dem Gebiet der Landesabgaben vor: Die mit Absatz 1 eingeführte Änderung hat die Absicht, den Ankauf von umweltschonenden Kraftfahrzeugen zu fördern, unter anderem jene Fahrzeuge, welche mit Wasserstoff angetrieben werden und jene, die mit sogenannten Hybridenantrieb Elektro-/Verbrennungsmotor ausgerüstet sind.

Die unter Absatz 2 und Absatz 3 vorgesehenen Änderungen sind notwendig, um die Bestimmungen im Bereich der Landesabgabe für das Recht auf Universitätsstudium auf den letzten Stand zu bringen und um die Beträge, die in Lire festgesetzt waren, dem Euro anzugleichen. Mit der unter Artikel 2 vorgeschlagenen Gesetzesänderung sollen die Voraussetzungen für die Einführung einer Mautgebühr für die Zu- und Durchfahrt von Kraftfahrzeugen auf Freilandstrassen, die in die Zuständigkeit des Landes fallen, geschaffen werden. Die Einführung dieser Maut zielt darauf ab, die Verkehrssicherheit zu gewährleisten, das betroffene Gebiet vor Überlastung zu schützen, Verkehrsstaus zu

vermindern und eine bessere Luftreinhaltung sowie einen besseren Umwelt- und Landschaftsschutz zu garantieren.

Der Abschnitt II dieses Gesetzes beinhaltet die Bestimmungen im Bereich der Ausgaben sowie Änderungen an geltenden Landesbestimmungen.

Artikel 3 genehmigt die geänderten Ausgabenermächtigungen zu Lasten des Haushaltes 2005 mit Bezug auf die dem Finanzgesetz beigelegten Anlagen A und B.

Artikel 4 genehmigt die Erhöhung der Ausgabe für den Investitionsfonds bei den den Gemeinden auf der Grundlage des dreijährigen Abkommens über die Lokalfinanzen zustehenden Finanzierungen.

Mit Artikel 5 wird der Europäischen Akademie ein Sonderbeitrag für die Errichtung einer Bodenstation, die dem Empfang und dem direkten Monitoring von Satellitenausstrahlungen dient, gewährt.

Artikel 6 sieht die Erhöhung der Beteiligung des Landes am Kapital der Gesellschaft STA AG vor.

Artikel 7 ergänzt die Dotierung der notwendigen Ausgaben auf dem dafür vorgesehenen Fonds des Haushaltes für den Abschluss einiger Kollektivverträge für das Personal der öffentlichen Verwaltung des Landes, die in der Zwischenzeit verfallen sind. Die Ausgaben beziehen sich auf den Dreijahreszeitraum.

Mit Artikel 8 wird kraft dem Land übertragenen Zuständigkeiten die für das Landespersonal geltende Regelung auch auf das Personal der Gemeinden und der Bezirksgemeinschaften ausgedehnt. Dank dieser Anpassung hat der Beitritt zum Laborfonds für dieses Personal dieselben Auswirkungen wie für das Landespersonal. Diese Anpassung ist vor allem auch deshalb notwendig, da für beide Personalkategorien auch derselbe Kollektivvertrag zur Anwendung kommt. Außerdem haben somit die Gemeinden ebenfalls die Möglichkeit, die gesamte Abfertigung beim Dienstaustritt des Personals auszuführen.

Mit Artikel 9 wird das Gesamtplansoll des Landes erhöht und zwar um jene zusätzlichen Einheiten, die bei den Landeskindergärten aufgrund der Einschreibungen und in Anbetracht der längeren Kindergartenzeiten im Rahmen des "Familienpaketes" notwendig geworden sind.

Mit der von Artikel 10 vorgeschlagenen Gesetzesänderung soll die Voraussetzung für den flächendeckenden Zugang zu Breitband geschaffen werden. Bis zum Jahr 2009 sollen 95% der Betriebe und 90% der Bevölkerung Südtirols über einen Breitbandanschluss verfügen können. Mit der Realisierung und Instandhaltung der erforderlichen kommunikationstechnischen Infrastrukturen werden interne Dienststellen und Anstalten sowie privatwirtschaftliche Unternehmen beauftragt.

Die Notwendigkeit der unter Artikel 11 vorgeschlagen Änderungen ist durch das Urteil des Verfassungsgerichtshofes Nr. 106 vom 07.03.2005 entstanden, welches die Verfassungswidrigkeit der gesetzlichen Einsetzung des Landes gegenüber des unterhaltspflichtigen Elternteils erklärt hat. In der neuen Formulierung des Artikels 12 del Gesetzes, wird dem Leistungsempfänger die Möglichkeit gegeben, den erhaltenen Vorschuss im Falle der Bezahlung durch das zur Unterhaltszahlung verpflichtete Elternteil persönlich zurückzugeben bzw. dem

Land zu ermöglichen, den ausbezahlten Vorschuss wieder rückzuholen (durch freiwilliger und nicht mehr gesetzlicher Einsetzung).

Der Höchstwert, welchen der Faktor wirtschaftliche Lage zur Berechtigung zum Bezug der Leistung zum Unterhaltsvorschuss nicht überschreiten darf, wird von 1,6 auf 2,2 erhöht, mit dem Ziel, das Spektrum der unterstützten Minderjährigen und Eltern zu erweitern. Gleichzeitig werden zukünftige Änderungen dieses Wertes mittels Verordnung ermöglicht.

Artikel 12 betrifft eine Änderung bei der Mitfinanzierung von Maßnahmen, für welche EU-Beiträge zugewiesen werden. Mit der vorgeschlagenen Änderung wird es möglich auch Vorhaben zu finanzieren, welche zu Beginn des Jahres wegen mangelnder Verfügbarkeit von Geldmitteln nicht realisierbar waren. Mit dieser neuen Bestimmung wird die Anwendung des sog. "overbooking-Verfahrens", das bereits für andere Bereiche gilt, auch für die Landwirtschaft sicher gestellt.

Artikel 13 gibt die finanzielle Deckung der mit dieser Gesetzesmaßnahme ermächtigten Mehrausgaben an. Diese ergibt sich aus der Einschreibung der Mehreinnahmen mit dem Gesetz über den Nachtragshaushalt in den Landeshaushalt für das Jahr 2005 und aus den Änderungen der Bereitstellungen des mehrjährigen Haushaltes.

Artikel 14 regelt die nötigen Übergangsbestimmungen bei der Anwendung der von Artikel 1 eingeführten Steuererleichterungen für Kraftfahrzeuge mit Hybridantrieb oder mit Wasserstoff angetriebenen Kraftfahrzeuge.

Artikel 15 sieht das Inkrafttreten des Gesetzes vor.

Signore e Signori Consiglieri,

presento a nome della Giunta provinciale il disegno di legge finanziaria collegato con il disegno di legge di assestamento del bilancio di previsione dell'esercizio finanziario 2005. Si tratta di un provvedimento reso necessario dal fatto che la legge di assestamento non può modificare precedenti autorizzazioni di spesa, nè assicurare il rispetto dell'articolo 81 della Costituzione per quanto riguarda la copertura finanziaria di nuove o maggiori spese.

Le leggi di bilancio, avendo natura di leggi formali, possono infatti autorizzare soltanto gli stanziamenti del bilancio destinati alle spese già obbligatorie in base alla legislazione vigente e quelle per il funzionamento dell'Amministrazione.

Con l'allegato disegno di legge finanziaria vengono pertanto creati i presupposti giuridici per autorizzare tutte le spese di natura non obbligatoria, da iscrivere nel bilancio per l'anno in corso con la connessa legge provinciale sull'assestamento o per modificare le autorizzazioni di spesa della legge finanziaria per l'anno 2005 (L.P. 23.12.2004 n. 10).

Ricordo che con questa legge finanziaria vengono autorizzate, complessivamente 60,3 milioni di euro di maggiori spese da iscrivere nel bilancio 2005, al netto delle riduzioni di spese. Il restante importo di 20,5 milioni di euro di maggiori spese è direttamente iscritto in bilancio.

La legge finanziaria costituisce inoltre lo strumento giuridico per apportare modifiche e integrazioni a disposizioni legislative vigenti, al fine di rendere più efficace l'intervento della Provincia in alcuni settori adeguando la programmazione alle mutate situazioni.

Provvedo ora ad illustrare qui di seguito il contenuto dei singoli articoli del disegno di legge:

Il Capo I della presente legge contiene le disposizioni in materia di entrate.

L'articolo 1 prevede modifiche nel settore dei tributi provinciali:

La modifica introdotta con il comma 1 intende incentivare l'acquisto di veicoli a basso impatto ambientale, tra questi vengono compresi i veicoli alimentati ad idrogeno e quelli cosiddetti ibridi con alimentazione elettrica e termica.

Le modifiche previste dai commi 2 e 3 si rendono necessarie al fine di aggiornare le disposizioni in materia di tassa provinciale per il diritto allo studio universitario le cui tariffe erano stabilite in lire adeguando il provvedimento di legge all'euro.

Con la modifica di legge proposta all'articolo 2 si vuole creare i presupposti per l'istituzione di una tariffa d'uso per l'ingresso e la circolazione di veicoli a motore su strade extraurbane di competenza della Provincia. Con l'istituzione della tariffa d'uso si intendono garantire il transito in condizioni di sicurezza, il rispetto del limite di carico del territorio interessato, la riduzione della congestione del traffico veicolare ed una migliore tutela dell'aria, dell'ambiente e del paesaggio.

Il Capo II della presente legge contiene disposizioni in materia di spesa nonché modifiche a vigenti disposizioni provinciali.

L'articolo 3 approva le modifiche delle autorizzazioni di spesa a carico del bilancio 2005 con riferimento alle tabelle A e B allegate alla legge finanziaria.

L'articolo 4 approva l'aumento della spesa per il fondo investimenti nell'ambito dei finanziamenti spettanti ai Comuni in base all'accordo triennale sulla finanza locale.

Con l'articolo 5 viene concesso un contributo straordinario all'accademia europea per realizzare una base funzionale al telerilevamento e al monitoraggio satellitare diretto.

L'articolo 6 prevede l'aumento della partecipazione della Provincia alla società STA Spa.

L'articolo 7 integra la dotazione di spesa necessaria sull'apposito fondo del bilancio, per la conclusione di alcuni contratti collettivi di lavoro del personale dell'amministrazione pubblica in Provincia nel frattempo scaduti, relativamente ai costi nel triennio.

Con l'articolo 8, in forza delle competenze trasferite alla Provincia, viene

estesa anche al personale dipendente dai comuni e dalle comunità comprensoriali normativa vigente per il personale provinciale. Grazie e tale adeguamento l'ingresso al Laborfonds per tale personale ha i medesimi effetti che per il personale della Provincia. Tale adeguamento è tra l'altro necessario anche perché a entrambe le categorie di personale viene applicato il medesimo contratto collettivo. Inoltre i comuni potranno in questo modo liquidare alla cessazione dal servizio del personale l'intera indennità di buonuscita.

Con l'articolo 9 viene aumentata la pianta organica del personale provinciale per le unità rese necessarie in più presso le scuole materne provinciali in relazione alle iscrizioni di alunni ed in relazione anche all'allargamento del tempo di permanenza nell'ambito del "pacchetto famiglia".

Con la modifica di legge proposta all'articolo 10 si vuole creare il presupposto per l'accesso diffuso alla banda larga. Entro l'anno 2009 il 95% delle imprese e il 90% della popolazione della Provincia di Bolzano devono poter disporre di una connessione a banda larga. Per la realizzazione e la manutenzione delle infrastrutture telematiche necessarie saranno incaricati servizi e strutture interni nonché imprese private.

Le modifiche proposte dall'articolo 11 sono rese necessarie dalla sentenza della Corte Costituzionale n. 106 del 7.03.2005, che ha dichiarato l'illegittimità costituzionale della previsione del diritto di surrogazione in capo alla Provincia previsto dal testo originario della legge. Nella nuova formulazione dell'articolo 12 della legge è lasciata ora la possibilità al richiedente l'anticipazione dell'assegno di mantenimento di restituire personalmente l'importo ricevuto oppure di mettere in condizione la Provincia di poter recuperare la somma successivamente (tramite surroga, in questo caso volontaria e non più legale, della Provincia nel proprio diritto di credito verso l'obbligato principale).

Il limite economico per usufruire della prestazione viene elevato ad un valore della situazione economica di 2,2 rispetto al valore di 1,6 attualmente in vigore, al fine di ampliare lo spettro dei minori e dei genitori che possono usufruire della prestazione. E' prevista la possibilità di modificare questo valore in via regolamentare.

L'articolo 12 riguarda una modifica nell'ambito del cofinanziamento di iniziative ammesse a contributo da parte della UE. Con la modifica proposta sarà possibile intervenire anche rispetto a progetti non finanziabili all'inizio dell'anno per mancata disponibilità di fondi. Viene resa con certezza applicabile anche al settore agricolo disposizione già applicata per altri settori provinciali per il cosiddetto "overbooking".

L'articolo 13 individua la copertura finanziaria delle maggiori spese autorizzate con il presente provvedimento di legge. Essa è data dalle maggiori entrate iscritte nel bilancio provinciale per l'anno 2005 con la legge di assestamento, nonché dagli stanziamenti iscritti nel bilancio pluriennale.

L'articolo 14 disciplina le necessarie modalità transitorie di applicazione per le agevolazioni fiscali per i veicoli con alimentazione ibrida o ad idrogeno introdotte dall'articolo 1.

L'articolo 15 dispone infine per l'entrata in vigore della legge.

Disegno di legge provinciale n. 73/05:

FRICK (Landesrat für Handwerk, Industrie, Handel sowie Finanzen und Haushalt - SVP): Werte Damen und Herren Abgeordneten,

In der Mitte des Finanzjahres ist - wie üblich - eine allgemeine Überprüfung der Finanzplanung des Haushaltsjahres fällig. Es ist nicht nur zweckmäßig, es ist zudem gesetzlich vorgeschrieben, den Haushaltsvoranschlag auf der Grundlage der endgültigen Ergebnisse des vorhergehenden Haushaltsjahres, die aus der Abschlussrechnung hervorgehen, zu berichtigen. Der Artikel 25 des Landesgesetzes vom 29.1.2002, Nr. 1 (Bestimmungen über den Haushalt und das Rechnungswesen), legt fest, dass die Landesregierung innerhalb Juni dem Landtag den entsprechenden Gesetzentwurf übermittelt, um den Verwaltungsüberschuss oder -fehlbetrag, der sich im Laufe des vorhergehenden Haushaltsjahres ergeben hat, oder die entsprechende Differenz anzuwenden, falls - wie für den Haushalt 2005 - in denselben eine vorläufige Einschreibung des geschätzten Betrages bereits vorgenommen wurde. Auf diese Weise wird die nötige Verbindung zwischen den beiden Gebarungen gewährleistet. Das ist auch die Gelegenheit, um die Einnahme- und Ausgabeveranschlagungen an eine eventuell erfolgte Änderung der Programme oder an geänderte Gebärungsbedürfnisse anzupassen.

Dies vorausgeschickt, erläutere ich nun nachfolgend die für den Nachtragshaushalt 2005 zur Verfügung stehenden Ressourcen sowie die Vorschläge der Landesregierung zur diesbezüglichen Verwendung.

Neue und höhere finanzielle Ressourcen

Der Nachtragshaushalt 2005 hat ein recht bescheidenes Ausmaß, zumal er fast ausschließlich aus der Anwendung des vermehrten Verwaltungsüberschusses vom Jahre 2004 besteht. Der Überschuss, der noch in den Haushalt 2005 einzuschreiben ist, macht lediglich 77,3 Millionen Euro aus, weil man es bereits bei der Genehmigung des Haushaltsvoranschlags für sinnvoll hielt, 293,5 Millionen präventiv einzusetzen. Der gesamte für das Haushaltsjahr 2004 festgestellte Verwaltungsüberschuss machte 370,8 Millionen Euro aus; er war also höher als jener der zwei vorangehenden Haushaltsjahre (im Jahre 2002: 287,5 Millionen, im Jahre 2003: 246,3 Millionen).

Dieser Überschuss ist das Resultat aus 842,5 Millionen an Einsparungen auf den Ausgabekapiteln, sowohl auf dem Kompetenzkonto als auch auf dem Rückständekonto, denen nur 471,7 Millionen weniger Einnahmen als veranschlagt gegenüberstehen. Bezüglich dieser zwei Werte ist klarzustellen, dass sie stark vom Umstand konditioniert sind, dass die im Haushalt 2004 mit einer Ausgabe von 650 Millionen veranschlagte Kapitalisierung der SEL-Gesellschaft für den Erwerb von Wasserkraftwerken oder den Erwerb von Quoten von Energie-Gesellschaften im Jahre 2004 nicht realisiert wurde. Die vorgesehene Ausgabe wurde kompensiert durch eine veranschlagte Einnahme aus Anleihen derselben Höhe. Wenn man diesen außerordentlichen Posten nicht berücksichtigt, der ja insofern das Resultat nicht beeinflusst, als die vorgesehene Einnahme die betreffende Ausgabe kompensiert,

so wäre der Haushalt 2004 mit 178,3 Millionen Mehreinnahmen und 192,5 Millionen Ausgabeersparungen abgeschlossen worden. Die Mehreinnahmen betrafen sowohl Steuereinkünfte als auch andere Einkünfte.

Mit diesem Gesetz zum Nachtragshaushalt werden überdies weitere 3,8 Millionen Einnahmen aus Zuwendungen des Staates in den Haushalt eingeschrieben.

Die noch ungewissen Auswirkungen der staatlichen Steuerpolitik (Verringerung der IRPEF-Quoten, Aufhören der Wirkung der Una-tantum-Maßnahmen wie Straffreierklärungen und mögliche weitere starke Verringerung der IRAP bereits ab 2005, in Ergänzung der bereits vorgenommenen geringfügigen Verringerungen) und die Auswirkungen der abflauenden Konjunktur legen es uns nahe, für das Jahr 2005 keine Zunahme der Steuereinnahmen zu veranschlagen. Auch die Bindungen des Stabilitätspaktes und das entsprechende geringere Ausmaß der staatlichen Zuwendungen machen jegliche Hoffnung auf ein Anwachsen des Landeshaushalts zunichte.

Im Folgenden werden die ajourierten Einnahmeveranschlagungen infolge des vorgeschlagenen Nachtragshaushalts angeführt

(in Millionen €)

EINNAHMEN	2005 anf.	%	Änderung NHH	2005 ber./.	%
- Überschuß des Haushaltsjahres	293,5	5,9	+77,2	370,7	7,3
1. Landesabgaben und Zuweisungen staatlicher Abgaben	3.247,9	65,0	+0,0	3.247,9	64,0
2. Zuweisungen und Beiträge des Staates, der Region und der E.U.	356,8	7,1	+3,6	360,4	7,1
3. Vermögenserträge, Erträge der Betriebe, usw.	73,0	1,5	0,0	73,0	1,4
4. Veräußerung von Vermögensgütern, Kapitalzuwendungen, usw.	45,4	0,9	+0,0	45,4	0,9
5. Darlehen und Anleihen	650,0	13,0	+0,0	650,0	12,8

	4.666,6		+80,8	4.747,4	
6. Sonderbuchführungen (Durchlaufposten im Ausgleich mit den Ausgaben)	330,0	6,6	0,0	330,0	6,5
Summe der Einnahmen	4.996,6	100,0	+80,8	5.077,4	100

Einsatz der vermehrten Ressourcen

Nicht alle Finanzmittel dieses Nachtragshaushalts sind frei verfügbar: Fast ein Drittel der zusätzlich verfügbaren 81 Millionen muss aufgrund von gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen für bestimmte Ausgabenfelder verwendet werden. Es handelt sich im Besonderen um die Quoten, die für die Finanzierung der Gemeinden bestimmt sind; 13,5 Prozent der vermehrten Steuereinkünfte (zirka 60 Millionen), die zum Verwaltungsüberschuss 2004 beigetragen haben, müssen nämlich den Gemeinden abgetreten werden. Gebunden sind auch einige gleichfalls in den Überschuss geflossene Ausgabeneinsparungen auf den mit den gebundenen Zuwendungen des Staates, der europäischen Union, der Region oder anderer Rechtsträger finanzierten Ausgabekapiteln. Gebunden sind ebenso die Einsparungen, die dadurch entstanden sind, dass Fonds, die für die Kollektivverträge des Personals (8,1 Millionen) vorgesehen waren, 2004 nicht aufgebraucht wurden.

Frei verfügbar blieben hingegen zirka 56 Millionen Euro, welche die Landesregierung zu einem kleinen Teil (zirka 4,5 Millionen) zur Deckung von einigen nicht ausreichend finanzierten Pflichtausgaben vorgesehen hat. Es sei diesbezüglich darauf hingewiesen, dass die Landesregierung mit der Finanzplanung 2004 und mit jener für den ersten Teil des Jahres 2005 die Finanzsituation für die Gesundheitsausgaben ausgeglichen hat. Dabei hat sie auch eine ganze Reihe von Maßnahmen eingeleitet, um das starke Wachstum der Ausgaben in diesem Sektor einzudämmen. Die Ausgaben für den Gesundheitssektor machen nämlich mehr als ein Viertel des Landeshaushalts aus. Die ergriffenen Maßnahmen zeigen bereits die ersten Früchte, deshalb sind heute auch keine ansehnlichen finanziellen Aufstockungen für den Landesgesundheitsdienst mehr erforderlich, im Gegensatz zu früheren Nachtragshaushalten.

Mit dem restlichen Betrag sind die Bereitstellungen einiger besonderer Sektoren aufgestockt worden, um Programme und Maßnahmen nachzubessern. Es werden überdies neue Maßnahmen finanziert, die durch das Finanzgesetz zu diesem Nachtragshaushalt beschlossen werden sollen. Auf der Basis der Überprüfung des Fortganges der Sektorenprogramme hat man mit diesem Nachtragshaushalt auch einige kompensatorische Umbuchungen von Ausgaben zwischen ver-

schiedenen Haushaltsgrundeinheiten vorgenommen; auf diese Weise werden mit der Gebarung des Haushalts die festgelegten Ziele in der Regierungstätigkeit besser erreicht.

In der Tabelle auf Seite 5 ist im Detail die Aufteilung der Ressourcen nach Funktionen/Zielen, auch im Vergleich zu den Veranschlagungen des anfänglichen Haushalts 2005, hervorgehoben.

Artikel des Gesetzentwurfes

Abschließend erläutere ich noch kurz den Inhalt der Artikel des Gesetzentwurfes:

Mit Artikel 1 wird die Bestimmung des Landeshaushaltsgesetzes von 2005 teilweise geändert, welche die Aufnahme von Krediten für die Kapitalaufstockung der kontrollierten Gesellschaft SEL AG zum Ankauf von Wasserkraftwerken oder zur Beteiligung an Gesellschaften genehmigt, die im Energiesektor tätig sind. Der zukünftige Eintritt der SEL in die Edison-Gesellschaft als Teilhaber sollte technisch in Form einer Beteiligung an Zwischengesellschaften vonstatten gehen. Wir haben es indessen für sinnvoll gehalten, die bereits zu diesem Behufe mit Haushaltsgesetz erteilte Ermächtigung flexibler zu gestalten, um die Operation mit Hilfe tauglicherer Instrumente möglich zu machen. Ferner wird die Mindestdauer für die Verschuldung auf fünf Jahre verringert.

- Mit den Artikeln 2 und 3 werden die Veranschlagungen der Einnahmen und der Ausgaben des Haushaltes 2005 um jeweils 80,8 Millionen Euro erhöht;

- mit Artikel 4 werden die Änderungen des Haushaltsvoranschlages 2005 auf den mehrjährigen Haushalt übertragen sowie die Veranschlagungen bezüglich des Zweijahreszeitraumes 2006-2007 aktualisiert.

Ich ersuche die werten Damen und Herren Landtagsabgeordneten den beiliegenden Gesetzentwurf zu genehmigen.

Signore e Signori Consiglieri,

a metà dell'anno finanziario si presenta, come d'abitudine, l'opportunità di una ricognizione generale della programmazione finanziaria dell'esercizio: è un appuntamento dovuto, in quanto vi è comunque l'obbligo legislativo di assestare il bilancio di previsione sulla base dei risultati definitivi dell'esercizio precedente, accertati con il conto consuntivo. L'articolo 25 della legge provinciale 29.1.2002, n. 1 (norme in materia di bilancio e contabilità) stabilisce infatti che entro il mese di giugno la Giunta presenti al Consiglio provinciale il relativo disegno di legge, al fine di applicare l'avanzo o disavanzo di amministrazione determinatosi nell'esercizio precedente o la relativa differenza, qualora nel bilancio vi sia stata già un'applicazione provvisoria dell'avanzo presunto, come avvenuto per il bilancio 2005. In tal modo si assicura il necessario raccordo tra le due gestioni. E' questa l'occasione per adeguare anche le previsioni di entrata e di spesa alle eventuali modifiche intervenute al quadro programmatico di riferimento ed ai mutati fabbisogni gestionali.

Ciò premesso passo quindi ad esporre di seguito il quadro delle risorse disponibili per l'assestamento del bilancio 2005 e le proposte della Giunta provinciale per il relativo utilizzo.

Nuove e maggiori risorse finanziarie

Si tratta per il 2005 di un assestamento di bilancio molto contenuto, costituito quasi esclusivamente dall'applicazione del maggiore avanzo di amministrazione 2004. L'avanzo ancora da iscrivere nel bilancio 2005 è di 77,3 milioni di euro, in quanto già con l'approvazione del bilancio di previsione si era ritenuto di utilizzarne in via preventiva 293,5 milioni. L'avanzo di amministrazione complessivo accertato per l'esercizio 2004 è infatti risultato di 370,8 milioni di euro, superiore a quello dei due esercizi precedenti (287,5 milioni nel 2002 - 246,3 milioni nel 2003).

Tale avanzo è il risultato di 471,7 milioni di minori entrate rispetto alle previsioni e di 842,5 milioni di economie sui capitoli di spesa, sia in conto competenza che in conto residui. Va chiarito, relativamente a tali due valori, che gli stessi sono stati fortemente condizionati dalla mancata realizzazione nel 2004 dell'operazione di capitalizzazione della società SEL per l'acquisto di centrali idroelettriche o l'acquisto di quote di società energetiche, prevista nel bilancio 2004 per una spesa di 650 milioni; la stessa era compensata da una previsione di entrata da prestiti di uguale importo. Non considerando tale partita eccezionale, e comunque ininfluente sul risultato finale in quanto si compensa, l'esercizio 2004 si sarebbe chiuso con 178,3 milioni di maggiori entrate ed economie di spesa per 192,5 milioni. Le maggiori entrate hanno riguardato sia i proventi di natura tributaria che quelli non tributari.

Vengono iscritte inoltre in bilancio, con questo provvedimento di assestamento, ulteriori 3,8 milioni di entrate da trasferimenti statali.

Gli ancora incerti effetti delle manovre statali sulle entrate tributarie (riduzione delle aliquote IRPEF, cessato effetto di provvedimenti a tantum come i condoni e possibile ulteriore forte riduzione dell'IRAP già dal 2005 in aggiunta a minori riduzioni già attuate in precedenza) nonché quelli che potrebbero essere prodotti da un raffreddamento della congiuntura economica, consigliano attualmente di mantenere prudentemente invariate le previsioni sulle entrate 2005 da tributi. Anche i vincoli del patto di stabilità ed i correlati programmati flussi dei trasferimenti dal bilancio statale suggeriscono in questa fase di non farsi guidare da previsioni di crescita del bilancio provinciale più ottimistiche.

Qui di seguito le previsioni aggiornate delle entrate di bilancio a seguito del proposto provvedimento di assestamento

(in milioni €)

<i>ENTRATE</i>	<i>2005 iniz.</i>	<i>%</i>	<i>Vari- az. assestam.</i>	<i>2005 ass.</i>	<i>%</i>
<i>- Avanzo dell'e- servizio</i>	<i>293,5</i>	<i>5,9</i>	<i>+77,2</i>	<i>370,7</i>	<i>7,3</i>

1. Tributi propri e devoluzioni di tributi erariali	3.247,9	65,0	+0,0	3.247,9	64,0
2. Assegnazioni e contributi dello Stato, della Regione e della U.E.	356,8	7,1	+3,6	360,4	7,1
3. Rendite patrimoniali, utili di aziende, ecc.	73,0	1,5	0,0	73,0	1,4
4. Alienazione di beni, rimborso di crediti, ecc.	45,4	0,9	+0,0	45,4	0,9
5. Mutui e prestiti	650,0	13,0	+0,0	650,0	12,8
	4.666,6		+80,8	4.747,4	
6. Contabilità speciali (partite di giro in pareggio con le spese)	330,0	6,6	0,0	330,0	6,5
Totale Entrate	4.996,6	100,0	+80,8	5.077,4	100

Destinazione delle maggiori risorse

Non tutti i mezzi finanziari di questo provvedimento di assestamento sono liberamente disponibili: per effetto di norme e vincoli di legge e di accordi, quasi un terzo dei ca. 81 milioni deve essere obbligatoriamente destinato a specifici ambiti di spesa. Si tratta in particolare delle quote obbligatoriamente dovute per il finanziamento dei comuni quale devoluzione del 13,5% sul maggior gettito tributario (ca. 60 milioni) che ha concorso alla formazione dell'avanzo di amministrazione 2004. Hanno vincolo anche alcune economie, confluite nel medesimo avanzo, sui capitoli di spesa finanziati con assegnazioni vincolate dello Stato, dell'Unione Europea, della Regione, o di altri soggetti, così come le economie per mancato utilizzo nel 2004 di fondi riservati alla contrattazione collettiva del personale (8,1 milioni).

Sono risultati pertanto liberamente disponibili ca. 56 milioni di euro, che la Giunta ha destinato in piccola parte (ca. 4,5 milioni) alla coper-

tura di alcune spese di tipo obbligatorio non adeguatamente finanziate. Si osserva al riguardo, che con la programmazione finanziaria del 2004 e con quella iniziale del 2005 la Giunta aveva riequilibrato la situazione finanziaria per la spesa sanitaria, avviando anche un programma di interventi atti a contenere le forti spinte di crescita della spesa in tale settore, che incide per oltre un quarto della spesa provinciale. I provvedimenti impostati stanno cominciando a dare positivi risultati, cosicché non sono più necessarie consistenti integrazioni finanziarie per il servizio sanitario provinciale, come avveniva invece in passato in occasione degli assestamenti di bilancio.

Con il rimanente importo sono stati integrati gli stanziamenti di alcuni particolari settori del bilancio, al fine di perfezionare programmi e interventi e vengono finanziati nuovi interventi proposti in approvazione con la collegata legge finanziaria.

Sulla base delle verifiche sullo stato di avanzamento dei programmi di settore, si è anche provveduto, con questo provvedimento di assestamento, ad alcuni storni compensativi di spesa tra diverse unità previsionali di base, allo scopo di ottimizzare il raggiungimento degli obiettivi definiti nell'azione di governo con la gestione del bilancio.

Nella tabella a pagina 5 è evidenziata in dettaglio la ripartizione per funzioni/obiettivo delle risorse effettuata con questo provvedimento, in rapporto anche agli stanziamenti del bilancio iniziale 2005.

Articoli del disegno di legge

Illustro infine brevemente il contenuto degli articoli del disegno di legge:

Con l'articolo 1 viene parzialmente modificata la disposizione normativa della legge provinciale di bilancio 2005 che autorizza l'accensione di prestiti per operazioni di capitalizzazione della società controllata SEL al fine di acquisto di centrali idroelettriche o partecipazione in società operanti nel campo dell'energia. Il concretizzarsi, come noto, del futuro ingresso della SEL nella società Edison in qualità di socio, dovrebbe realizzarsi tecnicamente per il mezzo di partecipazione a società intermedie: si è pertanto ritenuto opportuno definire in modo più flessibile l'autorizzazione già concessa con legge di bilancio a tale scopo, onde rendere possibile l'operazione con gli strumenti più adeguati al caso. Viene anche ridotta a cinque anni la durata minima autorizzata per l'indebitamento.

- con gli articoli 2 e 3 vengono aumentate le previsioni delle entrate e rispettivamente delle spese del bilancio 2005 per un importo a pareggio rispettivamente di 80,8 milioni di euro;

- con l'articolo 4 vengono riportate al bilancio pluriennale le variazioni del bilancio di previsione 2005 e aggiornate le previsioni relative al biennio 2006-2007;

Raccomando alle Signore ed ai Signori Consiglieri provinciali l'approvazione dell'allegato disegno di legge.

NACHTRAGSHAUSHALT 2005
AUSGABEN NACH FUNKTION/ZIEL

ASSESTAMENTO DEL BILANCIO 2005
SPESE PER FUNZIONE/OBIETTIVO

FUNKTION/ZIEL	FUNZIONE/OBIETTIVO	Anfänglicher Haushalt Bilancio inizi- ale 2005	Änderungen Nachtrags- Haushalt Variazioni assestamento	Berichtigter Haushalt Bilancio Assestato 2005
(in Tausender / in migliaia €)				
Institutionelle Organe und Beziehungen	Organi e relazioni istituzionali	12.007,6	0,4	12.008,0
Allgemeine Verwaltungsausgaben	Servizi amministrativi generali (di cui personale amministrativo)	531.382,0 (453.563,9)	2.789,1 (3.613,0)	534.171,1 (433.134,9)
(davon Verwaltungspersonal)				
Brand- und Zivilschutz	Protezione civile e antincendi	24.176,0	2.000,5	26.176,5
Bildung	Istruzione	529.335,3	7.314,5	536.649,8
(davon Schulpersonal)	(di cui personale scuola)	(400.223,0)	(1.697,0)	(401.920,0)
Berufsausbildung	Formazione professionale	54.340,4	1.255,1	55.595,5
(davon E.S.F. - Programme)	(di cui programmi F.S.E.)	(33.864,8)	0,0	33.864,8
Denkmalpflege und Kultur	Beni e attività culturali	67.186,4	3.747,5	70.933,9
Sport und Freizeit	Sport e tempo libero	15.500,0	1.350,0	16.850,0
Geförderter Wohnbau	Edilizia abitativa	200.000,0	0,0	200.000,0
Familie und Sozialwesen	Famiglia e politiche sociali	237.290,0	-3.030,5	234.259,5
Schutz der Gesundheit	Tutela della salute	1.050.850,0	14.300,0	1.065.150,0
Arbeit und Beschäftigung	Lavoro e occupazione	3.468,0	380,0	3.848,0
Transport- und Kommunikationswesen	Trasporti e comunicazioni	97.964,6	3.100,0	101.064,6
Landwirtschaft	Agricoltura	105.080,8	3.728,0	108.808,8
Forst- und Bergwirtschaft	Foreste ed economia montana	30.036,6	641,1	30.677,7
Handel und Dienstleistungen	Commercio e servizi	15.567,3	2.210,0	17.777,3
Industrie und Bodenschätze	Industria e risorse minerarie	30.270,0	-210,0	30.060,0
Handwerk	Artigianato	44.005,4	801,5	44.806,9
Fremdenverkehr und Gastgewerbe	Turismo e ind. alberghiera	46.101,4	2.150,5	48.251,9
Weitere Massnahmen für die Wirtschaft	Altri interventi per l'economia	23.089,5	2.049,4	25.138,9
Strassendienst	Viabilità	173.035,4	1.770,0	174.805,4
Öffentliche Bauarbeiten u. Infrastrukturen	Opere pubbliche e infrastrutture	154.899,5	4.959,6	159.859,1
Wasserbauten und Bodenschutz	Opere idrauliche e difesa del suolo	21.384,9	0,0	21.384,9
Gewässerressourcen und Energie	Risorse idriche ed energia	25.050,0	0,0	25.050,0
Raumordnung	Pianificazione del territorio	3.345,6	87,0	3.432,6
Umweltschutz	Difesa dell'ambiente	13.810,4	2.008,4	15.818,8

Lokalfinanzen	Finanza locale	382.047,2	8.220,3	390.267,5
Finanzielle Dienste und Reserven	Servizi finanziari e riserve	733.172,5	2.800,0	735.972,5
Kataster und Grundbuch	Catasto e libro fondiario	14.420,0	-200,0	14.220,0
Nicht zuteilbare Dienste, davon:	Servizi non attribuibili, di cui:	27.783,2	16.603,1	44.386,3
- Fonds für Kollektivverträge	- fondo contrattazione collettiva	(16.300,0)	(13.155,6)	(29.455,6)
- Genossenschaftswesen	- cooperazione	(4.395,0)	(200,0)	-(3.650,0)
- Intersektorielle EU-Programme	- programmi europei intersettoriali	(4.315,2)	(2.243,1)	(6.558,3)
- andere	- altri	(2.773,0)	(1.004,4)	(3.777,4)
Summe (ohne Durchlaufposten)	Totale (senza partite di giro)	4.666.600,0	80.825,5	4.747.425,5
Durchlaufposten	Partite di giro	330.000,0	0,0	330.000,0
Endsumme	Totale generale	4.996.600,0	80.825,5	5.077.425,5

PRESIDENTE: Chiedo al presidente della III. commissione legislativa di dare lettura alla relazione della commissione.

MUNTER (SVP): Die Arbeiten der Kommission

In ihrer Sitzung vom 17. Juni 2005 hat sich die 3. Gesetzgebungskommission mit dem Entwurf des Nachtragshaushaltes für das Finanzjahr 2005 und dem Finanzgesetzentwurf zum Nachtragshaushalt 2005 befasst. An den Arbeiten der 3. Gesetzgebungskommission nahmen auch der Landesrat für Finanzen und Haushalt, Dr. Werner Frick, der Direktor der Abteilung Finanzen und Haushalt, Dr. Marco Platter, die Direktorin des Amtes für Haushalt, Dr. Eva Cäcilia Pixner, sowie der persönliche Referent von Landesrat Frick, Dr. Michael Rabensteiner, teil.

Einführend erinnerte der Vorsitzende, Landtagsabgeordneter Dr. Hanspeter Munter, die Gesetzgebungskommission daran, dass der Rat der Gemeinden gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Landesgesetzes Nr. 10/2003 Bemerkungen zum Landesgesetzentwurf Nr. 72/05 eingebracht hatte. Des Weiteren verwies er darauf, dass das Rechtsamt des Landtages einen Text vorbereitet hat, in dem, in Absprache mit den zuständigen Ämtern der Landesverwaltung, Vorschläge für sprachliche und technische Korrekturen aufgenommen wurden.

Die Generaldebatte erfolgte im Sinne von Artikel 101 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Landtages über beide Landesgesetzentwürfe gemeinsam.

Im Rahmen der Generaldebatte zeigte sich der Landtagsabgeordnete Dr. Hans Heiss erfreut darüber, dass diesmal der Nachtragshaushalt und das damit verbundene Finanzgesetz relativ überschaubar und transparent ausgefallen ist, vor allem weil sämtliche Zusatzbestimmungen zum Finanzgesetz in die verschiedenen Omnibusgesetze ausgelagert wurden. Außerdem falle auf, dass der Nachtragshaushalt in diesem Jahr im Vergleich zu anderen Haushaltsjahren knapper ausgefallen ist;

dies weise auf eine Planungssicherheit des Landeshaushaltes hin und mache Langzeitplanung möglich. Ingesamt sei in diesem Nachtragshaushalt eine deutliche Ausgabenkontrolle im Gesundheitsbereich festzustellen. Der Abgeordnete ersuchte Landesrat Frick um konkrete Informationen betreffend die Umbuchungen im Bereich des Brand- und Zivilschutzes, betreffend die Erhöhung im Bereich der italienischen Berufsausbildung, die Erhöhung der Zuwendungen an die Fernseh- und Rundfunkanstalt RAS, im Zusammenhang mit der lediglich für die Strukturen der italienischen Jugendarbeit vorgesehenen Zunahme der Zuwendungen sowie im Zusammenhang mit den beachtlichen Umbuchungen im Bereich der Landwirtschaft, wo ein Zuwachs der Beihilfen für Investitionen zusammengesetzter Betriebe zu verzeichnen sei, und im Handels- und Dienstleistungsbereich, wo die Förderungen in der Handelsausstellungstätigkeit und jene für die SMG deutlich angehoben worden seien. Außerdem forderte er Landesrat Frick auf, in seiner Replik vor allem zum Thema Mautgebühr auf Freilandstraßen, deren Zielsetzungen und die Festsetzung der Prioritäten sowie zu den der EURAC zukommenden Sonderbeträgen in solch erheblicher Höhe Stellung zu nehmen. Außerdem wollte er wissen, ob die im Artikel 6 festgelegten Zuwendungen an die S.T.A. AG dem Nahverkehr oder dem Flugverkehr dienen sollen. Er kritisierte zudem die in Artikel 10 vorgeschlagene Förderung der Breitbandtechnologie, da die Gesellschaft Brennercom, an der das Land ja beteiligt ist, seiner Meinung nach auch den Auftrag hätte, in diesen Bereich einzusteigen. In Bezug auf die im Artikel 1 des Landesgesetzentwurfes 73/05 vorgesehene relevante Erhöhung des Höchstbetrages zur Aufnahme von Darlehen oder Ausgabe von Anleihen seitens der Landesregierung für den Einstieg der SEL in die Holding Italenergia, welche die Edison kontrollieren wird, ersuchte er um nähere Informationen über die konkrete Abwicklung der Operation und über die Aussichten der SEL auf eine Vertretung in der Gesellschaft.

Abgeordneter Mauro Minniti verließ seiner Zufriedenheit über die "Abspeckung" des Nachtragshaushaltes Ausdruck, was ja von der Opposition seit Jahren verlangt wurde. Er präzisierte, dass seiner Landtagsfraktion das Vorgehen der politischen Mehrheit trotzdem nicht gefällt, da sie auf Omnibusgesetze zurückgreift anstatt organische Gesetze vorzulegen. Mit Bezug auf den Inhalt des Gesetzentwurfes wies Abgeordneter Minniti darauf hin, dass die Südtiroler Familien immer ärmer werden, auch weil im vergangenen Jahr die Mittel für den Sozialbereich gekürzt wurden. Deshalb bräuchte es eine Neuausrichtung der Sozialpolitik, welche den Bedürfnissen der Familien Rechnung tragen müsse. Zudem wäre die Wirtschaftsprogrammierung zu verbessern, die vor allem auf die einheimischen Mittel- und Kleinbetriebe ausgerichtet werden müsste. Der Abgeordnete wollte zudem wissen, warum die Investitionen zugunsten der S.T.A. AG erhöht wurden und welche Auswirkungen die Genehmigung des Artikels 8 auf das Personal der Gemeinden haben wird. Er kündigte die Vorlage eines Minderheitenberichtes an, in dem die Landtagsfraktion von Alleanza Nazionale weitere Bemerkungen vorbringen wird.

Landesrat Dr. Werner Frick erklärte, dass bereits im Haushaltsgesetz 2005 die Überschüsse großzügig prognostiziert wurden, sodass der

Gesetzentwurf zum Nachtragshaushalt nur wenige Überschüsse enthalte. Die Beschränkung der Haushaltsgesetze auf reine Finanzbestimmungen funktioniere nur, wenn die zusätzlichen Bestimmungen in Form von sogenannten Omnibus-Gesetzen verabschiedet werden können. Diese Art der Gesetzgebung ändere natürlich nichts an der Tatsache, dass, wenn möglich, immer darauf abgezielt wird, organische Gesetzentwürfe vorzulegen. Im Zusammenhang mit der Einführung einer Mautgebühr auf Freilandstraßen entgegnete er, dass die zweckgebundenen Einnahmen keiner Rangordnung bezüglich ihrer Verwendung unterliegen. Die aufgelisteten Verwendungsmodalitäten seien insgesamt ökologische Maßnahmen, mit denen auf eine Programmierung der Verwendung dieser Einnahmen abgezielt wird. Die Zuwendung an die EURAC rühre von einer Entscheidung der Landesregierung her, in Zusammenarbeit mit einem Südtiroler, der in diesem Bereich in Bremen großen Erfolg verzeichnen könne, ein Projekt zu realisieren; das Land kaufe seit Jahren teure Daten ein, die für eine Reihe von Tätigkeiten der Verwaltung notwendig sind. Nun werde versucht, diese Daten über ein Satellitensystem selbst zu erwirtschaften. Für dieses Projekt benötige man zwar mehr als die hier veranschlagte Summe (0,5 Millionen Euro), aber dies soll ein Anfang sein, um in eigenständige angewandte Forschung und Entwicklung zu investieren. Die Zuschüsse an die S.T.A. AG solle der weiteren Finanzierung der Vinschger Bahn dienen, die zwar bereits mit Erfolg funktioniere, wobei aber die diesbezüglichen Ausgaben noch lange nicht gedeckt seien. Bezüglich der Investitionen in die Breitbandtechnologie gab er zu bedenken, dass die staatlichen Kommunikationsunternehmen nur dort ihren Dienst anbieten, wo sie sich Gewinne versprechen. Es sei deshalb der Landesregierung sehr wichtig, einen Ausgleich zu schaffen und Gebiete mit technologisch schwacher Infrastruktur zu fördern. Die Ausschüttung für die Beteiligung an der Erhöhung des Kapitals der SEL AG kann erst in Zukunft ihre Früchte bringen, wobei nicht unbedingt die Erreichung eines Verwaltungsratspostens in der Edison erstrangiges Ziel sei. Allerdings bleibt offen ob diese Investitionen eines Tages zur Übernahme der Zentralen führen. Es handelt sich deshalb dabei um eine strategische Entscheidung. Die in Artikel 8 vorgesehene Bestimmung betreffend das Personal der Gemeinden wird für diese Beamten vielerlei Vorteile bringen. Was die soziale Gewichtung des Landeshaushaltes angeht, erinnerte er daran, dass im heurigen Haushaltsjahr sozialpolitische Maßnahmen realisiert wurden, von denen man in anderen Regionen nur träumen kann. Mit der Erhöhung der Zuschüsse im Bereich Zivilschutz sollen die Sicherheitsinvestitionen im ländlichen Raum finanziert werden. Außerdem informierte er darüber, dass die Erhöhung der Zuwendungen im Bereich Berufsausbildung auch mit der Verfügbarkeit von zusätzlichen EU-Geldern zusammenhängen, die zwar für andere Regionen bestimmt waren, aber von diesen nicht genutzt wurden. Was die Förderung der RAS angeht, wird hiermit die niedrige Dotierung im Haushaltsgesetz 2005 kompensiert. Weiters führte er aus, dass zunächst nur die Förderung der italienischen Jugendarbeit vorgesehen ist, weil diese aufgrund der Zuwendungen auf der Basis des Proporz der deutschen Jugendarbeit hinterherhinkt. Über dieses Thema sollte auch parteiübergreifend diskutiert werden, um zu einer Gleichbehandlung in diesem Sinne zu ge-

langen. Die Finanzierungen im Bereich Landwirtschaft müssen zur Zeit eingeschränkt werden, weil die notwendigen Mittel fehlen und gesamtwirtschaftliche Investitionen deshalb Vorrang haben. Außerdem werde in die Positionierung des Landes Südtirol auf dem Markt und die hinzugewinnung neuer Märkte mit Hilfe von Marketingmaßnahmen investiert, weil dies eine Schwäche der Südtiroler Wirtschaft darstelle. Diese Investitionen müssen seiner Meinung nach allerdings in den nächsten Jahren noch verstärkt werden.

Nach Abschluss der Generaldebatte genehmigte die Kommission in getrennter Abstimmung den Übergang zur Artikeldebatte des Landesgesetzentwurfes Nr. 72/05 und des Landesgesetzentwurfes Nr. 73/05 mit je 3 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

Die Kommission war mit den vom Rechtsamt des Landtages, nach Absprache mit den zuständigen Ämtern der Landesverwaltung, von Amts wegen vorgeschlagenen sprachlichen und technischen Verbesserungen und Korrekturen, die im beiliegenden Gesetzestext unterstrichen sind, einverstanden. Die einzelnen Artikel wurden mit den aus den beiliegenden Gesetzestexten hervorgehenden Änderungen mit folgendem Abstimmungsergebnis genehmigt:

Landesgesetzentwurf Nr. 72/05

Artikel 1: Nach Genehmigung des von Landesrat Frick eingebrachten Streichungsantrages zu Absatz 2 des neuen Artikels 7-quater des Landesgesetzes Nr. 9/1998, genehmigte die Kommission den Artikel mit 3 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen. Aus gesetzgebungstechnischen Gründen wurden die drei Absätze des Artikels neu gereiht.

Die Kommission ging zur Behandlung des vom Abgeordneten Pöder eingebrachten Zusatzartikels 1-bis über, der auf eine Senkung der Kraftfahrzeugsteuer und somit auf eine Verringerung der Steuerlast abzielt, und lehnte ihn mit 1 Ja-Stimme, 3 Gegenstimmen und 1 Enthaltung ab.

Der vom Abgeordneten Pöder eingebrachte Zusatzartikel 1-ter, der die anteilmäßige Rückerstattung oder die Gutschrift der Kraftfahrzeugsteuer im Falle des Verkaufes oder der Abmeldung eines Fahrzeuges vorsieht, wurde mit 3 Gegenstimmen und 2 Ja-Stimmen abgelehnt.

Auch der vom Abgeordneten Pöder eingebrachte Zusatzartikel 1-quater zwecks Abschaffung der Landessteuer auf die Formalitäten betreffend die Umschreibung, die Eintragung und die Anmerkung der Fahrzeuge in das öffentliche Automobilregister wurde mit 3 Gegenstimmen und 2 Ja-Stimmen abgelehnt.

Schließlich behandelte die Kommission auch den ebenfalls vom Abgeordneten Pöder eingebrachten Zusatzartikel 1-quinquies, der auf eine Reduzierung der regionalen Wertschöpfungssteuer (IRAP) ab Jänner 2006 um einen Prozentpunkt gegenüber den 2005 angewandten Steuersätzen abzielt. Der Einbringer betonte, dass das Land seine Zuständigkeit im Bereich der regionalen Wertschöpfungssteuer wahrnehmen und auch angesichts der Einwände, von Seiten der Unternehmen und vor allem auf europäischer Ebene, betreffend die Rechtfertigung dieser Steuer, eine Reduzierung vorsehen sollte. Nach der Stellungnahme durch den Landesrat, dass auf diese Einwände zu diesem Zeitpunkt nicht mit der vom Abgeordneten Pöder vorgeschlagenen Reduzierung reagiert werden sollte, sondern eine grundsätzliche Reform dieser Steu-

er erfolgen müsse, wurde der Artikel mit 3 Gegenstimmen und 2 Ja-Stimmen abgelehnt.

Artikel 2: Die Kommission behandelte zwei vom Abgeordneten Heiss eingebrachte Änderungsanträge. Der erste Änderungsantrag sollte mittels Streichung des Verweises auf die Verkehrsverbesserung im Absatz 8 des neuen Artikels 11-bis des Landesgesetzes Nr. 8/2000 darauf abzielen, dass die Mauteinnahmen nicht auch für die Verbesserung des Verkehrs auf den betroffenen Straßen verwendet werden. Der zweite hatte die Streichung des Buchstaben a) des Absatzes 8 des neuen Artikels 11-bis zum Gegenstand. Die Kommission lehnte beide Änderungsanträge ab. Eine Reihe von vom Abgeordneten Pöder eingebrachten Änderungsanträgen zum Artikel wurden für unzulässig erklärt, da Abgeordnete, die nicht Kommissionsmitglieder sind und deren Fraktion in der Kommission nicht vertreten ist, im Sinne von Artikel 42 Absatz 5 der Geschäftsordnung lediglich Änderungsanträge einbringen können, die auf die Einfügung von Zusatzartikeln abzielen. Nach kurzer Diskussion über die in der neuen Bestimmung enthaltenen Begriffe und die entsprechenden Übersetzungen wurde das Rechtsamt mit der Abklärung dieser Unklarheiten mit den zuständigen Ämtern der Landesverwaltung beauftragt und der Artikel mit 3 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

Artikel 3: Nach Gutheißung des Änderungsantrages (Landesrat Frick) zu Absatz 1 Anlage A und des Änderungsantrages (Landesrat Frick) zu Absatz 2 genehmigte die Kommission den so abgeänderten Artikel mit 3 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

Artikel 4: Nach Genehmigung des Änderungsantrages (Landesrat Frick) zwecks Ersetzung des für die Ausstattung der Investitionsfonds der Gemeinden vorgesehenen Betrages wurde der Artikel mit 3 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

Artikel 5: Nach Ablehnung des vom Abgeordneten Heiss eingebrachten Streichungsantrages wurde der Artikel mit 3 Ja-Stimmen und 2 Gegenstimmen genehmigt.

Artikel 6: Nach Ablehnung des vom Abgeordneten Heiss eingebrachten Streichungsantrages wurde auch dieser Artikel mit 3 Ja-Stimmen und 2 Gegenstimmen genehmigt. Ein vom Abgeordneten Pöder eingebrachter Streichungs- und ein Änderungsantrag waren für unzulässig erklärt worden.

Artikel 7 wurde in der Folge mit 3 Ja-Stimmen und 2 Gegenstimmen genehmigt.

Artikel 8 wurde nach Erläuterung durch den Vorsitzenden, dass dieser Artikel in identischer Fassung aufgrund seiner Dringlichkeit auch in den Landesgesetzentwurf Nr. 65/05 (Artikel 4 Absatz 4) aufgenommen worden war und vom Landtag bereits genehmigt wurde, mit 3 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Artikel 9: Die Kommission genehmigte den von Landesrat Frick eingebrachten Änderungsantrag zu Absatz 1 mit einer Anhebung der Vollzeiteinheiten des Gesamtplansolls des Landespersonals und zu Absatz 2 mit der Anpassung der mit dieser Erhöhung verbundenen Mehrausgabe. Der so geänderte Artikel wurde mit 4 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

Die Kommission genehmigte sodann Artikel 10 mit 2 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung. Ein vom Abgeordneten Pöder eingebrachter Änderungsantrag war für unzulässig erklärt worden.

Artikel 11: Die Kommission behandelte die beiden von der Abgeordneten Unterberger eingebrachten Änderungsanträge zum Absatz 1, wodurch durch Streichung des Absatzes 3 und durch Änderung des Absatzes 2 des neuen Artikels 4 des Landesgesetzes Nr. 15/2003 erreicht werden soll, dass bei der Bewertung der wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Gewährung des Unterhaltsvorschlusses lediglich die Einkommens- und Vermögenslage der Antrag stellenden Person, nicht aber jene der Familiengemeinschaft berücksichtigt werden soll. Diese Änderungsanträge wurden wie auch ein weiterer Änderungsantrag zu Absatz 3 (Abgeordnete Unterberger), der eine Neufassung des Artikels 12 des Landesgesetzes Nr. 15/2003 mit einer technischen Richtigstellung enthält, von der Kommission gutgeheißen. Der so abgeänderte Artikel wurde einstimmig genehmigt.

Die Kommission beschäftigte sich in der Folge mit dem vom Abgeordneten Pöder eingebrachten Zusatzartikel 11-bis, der mittels Einfügung eines Absatzes 1-bis in den Artikel 23-ter des Landesgesetzes Nr. 33/1987 die Auszahlung des Kindergeldes mit Wirkung ab Jänner 2005 vorsieht, und lehnte den Artikel mit 2 Gegenstimmen (darunter jene des Vorsitzenden) und 2 Ja-Stimmen ab. Auch der dazu eingebrachte Alternativantrag wurde von der Kommission mit demselben Stimmresultat abgelehnt.

Der vom Abgeordneten Pöder eingebrachte Zusatzartikel 11-ter, der mittels Änderung der Absätze 2, 3 und 4 des Artikels 23-ter des Landesgesetzes Nr. 33/1987 auf eine Änderung der Voraussetzungen und Kriterien für die Auszahlung des Kinderbetreuungsgeldes durch das Land abzielt, wurde mit 2 Gegenstimmen, 1 Ja-Stimme und 1 Enthaltung abgelehnt.

Artikel 12 wurde mit 2 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

Die Kommission behandelte den vom Vorsitzenden Munter eingebrachten Zusatzartikel 12-bis zwecks Einfügung eines Zusatzartikels 20-quater in das Landesgesetz Nr. 4/1997, der die Grundlage für die Errichtung und Finanzierung des von der Europäischen Kommission unterstützten Informationsdienstes "Europe Direct-Informationsrelais" bilden soll. Aufgrund der Dringlichkeit der Angelegenheit soll die Bestimmung, die in gleicher Fassung auch im Artikel 3 Absatz 2 des Landesgesetzentwurfes Nr. 69/05 enthalten ist und von der Gesetzgebungskommission bereits genehmigt wurde, nun in den gegenständlichen Landesgesetzentwurf aufgenommen werden. Der Zusatzartikel wurde mit 2 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

Die Kommission behandelte sodann den vom Abgeordneten Munter eingebrachten Zusatzartikel 12-ter, der, mittels Hinzufügung eines Satzes zu Artikel 1 Absatz 3 des Landesgesetzes Nr. 1/2005, die im selben Absatz 3 näher beschriebenen Verfahren auch für die Gesuche zur Verlängerung der Konzessionen für große Wasserableitungen zur Erzeugung von Elektroenergie anwendbar machen soll. Der Zusatzartikel wurde mit 2 Ja-Stimmen (darunter jene des Vorsitzenden) und 2 Gegenstimmen genehmigt.

Artikel 13: Nach Genehmigung des Änderungsantrages (Landesrat Frick) zu Absatz 1 wurde der Artikel mit 2 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

Artikel 14 wurde sodann mit 2 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen, Artikel 15 einstimmig genehmigt.

Landesgesetzentwurf Nr. 73/05:

Artikel 1: Die Kommission behandelte den vom Abgeordneten Heiss eingebrachten Streichungsantrag zum Artikel. Nach kurzer Diskussion darüber, ob mit der im Absatz 2 vorgesehenen Beteiligung und dem Ankauf von Kapitalanteilen an im Energiebereich tätigen Gesellschaften auch eine operative Einflussnahme des Landes gewährleistet werden kann, und nach Erläuterung einer in diesem Zusammenhang wichtigen Vertragsklausel durch den Landesrat wurde der Streichungsantrag abgelehnt und der Artikel mit 3 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimme genehmigt.

Artikel 2 wurde nach Genehmigung des Änderungsantrages zu Absatz 1 Anlage A (Voranschlag der Einnahmen) und zu Absatz 2 mit 3 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

Artikel 3 wurde nach Genehmigung des Änderungsantrages zu Absatz 1 Anlage B (Voranschlag der Ausgaben) und zu Absatz 2 mit 3 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

Artikel 4 wurde sodann mit 3 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung, Artikel 5 einstimmig genehmigt.

In der Schlussabstimmung wurden, bei getrennter Abstimmung, der Landesgesetzentwurf Nr. 72/05 mit 3 Ja-Stimmen (des Vorsitzenden Munter, der Abgeordneten Baumgartner und Unterberger) und 1 Gegenstimme (des Abgeordneten Heiss) und der Landesgesetzentwurf Nr. 73/05 mit 3 Ja-Stimmen (des Vorsitzenden Munter, der Abgeordneten Baumgartner und Unterberger) und 1 Enthaltung (des Abgeordneten Heiss) genehmigt.

I lavori della commissione

La III commissione legislativa ha esaminato la proposta di assestamento del bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 2005 e il disegno di legge finanziaria concernente l'assestamento del bilancio di previsione 2005 nella seduta del 17 giugno 2005. Ai lavori della commissione hanno partecipato l'assessore alle finanze e al bilancio, dott. Werner Frick, il direttore della ripartizione finanze e bilancio, dott. Marco Platter, la direttrice dell'ufficio bilancio, dott.ssa Eva Cäcilia Pinner, nonché il segretario particolare dell'assessore Frick, dott. Michael Rabensteiner.

Introducendo i lavori, il presidente della commissione, consigliere provinciale dott. Hanspeter Munter, ha fatto presente che il Consiglio dei comuni ha presentato le proprie osservazioni come previsto dall'articolo 4, comma 2 della legge provinciale n. 10/2003. Inoltre ha comunicato che l'ufficio legale del Consiglio provinciale ha predisposto un testo nel quale sono state inserite, d'intesa con gli uffici competenti dell'amministrazione provinciale, delle correzioni linguistiche e tecniche.

Ai sensi dell'articolo 101, comma 1 del regolamento interno del Consiglio provinciale la discussione generale si è svolta congiuntamente su entrambi i disegni di legge.

In sede di discussione generale il consigliere provinciale dott. Hans Heiss ha espresso la sua soddisfazione per il fatto che questa volta l'assestamento di bilancio e la relativa legge finanziaria sono piuttosto leggibili e trasparenti, soprattutto perché tutte le norme estranee in passato inserite nella legge finanziaria sono state riunite nelle varie leggi cosiddette "omnibus". Inoltre è degno di nota il fatto che quest'anno l'assestamento di bilancio è meno consistente di quello degli altri esercizi finanziari del passato, cosa che è segno di una maggiore precisione nella programmazione di bilancio e rende possibile una pianificazione a lungo termine. Nell'assestamento si nota che c'è stato un preciso controllo della spesa sanitaria. Il consigliere ha chiesto all'assessore Frick di voler fornire delle informazioni dettagliate per quanto riguarda gli storni effettuati nel settore antincendi e protezione civile, gli aumenti nell'ambito della formazione professionale italiana, l'aumento delle assegnazioni alla RAS - Radiotelevisione Azienda Speciale della Provincia autonoma di Bolzano, l'aumento delle assegnazioni previsto unicamente per le strutture del servizio giovani in lingua italiana nonché in merito ai notevoli storni effettuati nel settore dell'agricoltura, dove si nota un aumento del sostegno agli investimenti di imprese associate, e nel settore commercio e servizi, dove sono stati notevolmente aumentati i contributi per l'attività espositiva e per l'Alto Adige Marketing. Il consigliere Heiss ha inoltre invitato l'assessore Frick a prendere posizione, nel corso della sua replica, soprattutto sulla prevista istituzione di una tariffa per la circolazione sulle strade extraurbane, sulle relative finalità, sulla determinazione delle priorità e sul notevole contributo straordinario destinato all'Accademia europea. Inoltre il consigliere ha chiesto se le assegnazioni alla S.T.A. SpA, previste all'articolo 6, verranno utilizzate per il trasporto pubblico di persone o per il trasporto aereo. Ha criticato quindi l'incentivazione della tecnologia telematica a banda larga, prevista all'articolo 10, dato che a suo modo di vedere la società Brennercom, alla quale partecipa anche la Provincia, avrebbe il compito di impegnarsi in questo settore. Con riferimento al notevole aumento dell'importo massimo previsto per il mutuo passivo o l'emissione di prestiti da parte della Giunta provinciale, di cui all'articolo 1 del disegno di legge provinciale n. 73/05, finalizzati al finanziamento della partecipazione della SEL alla holding Italenergia che controllerà la Edison, il consigliere ha chiesto delle informazioni più precise sullo svolgimento concreto dell'operazione e sulle prospettive della SEL di essere rappresentata nella società.

Il consigliere Mauro Minniti ha espresso la sua soddisfazione per il "dimagrimento" dell'assestamento del bilancio, come da anni richiesto dalle opposizioni. Ha precisato che al suo gruppo consiliare non piace comunque neanche il modo di agire della maggioranza politica attraverso la predisposizione di leggi omnibus, e che sarebbe auspicabile la presentazione di leggi organiche. Per quanto riguarda il contenuto del disegno di legge, il consigliere Minniti era dell'opinione che le famiglie alto atesine sono sempre più povere, anche perché nel corso del ultimo anno sono stati messi a disposizione meno fondi per le poli-

tiche sociali. Per questo ci sarebbe la necessità di riposizionare la politica sociale con un occhio di riguardo alle famiglie. Inoltre sarebbe da migliorare la programmazione economica ponendo l'accento sulle imprese locali medio-piccole. Voleva inoltre sapere il motivo dell'aumento di investimenti a favore della S.T.A. S.p.a e quali conseguenze avrà l'approvazione dell'articolo 8 per il personale comunale. Ha preannunciato la presentazione di una relazione di minoranza nella quale il gruppo consiliare di AN farà altre osservazioni.

L'assessore dott. Werner Frick ha dichiarato che già nella legge di bilancio 2005 erano stati previsti avanzi alquanto cospicui, motivo per cui il disegno di legge sull'assestamento di bilancio contiene avanzi solamente modesti. Limitare le leggi di bilancio alle mere norme finanziarie funziona solo se le altre norme possono essere emanate sotto forma di leggi omnibus. Questo modo di legiferare ovviamente non cambia nulla rispetto all'intenzione di presentare disegni di legge organici ogniqualvolta ciò è possibile. In merito all'istituzione di una tariffa d'uso per la circolazione sulle strade extraurbane egli ha fatto presente che le relative entrate sono vincolate, ma che non esiste una graduatoria delle priorità del loro utilizzo. Tutti gli interventi elencati rappresentano misure ecologiche volte alla programmazione dell'impiego di queste entrate. L'assegnazione all'EURAC è da ricondurre alla decisione della Giunta provinciale di realizzare un progetto in collaborazione con un altoatesino che ha conseguito notevoli successi in questo campo a Brema: da anni la Provincia acquista a caro prezzo dati di cui ha bisogno per l'espletamento di diverse sue attività. Ora cercherà di procurarsi direttamente questi dati mediante un sistema satellitare. Per la realizzazione del progetto sarà necessario un importo maggiore di quello qui preventivato (0,5 milioni di euro), ma si tratta comunque di un primo passo volto a investire autonomamente nella ricerca applicata e nello sviluppo. I contributi alla S.T.A. SpA sono destinati all'ulteriore finanziamento della ferrovia del Val Venosta che già ora funziona bene; le relative spese sono però ancora lungi dall'essere coperte. Per quanto riguarda gli investimenti nella tecnologia a banda larga, l'assessore ha fatto presente che le imprese di comunicazione operanti a livello statale offrono dei servizi solo nelle zone dove possono fare dei profitti. Pertanto la Giunta provinciale ritiene molto importante colmare le lacune incentivando le zone con insufficienti infrastrutture tecniche. La spesa per l'aumento della partecipazione della Provincia al capitale della SEL SpA darà i suoi frutti solo in futuro; al riguardo va comunque detto che obiettivo primario non è necessariamente la conquista di un posto nel consiglio d'amministrazione della Edison. Tuttavia non si sa se questi investimenti porteranno mai alla presa in consegna delle centrali idroelettriche. Si tratta pertanto di una decisione strategica. La norma di cui all'articolo 8 sul personale dei comuni comporterà molti vantaggi per questi dipendenti. Per quanto riguarda l'orientamento sociale del bilancio, l'assessore ha ricordato che in questo esercizio finanziario sono state realizzate misure sociali che le altre regioni possono soltanto sognarsi. L'aumento dei contributi per la protezione civile è destinato al finanziamento degli investimenti in misure di sicurezza nelle zone rurali. L'aumento delle assegnazioni nel settore della formazione pro-

fessionale è da ricondurre anche alla maggiore disponibilità di finanziamenti da parte dell'UE; si tratta di mezzi originariamente destinati ad altre regioni, ma non utilizzati da queste. Con l'incentivazione della RAS si compensa la scarsa dotazione prevista nella legge finanziaria 2005. L'assessore ha inoltre sottolineato che in un primo momento è prevista solo l'incentivazione del servizio giovani in lingua italiana, poiché a causa delle assegnazioni effettuate sulla base della proporzionale il servizio giovani in lingua italiana è rimasto indietro rispetto a quello in lingua tedesca. Di questa tematica si dovrebbe discutere tutti insieme, a prescindere dall'appartenenza a questo o a quel partito, per giungere a una parità di trattamento. Al momento attuale è necessario limitare le assegnazioni a favore dell'agricoltura, poiché mancano i mezzi e pertanto hanno la priorità gli investimenti che tornano a favore dell'intera economia. Inoltre si investe in misure di marketing per rafforzare la posizione dell'Alto Adige sul mercato e per favorire la conquista di nuovi mercati, dato che a questo riguardo l'economia altoatesina si trova in una posizione di debolezza. A suo modo di vedere nei prossimi anni gli investimenti in questo campo dovranno crescere ancora di più.

Conclusa la discussione generale, la commissione ha approvato, in due votazioni distinte, il passaggio alla discussione articolata del disegno di legge provinciale n. 72/05 e del disegno di legge provinciale n. 73/05 con 3 voti favorevoli e 1 astensione.

La commissione si è dichiarata favorevole ai miglioramenti e alle correzioni linguistiche e tecniche proposte d'ufficio dall'ufficio legale del Consiglio provinciale d'intesa con i competenti uffici dell'amministrazione provinciale; esse sono evidenziate mediante sottolineatura nel testo allegato. I singoli articoli sono stati approvati, con le modifiche risultanti nei testi di legge allegati, con il seguente esito:

Disegno di legge provinciale n. 72/05

Articolo 1: dopo l'approvazione di un emendamento soppressivo del comma 2 del nuovo articolo 7-quater della legge provinciale n. 9/1998, presentato dall'assessore Frick, la commissione ha approvato l'articolo con 3 voti favorevoli e 2 astensioni. Per motivi di tecnica legislativa ai tre commi dell'articolo è stata assegnata una nuova numerazione.

La commissione ha quindi esaminato l'articolo aggiuntivo 1-bis, presentato dal consigliere Pöder, concernente la riduzione della tassa automobilistica e quindi della pressione fiscale; l'emendamento è stato respinto con 3 voti contrari, 1 astensione e 1 voto favorevole.

L'articolo aggiuntivo 1-ter del consigliere Pöder, concernente la restituzione parziale o l'accredito della tassa automobilistica provinciale in caso di vendita o radiazione di un veicolo, è stato respinto con 3 voti contrari e 2 voti favorevoli.

Anche l'articolo aggiuntivo 1-quater del consigliere Pöder, concernente abolizione dell'imposta provinciale sulle formalità di trascrizione, di iscrizione e di annotazione dei veicoli al pubblico registro automobilistico (PRA) è stato respinto con 3 voti contrari e 2 voti favorevoli.

La commissione ha trattato infine l'articolo aggiuntivo 1-quinquies, anch'esso presentato dal consigliere Pöder, concernente la riduzione, a partire dal 1° gennaio 2006, dell'imposta regionale sulle attività pro-

duttive (IRAP) di un punto percentuale rispetto alle aliquote applicate nel 2005. Il presentatore ha sottolineato che la Provincia dovrebbe esercitare le proprie competenze riguardo all'imposta regionale sulle attività produttive prevedendo una riduzione anche in considerazione delle obiezioni avanzate da parte delle imprese e soprattutto da parte delle istituzioni europee in merito alla legittimità dell'imposta. L'assessore ha precisato che al momento attuale non bisogna rispondere alle obiezioni avanzate con una riduzione come quella proposta dal consigliere Pöder, ma che è necessaria una riforma di fondo dell'imposta. L'articolo è stato quindi respinto con 3 voti contrari e 2 voti favorevoli.

Articolo 2: la commissione ha esaminato i due emendamenti presentati dal consigliere Heiss. Il primo mirava, mediante la soppressione del riferimento al miglioramento della circolazione sulle strade previsto nel comma 8 del nuovo articolo 11-bis della legge provinciale n. 8/2000, a evitare che gli introiti derivanti dall'istituzione della tassa d'uso vengano utilizzati anche per il miglioramento della circolazione sulle strade interessate. Il secondo emendamento era finalizzato alla soppressione della lettera a) del comma 8 del nuovo articolo 11-bis. La commissione ha respinto entrambi gli emendamenti. Una serie di emendamenti presentati a questo articolo dal consigliere Pöder sono stati dichiarati inammissibili in quanto ai sensi dell'articolo 42, comma 5 del regolamento interno i consiglieri non facenti parte della commissione e non rappresentati dal proprio gruppo consiliare in commissione possono presentare unicamente emendamenti miranti all'introduzione di articoli aggiuntivi. Dopo un breve dibattito sui termini contenuti nella nuova norma e sulle relative traduzioni, l'ufficio legale è stato incaricato di chiarire i dubbi con i competenti uffici dell'amministrazione provinciale. L'articolo è stato approvato con 3 voti favorevoli e 2 astensioni.

Articolo 3: dopo l'approvazione degli emendamenti al comma 1, tabella A, e al comma 2, presentati entrambi dall'assessore Frick, la commissione ha approvato l'articolo così emendato con 3 voti favorevoli e 1 astensione.

Articolo 4: dopo l'approvazione dell'emendamento dell'assessore Frick, volto alla sostituzione dell'importo previsto per la dotazione dei fondi per la finanza locale, l'articolo è stato approvato con 3 voti favorevoli e 1 astensione.

Articolo 5: dopo aver respinto l'emendamento soppressivo presentato dal consigliere Heiss, la commissione ha approvato l'articolo con 3 voti favorevoli e 2 voti contrari.

Articolo 6: dopo aver respinto l'emendamento soppressivo presentato dal consigliere Heiss, la commissione ha approvato anche questo articolo con 3 voti favorevoli e 2 voti contrari. Erano stati dichiarati inammissibili un emendamento soppressivo e un emendamento presentati dal consigliere Pöder.

L'articolo 7 è stato approvato con 3 voti favorevoli e 2 voti contrari.

Il presidente ha comunicato che, vista l'urgenza, l'articolo 8 era stato inserito tale quale anche nel disegno di legge provinciale n. 65/05 (articolo 4, comma 4) e che è già stato approvato dal Consiglio provinciale. Pertanto l'articolo è stato respinto con 3 voti contrari e 2 astensioni.

Articolo 9: la commissione ha approvato due emendamenti presentati dall'assessore Frick: uno al comma 1, volto all'aumento delle unità a tempo pieno nella dotazione organica complessiva del personale della Provincia, il secondo al comma 2 per garantire la copertura finanziaria della maggiore spesa derivante dal suddetto aumento. L'articolo così emendato è stato approvato con 4 voti favorevoli e 1 astensione.

La commissione ha quindi approvato l'articolo 10 con 2 voti favorevoli, 1 voto contrario e 1 astensione. Un emendamento presentato dal consigliere Pöder era stato dichiarato inammissibile.

Articolo 11: la commissione ha esaminato i due emendamenti presentati dalla consigliera Unterberger al comma 1, volti il primo a sopprimere il comma 3 e il secondo a modificare il comma 2 del nuovo articolo 4 della legge provinciale n. 15/2003 per far sì che ai fini dell'anticipazione dell'assegno di mantenimento al momento della valutazione della situazione economica venga considerata unicamente la situazione reddituale e patrimoniale della persona richiedente e non quella di tutti i componenti del nucleo familiare. La commissione ha quindi approvato i citati emendamenti nonché un ulteriore emendamento al comma 3, presentato pure dalla consigliera Unterberger, che contiene una riformulazione dell'articolo 12 della legge provinciale n. 15/2003 con un correzione tecnica. L'articolo così emendato è stato approvato all'unanimità.

La commissione ha quindi trattato l'articolo aggiuntivo 11-bis, presentato dal consigliere Pöder, che - mediante l'introduzione di un comma 1-bis nell'articolo 23-ter della legge provinciale n. 33/1987 - prevede che l'assegno al nucleo familiare destinato alla cura e all'educazione dei figli venga erogato retroattivamente dal 1° gennaio 2005. L'articolo aggiuntivo è stato respinto con 2 voti contrari (fra cui quello del presidente) e 2 voti favorevoli. La commissione ha respinto con lo stesso esito di votazione anche l'emendamento alternativo.

L'articolo aggiuntivo 11-ter, presentato dal consigliere Pöder, volto alla modifica dei commi 2, 3 e 4 dell'articolo 23-ter della legge provinciale n. 33/1987, per cambiare i presupposti e i criteri per l'erogazione dell'assegno al nucleo familiare destinato alla cura e all'educazione dei figli, è stato respinto con 2 voti contrari, 1 voto favorevole e 1 astensione.

L'articolo 12 è stato approvato con 2 voti favorevoli e 2 astensioni.

La commissione ha poi esaminato l'articolo aggiuntivo 12-bis, presentato dal consigliere Munter, volto a inserire nella legge provinciale n. 4/1997 l'articolo aggiuntivo 20-quater che dovrebbe formare la base per l'istituzione e il finanziamento del servizio di informazione "Antenna Europe Direct" promosso dall'Unione Europea. Vista l'urgenza della questione, la norma contenuta tale quale anche nell'articolo 3, comma 2 del disegno di legge provinciale n. 69/05, già approvato dalla commissione legislativa, ora dovrebbe essere inserita anche nel presente disegno di legge. L'articolo aggiuntivo è stato approvato con 2 voti favorevoli e 2 astensioni.

La commissione ha quindi trattato l'articolo 12-ter, presentato dal consigliere Munter, volto ad aggiungere una proposizione all'articolo 1, comma 3 della legge provinciale n. 1/2005, con la quale si dispone che le procedure previste nel comma 3 siano applicabili anche per le

domande di proroga delle concessioni delle grandi derivazioni d'acqua a scopo idroelettrico. L'articolo è stato approvato con 2 voti favorevoli (tra cui quello del presidente) e 2 voti contrari.

Articolo 13: dopo l'approvazione dell'emendamento dell'assessore Frick al comma 1 l'articolo è stato approvato con 2 voti favorevoli e 2 astensioni.

L'articolo 14 è stato approvato con 2 voti favorevoli e 2 astensioni, l'articolo 15 all'unanimità.

Disegno di legge provinciale n. 73/05

Articolo 1: la commissione ha trattato l'emendamento soppressivo dell'articolo presentato dal consigliere Heiss. Dopo una breve discussione volta a chiarire se la partecipazione e l'acquisto di quote di capitale di società operanti nel settore dell'energia garantiscono alla Provincia anche una possibilità di intervenire sulla gestione delle società e dopo l'illustrazione di un'importante clausola contrattuale da parte dell'assessore, l'emendamento soppressivo è stato respinto e l'articolo è stato approvato con 3 voti favorevoli e 1 voto contrario.

Articolo 2: dopo l'approvazione dell'emendamento al comma 1, tabella A (previsioni di entrata) e al comma 2, l'articolo è stato approvato con 3 voti favorevoli e 1 astensione.

Articolo 3: dopo l'approvazione dell'emendamento al comma 1, tabella B (previsione di spesa) e al comma 2, l'articolo è stato approvato con 3 voti favorevoli e 1 astensione.

L'articolo 4 è stato approvato con 3 voti favorevoli e 1 astensione, l'articolo 5 all'unanimità.

Nelle votazioni finali, separate per i due disegni di legge, il disegno di legge provinciale n. 72/05 è stato approvato con 3 voti favorevoli (del presidente Munter e dei consiglieri Baumgartner e Unterberger) e 1 voto contrario (del consigliere Heiss), il disegno di legge provinciale n. 73/05 con 3 voti favorevoli (del presidente Munter e dei consiglieri Baumgartner e Unterberger) e 1 astensione (del consigliere Heiss).

Chi chiede la parola in discussione generale? Ha chiesto di intervenire il collega Minniti, ne ha facoltà.

MINNITI (AN): Il bilancio di assestamento è un documento grazie al quale si tirano un po' le somme della politica fatta, somme politiche di quanto è stato fatto nell'anno precedente. E' quindi un bilancio sul quale è difficile poter intervenire per modificare atti già assunti. Però questo non ci può distogliere dall'esprimere alcune riflessioni di natura politica proprio in riferimento a ciò che è stato e che noi magari avremmo voluto avvenisse diversamente. In più occasioni, negli scorsi mesi, abbiamo sottolineato come questa Provincia abbia sempre potuto spendere ma abbia sempre avuto difficoltà nello spendere, o abbia avuto difficoltà a spendere in maniera adeguata, creando sostanzialmente delle sacche di povertà crescente che hanno colpito molte famiglie. Secondo i dati del Centro tutela consumatori o dell'Astat il 26% delle famiglie altoatesine vive in una condizione di povertà relativa e l'11% degli altoatesini vive con 1000 euro al mese. Questi non sono dati inventati da Alleanza Nazionale

adesso, ma rilanciati da autorevoli istituti che sono chiamati a fare analisi di questo genere. Questo significa che la ricchezza in Alto Adige non è stata distribuita in maniera opportuna.

Se a questo fatto aggiungiamo anche che su 35 mila abitanti, quelli di Merano, ben 1100 abitanti ottengono il contributo dell'ECA, dell'Ente Comunale di Assistenza, avvertiamo come ci sia una grossa e crescente sacca di povertà che va a colpire moltissimi nostri concittadini. Certo, poi uno potrà fare l'analisi dell'appartenenza di questa popolazione, ma di fronte a situazioni di questo genere la politica non si può non interrogare. Prendiamo per esempio il problema del caro prezzi relativamente a quello dei salari. Oggi una famiglia altoatesina ha sempre più difficoltà ad acquistare oggetti sul mercato, ha una minore capacità di acquisto. Questo comporta dei disagi e molte volte anche delle soluzioni che a lunga scadenza possono portare anche a drammi sociali. Pensiamo a quante famiglie a metà mese oggi devono rivolgersi agli istituti bancari per pagare i canoni di affitto o per allungare il mutuo che avevano sottoscritto per l'acquisto di una casa, o pensiamo a quante famiglie andando in un negozio per acquistare un bene sono costretti ad impegnarsi ratealmente con l'istituto che appoggia il negozio. Questi sono tutti campanelli d'allarme che in passato i partiti che compongono questa Giunta provinciale non hanno avvertito come tali, non hanno saputo acquisire quelli che erano campanelli di allarme che erano suonati avvertendo che stava crescendo anche in questa provincia un enorme disagio sociale.

Di fronte a questa prima analisi non possiamo che rilanciare la necessità che la Giunta provinciale si adoperi per rifinanziare la spesa sociale, che non significa chiedere soldi ai contribuenti per reimmetterli sul mercato, significa risparmiare, tagliare delle spese che possiamo considerare superflue, in molte occasioni abbiamo suggerito anche come fare, non lo ribadisco in questa circostanza, tagliare quindi spese superflue partendo dall'unificazione delle ASL e ridistribuire queste spese sul territorio sulla base della ricchezza accertata di ogni singolo nucleo familiare. Di qui il collegamento con il famoso "pacchetto famiglia" è facile. Alleanza Nazionale contesta la metodologia con la quale si è regolamentato l'assegno dei famosi 80 euro e ci si continua a stupire del fatto che le anime sociali di questa Giunta, non solo la SVP ma il centrosinistra italiana, che governa questa Giunta abbia accettato che l'assegno di 80 euro venisse dato indiscriminatamente a tutte le famiglie entro un tetto massimo di 80 mila euro, ci mancherebbe altro, piuttosto che distribuire questa ricchezza sulla base della possibilità economica di ogni singola famiglia. Alleanza Nazionale nello specifico aveva proposto l'opportunità di creare degli scaglioni, così come avviene all'atto delle tasse, e quindi sulla base della ricchezza della singola famiglia valutare che tipo di intervento economico si sarebbe potuto fare. Ecco un caso di rifinanziamento della spesa sociale per come ridistribuirlo alla popolazione: Vendere parte del patrimonio immobiliare, che è notevolissimo in questa provincia, per fare cassa e rilanciare le opportunità. Per rifinanziare la spesa sociale vi è anche la necessità di procedere con una nuova politica di programmazione sociale da una parte, ma anche di

programmazione economica. Programmazione sociale attraverso un adeguato sostegno, non forme di assistenzialismo, alle famiglie - l'assistenzialismo tipico delle sinistre non è condivisibile dalla cultura di centrodestra che invece apprezza molto di più il sostegno anche economico, perché comunque dà la possibilità alla famiglia interessata di tornare ad elevarsi, cosa che invece l'assistenzialismo non permette, perché non dà nemmeno lo stimolo per farlo - ma anche una programmazione economica laddove vi è la necessità di aiutare maggiormente le aziende, a partire dalle medio-piccole. Ieri abbiamo assistito ai 60 anni dell'associazione imprenditori alla presenza del presidente Luca Cordero di Montezemolo, il quale si è prodotto in un intervento molto equilibrato e opportunamente equidistante dai cosiddetti poli, ma ha detto delle verità che dovrebbero far riflettere questa Giunta provinciale e questi partiti che amministrano la provincia. Lasciando perdere gli aspetti riguardanti il cosiddetto "cuneo fiscale" per il quale questa Giunta non è competente, non possiamo far finta di non aver sentito quello che diceva sull'innovazione, sull'IRAP e sulla dimensione delle aziende, tre aspetti importantissimi dove in qualche maniera questa Giunta provinciale può essere competente, dove questa Giunta provinciale e anche la precedente non è riuscita ad intervenire. Pensiamo all'IRAP. Al di là del fatto che la stessa Comunità Europea ha ritenuto l'IRAP come un'imposta da cancellare, ricordiamo che l'IRAP che fu introdotta dal governo Prodi e che si vuole riproporre per l'amministrazione del nostro Paese da qui al 2011, è stata ritenuta un'imposta da eliminare dal territorio italiano. Noi abbiamo proposto a questa Giunta provinciale intanto di tagliare di un punto l'IRAP per dare un segnale comunque importante agli imprenditori locali, lo abbiamo fatto attraverso iniziative come una mozione e un disegno di legge prendendo spunto da un comportamento analogo fatto dalla vicina provincia di Trento che già dal 2001 ha tagliato di un punto l'IRAP. Questa Giunta provinciale ha respinto però il nostro disegno di legge che chiedeva questo, non di abolirlo che non è di competenza di questa Giunta provinciale. Quando Luca Cordero di Montezemolo ieri parlava in riferimento alla necessità di eliminare l'IRAP o comunque di andare incontro, così come l'associazione imprenditori locale da tempo chiede, alle necessità del settore, ecco che la risposta della Giunta provinciale è stata una chiusura totale di orecchie e di occhi. Lui nell'affermare questo tira indirettamente le orecchie a questa Giunta provinciale che, altro aspetto importante, non ha saputo dare risposte sul tema dell'innovazione. E' vero, può essere anche stato creato un tavolo delle innovazioni in provincia, ma non siete stati ancora capaci riprodurre una legge adeguata sull'innovazione che è alla base di qualsiasi tipo di trasformazione. Poi chiaro che non è solo un'innovazione di prodotto ma generale all'interno del settore economico, ma nemmeno una legge sull'innovazione siete riusciti a creare presentandola a questo consesso.

Il terzo aspetto che mi premeva sottolineare in questa necessità di creare una nuova politica di programmazione economica che non è contabile, ma di programmazione settoriale, è la questione del dimensionamento delle aziende, questione da non sottovalutare, perché quando si afferma, così come noi in passato abbiamo fatto, e ci

ha fatto piacere sentire dal presidente della Confindustria ieri sera che quanto noi sosteniamo in qualche maniera è sposato dall'associazione imprenditori locale e nazionale, quando diciamo che è opportuno agevolare imprenditori magari piccoli locali ad unirsi e a creare un'azienda più grande per creare le basi di un maggiore mercato e quindi avere basi più solide, diciamo una cosa opportuna e doverosa. Purtroppo invece assistiamo, e l'assessora Gnechi che in passato era stata investita di questo problema non è riuscita a risolverlo, ad alcune piccole aziende altoatesine che sono costrette, proprio perché non hanno trovato il sostegno della Provincia, ad espatriare, andare in Romania, in Ungheria, spostando la loro sede altrove, far perdere a questa provincia una ricchezza fiscale e sostanzialmente creare una maggiore disoccupazione dell'interno di questa provincia, perché è chiaro che il personale operativo all'interno di queste aziende non si trasferisce né in Romania né in Ungheria. Allora quando si parla di agevolare il dimensionamento delle aziende per creare quella competitività necessaria per il rilancio dell'economia, certamente nazionale ma noi guardiamo a quella altoatesina in particolare, su queste basi la Giunta provinciale non è intervenuta, quindi ha politicamente fallito.

Non mi voglio dilungare a fare altre osservazioni almeno in questo mio primo intervento. Certamente riteniamo che forse le operazioni politiche che questa Giunta provinciale ha prodotto nel corso dell'anno scorso avrebbero potuto seguire una rotta diversa, forse più ottimale per quei settori che oggi hanno necessità di essere sostenuti, settori sociali, settori economici. Avremmo preferito vedere che il contributo straordinario all'Accademia europea previsto dall'articolo 5 non fosse indirizzato al telerilevamento e al monitoraggio satellitare diretto, avremmo preferito che questo contributo venisse dato per la ricerca in un determinato settore, per dare un senso diverso, nuovo, più funzionale forse alla stessa Accademia europea, che deve avere un ruolo. Ecco che quando diciamo che questa Giunta ha potuto spendere ma non ha saputo spendere, facciamo riferimento anche a questo tipo di investimenti, così come il riferimento all'articolo 6, partecipazione a società, e all'articolo 12/ter della legge finanziaria, laddove la Giunta provinciale aumenta la partecipazione alla STA e dove si prevede comunque per quanto riguarda le concessioni di grandi derivazioni a scopo idroelettrico. La Provincia non può diventare imprenditrice, ma deve essere un grosso insieme di interessi, certamente economici ma anche sociali. Andare ad investire su società che sostanzialmente non giustificano questi tipi di interventi solo per il gusto di rivendicare poi per quei settori una certa autonomia, crediamo che non sia un bell'affare.

Proprio su questo aspetto mi ricollego ad un ultimo problema. Stamattina sono stato raggiunto dalla telefonata di alcuni dipendenti ex Regione, catasto e libro fondiario, che nonostante abbiano visto firmato il proprio contratto a fine gennaio, non hanno ancora ricevuto gli arretrati. Molte volte se mancano i soldi, la Provincia prima di acquisire personale, rivendicare comunque delle autonomie e competenze in questo senso, dovrebbe fare i conti se vale la pena che ci siano queste acquisizioni o no, se si

riesce a far fronte a queste acquisizioni o se non si è capaci. Torniamo sempre al punto di partenza, si è potuto spendere ma non si è saputo spendere. Auspichiamo che in futuro ci sia un cambiamento di rotta. E' ovvio che il nostro parere su questo bilancio andrà di pari passo con quelli che saranno i temi di discussione, quindi non ci esprimiamo al momento, ma ci aspettiamo da questa Giunta provinciale un comportamento alquanto diverso, che sappia rispondere maggiormente a quelle che sono le nuove esigenze del territorio altoatesino.

KLOTZ (UFS): Schade, dass nur vier Mitglieder der Landesregierung anwesend sind! Landesrat Mussner kommt gerade herein. Es handelt sich um eine wichtige Entscheidung bzw. Maßnahme, auch wenn es relativ wenig Geld betrifft. Wir entscheiden jetzt zusätzlich über 85,5 Millionen Euro, die wir jetzt neu vergeben bzw. anders ausgeben werden. Insgesamt ist der Haushalt hoch veranschlagt. Wir haben damit auch dieses Jahr eine gewisse Schallmauer durchbrochen. Trotzdem dürfen einige Schwerpunkte nicht ausgeklammert bleiben. Ich bin davon überzeugt, dass es in den kommenden Jahren vor allem darum gehen wird, die Schwerpunkte bzw. die Prioritäten richtig zu setzen. Ich habe meine Zweifel daran, dass die Landesregierung mit Weitsicht an die Haushalte bzw. an die Planung herangeht. Wir haben zwar immer einen mehrjährigen Haushalt, aber wir sollten uns dessen bewusst sein, dass wir im Landtag - was dieses Instrument anbelangt - Entscheidungen über diese drei Jahre hinaus treffen sollten. Wir sollten uns damit auseinandersetzen, was in den nächsten 10 bis 15 Jahren von besonderer Bedeutung sein wird. Ich möchte deshalb einige Aspekte herausgreifen, einige Schwerpunkte, die mir wichtig erscheinen und die ich auch in diesem Nachtragshaushalt nicht entsprechend berücksichtigt finde.

Es handelt sich einmal um die große Umstellung bzw. große Einsparung, die im Bereich der Landwirtschaft aus Richtung Europa kommen wird. Wir sehen zwar, dass der Landesrat in Artikel 12 einige Umstellungen vornimmt, die aber nicht wesentlicher Art sind. Ich bin der Meinung, dass die Landesregierung den Südtirolern früh genug die Wahrheit sagen sollte, das heißt, dass es in Zukunft für die Südtiroler Landwirtschaft sehr wenig Förderungen seitens der EU geben wird. Landesrat Berger ist leider nicht hier, so dass ich ihn nicht direkt fragen kann. Wir haben in den letzten Wochen immer wieder die Sorge darüber herausgehört, was noch finanzierbar sein wird, welche Beiträge gewährt werden können. Aber ich bin der Meinung, dass man nicht ehrlich ist. Der Landesrat müsste eigentlich wissen, dass es in den nächsten Jahren - wahrscheinlich auch auf Jahre hinaus - keine Fördermittel mehr geben wird, dass es insgesamt für die Südtiroler sehr eng werden wird, was die EU-Fördergelder anbelangt. Deshalb muss man hier die Weichen früh genug stellen. Ich sehe aber auf breiter Flur keine Maßnahmen, die darauf abzielen, die Südtiroler darauf vorzubereiten. Eines Tages werden unsere Bauern sicherlich unvorbereitet dastehen. Das würde ich persönlich sehr, sehr bedauern. Gerade in diesem Bereich müsste man Prioritäten setzen, um die Bergbauern zu erhalten. Aber dazu muss man ihnen die entsprechenden Hilfsmittel

geben. Man muss sie in die Lage versetzen, dass sie nicht nur mit dem, was sie selber erwirtschaften, auskommen müssen, da sie ja einen ganz großen Beitrag für die Erhaltung der Umwelt und die Erhaltung des Naturraumes in Südtirol leisten. Man wird sich früh genug Gedanken darüber machen müssen, wie man einen Ausgleich erreichen kann, wie man die in den nächsten Jahrzehnten fehlenden EU-Beiträge gutmachen will. Zum Teil wird dies durch Umschichtungen im Lande selber bzw. durch Förderungsmaßnahmen, die unser Haushalt vertragen kann, geschehen müssen.

Landesrat Berger ist - wie gesagt - nicht anwesend. Diese große Herausforderung muss man früh genug annehmen und sich früh genug Gedanken darüber machen. Ich sehe bis jetzt nur, dass man davon ablenkt, dass man den Leuten nicht die Wahrheit sagt. Wir hören die Stimmen aus Europa, vor allem durch unsere Europapartei Europäische Freie Allianz, dass es aufgrund der Prioritäten auch für die neu hinzugekommenen zehn EU-Länder ganz große Umstellungen geben wird. Wir hören auch vom neuen europäischen Landwirtschaftsminister, dass es diesbezüglich ganz große Umstellungen geben wird und die sogenannten "alten" EU-Länder Verzicht üben werden müssen. Sicher ist, dass sie einige Mittel nicht mehr bekommen werden. Aber in Südtirol denkt man noch nicht daran, diese Umstellung vorzubereiten und - wie gesagt - die Bauern früh genug darauf aufmerksam zu machen, dass sie ihre Haushaltsplanungen in Zukunft mit größerer Vorsicht vornehmen werden müssen. Das wäre einer der Schwerpunkte.

Der zweite Schwerpunkt betrifft die Sprachsituation bzw. die Bereiche Bildung, Kultur, Schule sowie Toponomastik. Wir haben von der Landesrätin gehört - sie ist zum Glück da -, dass sie eine kleine Kulturrevolution plant, und zwar soll in Zukunft nicht mehr in die Mauern, sondern in die Köpfe investiert werden. Soweit in Ordnung! Wir haben sehr viele Kultur- und Vereinshäuser, die natürlich erhalten werden müssen. Das wird eine ganze Menge Geld kosten. Wenn wir durchs Land fahren, sehen wir, wie viele Häuser zu renovieren wären. Wenn das nicht in absehbarer Zeit geschehen kann, habe ich die Sorge, dass es in Zukunft unmöglich werden wird, all das zu erhalten. Auch für viele andere Einrichtungen wird das Geld sicherlich knapp werden. Es geht jetzt auch um das Thema Hallenbad in Meransen, wo man sich darüber beklagt, dass es ein ganz großes Loch werden wird, da es kaum finanzierbar ist. Landeshauptmann Durnwalder hat wahrscheinlich wider besseren Wissens und Gewissens doch noch ein Versprechen eingelöst, das er vor Jahrzehnten gegeben hat, obwohl die Situation inzwischen eine andere ist. Aber das ist nicht mein Schwerpunkt. Wenn wir von den "Köpfen" reden, Frau Landesrätin, dann sollte man vor allen Dingen die Langzeitplanung nicht außer Acht lassen. In Südtirol sind wir auf Gedeih und Verderb angewiesen, dass unsere Leute - wenn wir politisch als Teil des Tiroler Volkes in unserer eigenen Heimat überleben wollen - die Schwerpunkte auf das Recht auf den Gebrauch der Muttersprache, aber auch auf die Zweisprachigkeit legen müssen. Hier liegt sehr, sehr vieles im Argen, gerade was die politische Ausrichtung angeht. Wenn es um das Thema Recht auf Gebrauch der Muttersprache geht, sehe ich anläss-

lich der Behandlung meiner Anfragen in der Aktuellen Fragestunde immer wieder, dass in der Landesregierung die Bedeutung dieses Rechtes nicht entsprechend vertreten wird. Landeshauptmann Durnwalder ist nicht da. Deshalb möchte ich die Landesrätin Kasslatter Mur bzw. Landesrat Saurer auffordern, in der Landesregierung dafür zu sorgen, dass dieses Thema ernst genommen wird! Alle Förderungen nützen nichts, wenn unsere Leute nicht mehr den Willen haben, ihre Muttersprache zu verteidigen, ihre Muttersprache zu verbessern und ihre Muttersprache zu pflegen. Auch das Erlernen anderer Sprachen ist natürlich sehr wichtig. Dafür wird jetzt schon relativ viel getan. Aber wenn die Bevölkerung den Wert der Muttersprache nicht mehr ermessen bzw. erfassen kann, dann wird es sicherlich auch mit den anderen Sprachen hapern. Die Voraussetzung dafür ist, dass man die Muttersprache einigermaßen beherrscht. Wer kann von sich behaupten, die Muttersprache oder eine andere Sprache zu beherrschen? Das Streben sollte dahin gehen. Frau Landesrätin, es hapert in so vielen Bereichen - außer vielleicht beim Land -, wenn es um das Recht auf den Gebrauch der Muttersprache geht. Allerdings gibt es auch beim Land Personal, das der deutschen Sprache kaum mächtig ist. Es kommt dann immer wieder die Ausrede, dass man das entsprechende Personal von der Region oder vom Staat übernehmen musste. Damals hatte die Zweisprachigkeitsbestimmung noch nicht gegolten. Aber es muss ein Schwerpunkt werden. Auch im Hinblick auf die Schule, Herr Landesrat, sprechen mich viele Eltern in letzter Zeit darauf an, dass dort alles Mögliche gelehrt wird, was meiner Meinung nach auch gut so ist. Die Leute sollen ihren Horizont sehr wohl öffnen. Aber dazu müssen sie zuerst einen Horizont haben. Das bedeutet, dass sie zumindest die eigene Umgebung einigermaßen erfassen und verstehen müssen. Ich kann nicht dabei beginnen, die Schüler über Afrika zu informieren, ihnen weiß Gott welche Dinge näher zu bringen, wenn sie die Strukturen im Dorf nicht einmal erfasst haben, wenn sie vom Land nichts wissen, wenn sie nicht wissen, wie die Flüsse unseres Landes heißen! Wieso sollten sie zuerst wissen, wie die Flüsse Afrikas heißen? Auch in Bezug auf den Geschichtsunterricht habe ich viele Anträge gestellt, dass man von der Geschichte des Landes ausgehen sollte, dann den nächsten Kreis, nämlich die Geschichte Europas und danach die Geschichte der Welt. All das ist wichtig. Aber ich muss von einem Fixpunkt ausgehen, welches immer noch die eigene Umgebung sein sollte. Das, was man täglich erfahren kann, sollte der Ausgangspunkt sein. Dann sollte man weitergehen und soviel Wissen als möglich vermitteln. Hier stimmt oft die Zielrichtung nicht. Deshalb ersuche ich noch einmal, die Stimmen aus dem Volk ernst zu nehmen, wenn sie sagen, dass wir den Leuten die Geschichte unseres Landes, die Geschichte Tirols vermitteln sollen. Oder wir müssen eine Maßnahme setzen, den Wert der Muttersprache zu erkennen, die Pflege der Muttersprache als Schwerpunkt zu setzen, um dann - ausgehend von der Muttersprache - mehr Verständnis für andere zu haben. Es sei mit Nachdruck betont, dass man so viele Sprachen wie möglich erlernen soll, soweit der Einzelne dazu in der Lage ist. Hier darf man nicht vergessen, dass die Sprachbegabung nicht gleichmäßig gestreut ist, sondern dass der eine mehr Sprachbe-

gabung besitzt, der andere vielleicht etwas weniger. In unseren Pflichtschulen müssen wir sicherlich danach trachten, dass alle profitieren, und zwar in dem Maße, in dem sie die Veranlagung mit sich bringen. Für den guten Willen, für eine gewisse Strebsamkeit sollte dann durch Motivation gesorgt werden, damit jeder soviel aus sich herausholen kann, als er dazu in der Lage ist.

Ich habe letztthin immer wieder auf jenen Beschluss, den wir im Landtag vor fast 10 Jahren gefasst haben, hingewiesen, dass man größtes Augenmerk auf die Software, aber auch auf die Vordrucke legen möge. Gerade heute habe ich wieder einen Brief erhalten, in dem man darauf verweist, dass viele Fahrkarten, auch was die Regionalzüge Meran-Bozen anbelangt, rein italienischsprachig seien und kein Wort in Deutsch auf den Fahrkarten zu finden sei. Wir haben den diesbezüglichen Beschluss - wie gesagt - schon vor vielen Jahren gefasst. Aber ich habe den Eindruck, dass die Landesregierung schon lange keinen Wert mehr darauf legt, den Gebrauch der Muttersprache zu verteidigen. Der Staat kümmert sich nicht darum, wenn wir das nicht tun. Warum sollte der Staat hier päpstlicher sein als der Papst, wenn wir schon keinen großen Wert darauf legen? Warum sollte es dem Staat ein Anliegen sein? Wir müssen wissen, welches unsere Pflichten sind, was wir unseren Leuten, denen die Erhaltung dieses Teils Tirols noch ein Anliegen ist, unseren Vorfahren, unserer Tradition und Kultur schuldig sind.

Frau Landesrätin, bitte überlegen Sie bei der Umstellung der Ausrichtung der Beiträge genau, also mit gutem Wissen und Gewissen, wen Sie in Zukunft mehr und wen Sie weniger fördern wollen! Sicherlich haben wir diesbezüglich unterschiedliche Auffassungen. Aber es gibt sogenannte Kulturzirkel, die nicht Kultur produzieren, sondern mehr essen und trinken, als dass sie kulturell tätig wären. Ich erfahre aus meinem kleinen, täglichen Umfeld, wie sehr die Leute darüber lachen, wenn sie so viel Geld für ihr - ich will nicht sagen "Trinkgelage" - Konsumverhalten bekommen. Sie produzieren nichts und leisten somit keinen Beitrag für die Kultur. Gerade in diesem Bereich sollte man einmal ausdünnen. Sie haben des Öfteren darüber geklagt, dass die Gelder in Ihrem Bereich knapper werden. Deshalb wird auch für Sie die Stunde der Wahrheit schlagen und Sie die Mühle zumachen müssen. Das, was wirklich im Sinne der Erhaltung der "Tirolität", Frau Landesrätin, getan wird, ist sehr wichtig und kommt nicht von alleine. Man vermittelt den Leuten den Eindruck des ewig Gestrigen. Das ist nicht ewig gestrig. Die Festigung der Wurzeln wird in den nächsten Jahrzehnten von größerer Bedeutung sein als bisher. Wenn wir sehen, dass uns die Wurzeln aufgrund des Zeitgeistes und aufgrund des schneller fließenden Flusses in eine andere Richtung davon schwimmen, dann müssen wir Schwerpunkte setzen. Ich bin sicher, dass Sie mich verstanden haben.

Ein letzter Bereich ist die Umweltpolitik. Ich beziehe mich auf die letzte Entscheidung betreffend die Einsteinstraße, mit der man diese bisher unantastbare Grenze überschritten hat, und zwar durch eine Maßnahme bzw. einen Beschluss der Landesregierung, diesbezügliche Förderungen in Erwägung zu ziehen. Ich möchte nur

darauf aufmerksam machen und Sie ersuchen, sich zuerst ein Gesamtbild darüber zu verschaffen, wie viele Hallen besonders in der Stadt Bozen, aber auch im übrigen Land leer stehen! Landesrat Frick nickt mit dem Kopf. Ich denke an das riesengroße neue Gebäude in der Nähe des Friedhofs und an den Beginn der Galileistraße. Ich höre von Bozner Bürgern ständig, wie viele leerstehende Tremonti-Hallen es gäbe. Und wir gehen über diese "Einsteingrenze" hinaus! Sind wir von allen guten Geistern verlassen? Zwingen wir doch die Betriebe, die dafür Fördergelder bekommen haben, in diesen Hallen endlich einmal zu produzieren, in diesen Hallen betrieblich tätig zu werden! Man ist nicht in der Lage, diese Gebäude bzw. diese Hallen zu besetzen und darin zu wirtschaften. Wir gehen dann noch her und versiegeln weiteren Boden in dem in Bozen bereits so knapp werdenden Kulturgürtel! Das ist ja unvorstellbar! Man berücksichtige hier nicht nur die Gefahren, die die Spekulation mit sich bringt, sondern vor allem die Gefahren, die durch die zunehmende Bodenversiegelung entstehen! Bozen kann nicht Kulturgrund ohne Ende vergeben. Bozen muss besonders sparsam damit umgehen. Aber auch im übrigen Land sollte man die Politik für die nächsten Jahrzehnte einleiten und nicht nach kurzfristigen Erfolgen und Gewinnen streben. Immer noch ist dieses Denken in den Köpfen drinnen: kurzfristige Erfolge, kurzfristige Gewinne. Im Übrigen: Kopf in den Sand, in den nächsten 20 Jahren werden schon die anderen sorgen, dann sind wir ja nicht mehr dafür verantwortlich. Wir sind sehr wohl verantwortlich dafür und setzen heute die Weichen! Diejenigen, die in den nächsten 10 Jahren - also nach meiner Tätigkeit hier - die Entscheidungen treffen müssen, werden alle Hände voll zu tun haben. Sie müssen mit den Fehlentwicklungen, die wir jetzt setzen, einigermaßen zu Rande kommen bzw. aufräumen. Wir müssen uns wirklich die Frage stellen: Denken wir langfristig genug? Lösen wir uns von diesem kurzfristigen, kurzzeitigen Gewinnendenken! Das wäre mein Aufruf auch in Zusammenhang mit den - zugegebenermaßen - kleinen 85 Millionen Euro, gemessen am gesamten Haushalt.

Ich wiederhole meine Mahnungen, die sich jetzt abzeichnen. In Bezug auf die Landwirtschaft sollten wir den Leuten früh genug reinen Wein einschenken, damit sie sich jetzt schon darauf einstellen können, dass die EU-Mittel versickern werden. Zunächst werden diese Beiträge spärlicher fließen, aber eines Tages werden sie versickern, möglicherweise auch ganz ausbleiben. Im Bereich der Sprache sollten wir großes Augenmerk auf den Wert der eigenen Kultur, den Wert der Sprachpflege, den Reichtum, im deutschen Kulturraum tätig sein zu können, legen. Aber dazu müssen die Leute in der Lage sein. Wenn sie die Sprache nicht mehr beherrschen und die Sicherheit in der eigenen Muttersprache nicht mehr haben, dann haben sie den Zugang zu diesem großen Kultur-, aber auch Wettbewerbsraum verloren. Auch diese Warnung sei noch einmal hervorgehoben. Ich warne weiter: Schluss mit der zusätzlichen Versiegelung, Schluss mit der Förderung von Spekulantentum! Das möge man bitte berücksichtigen und beherzigen.

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo Verde - Grupa Vërda): Herr Präsident! Der Nachtragshaushalt bietet Gelegenheit, noch vor der Sommerpause eine Skizze der wirtschaftlichen Lage und der sozialen Situation Südtirols zu versuchen. Meine Vorredner, Kollege Minniti und Kollegin Klotz, haben dies bereits in wichtigen Bereichen getan. Ich teile viele ihrer Einschätzungen und werde daran knüpfen. Obwohl der Nachtragshaushalt nur geringe Verteilungsspielräume bietet - Frau Kollegin Klotz hat es soeben angeführt -, so besteht für die öffentlichen Haushalte Südtirols insgesamt noch ein beachtlicher Manövrierraum. Dieser gewinnt umso mehr an Bedeutung, als die Wirtschaftsentwicklung auch in Südtirol nach den Vorzeichen der letzten Jahre nun definitiv en masse Anlass zur Sorge gibt. Obwohl die meisten Sektoren noch halbwegs gut dastehen, müssen sie in unterschiedlicher Weise dem scharfen Druck des Preisverfalls einerseits und der Globalisierung andererseits begegnen. Konkurrenz und Ertragsschwächen treffen zunächst vor allem die Landwirtschaft und durchschlagen immer öfter das Polster, die Sicherungen von gelungener Strukturpolitik sowie das dichtgeknüpfte Netz der Subventionen. Ich knüpfe direkt an das an, was Kollegin Klotz gesagt hat. Ich stelle in Bezug auf das einzige Gut der Landwirtschaft, das vor Preisverfall geschützt ist, geradezu den gegenläufigen Trend fest, nämlich Liegenschaftsbesitz und zunehmende Geschwindigkeit, mit der bäuerliches Eigentum in gewerbliche Liegenschaften oder in privates Eigentum überführt wird. Hier treffen sich der Landhunger von Gewerbebetrieben und die Suche nach sicheren Anlagen mit einer Schwachstelle: der Landwirtschaft. Das Risiko der Spekulation und der Zersiedelung hat in den letzten Jahren dramatisch an Tempo zugelegt und äußert sich vor allem in den projektierten Gewerbegebieten, etwa vor den Toren Merans oder Bozens, in der Überschreitung der berühmten Einsteinstraße, sozusagen in der landeseigenen - man könnte so sagen, Kollegin Klotz - "Einstein'schen Relativitätstheorie". Alles ist relativ in diesem Lande und vielleicht ist das der spezielle Beitrag zum 100sten Geburtstag von Albert Einstein. Aber das ist nur ein Gag in diesem Zusammenhang!

Abnehmende Ertragslagen der Bauern, zumal in exponierter Position, berechtigter Grundbedarf von Unternehmern und die Spekulationschancen mit den freien 25 Prozent bilden ein unentwirrbares Interessengeflecht. Kurzfristig mögen solche Operationen gewisse Entlastung schaffen, sich auch als vertretbares Bauernopfer ausnehmen, nach denen der Protest rasch verhallt. Langfristig aber sieht die Bilanz anders aus. Bodenversiegelung und Betonierungen in Tallagen nehmen weiter zu, was zu entsprechenden Veränderungen des Mikroklimas führt. Besonders übel aber sind über die Umweltfolgen hinaus, Kollegin Klotz, die langfristigen sozialen Folgen. Von den Verwertungschancen in der Stadtnähe profitieren vor allem die Talbauern, während die Bergbauern trotz ungleich höherer Schwierigkeiten solche Chancen kaum in Anspruch nehmen können. Aber solche Beispiele wie in Bozen machen Schule. Das ist eigentlich eines der Probleme. Durch ihre Vorbildwirkung senken sie die bereits niedrige Hemmschwelle zur Veräußerung landwirtschaftlichen Grundes auch in Dörfern und in entfernten Höhenlagen. In meiner Stadt Brixen kann man das durchaus feststellen.

Natürlich haben wir als nicht bäuerliche Einkommensbezieher leicht reden - das gebe ich gerne zu -, da wir die schwierigen Existenzbedingungen vieler Bauern in keiner Weise teilen müssen. Aber der Transfer hoher Steuermittel in die Landwirtschaft sichert allen Steuerzahlern ein Mitspracherecht und gibt ihnen die moralische Berechtigung, ein nachhaltiges Strukturkonzept für den ländlichen Raum zu fordern und solche Spekulationsmanöver einzuschränken. Die gewerbliche Wirtschaft beruht in Südtirol maßgebend auf der Verwertung der Ressource Boden. Die weithin prosperierende Baubranche ist jener Leitsektor, an dem wiederum große Bereiche des Handwerks hängen. Die Baubranche meldet zwar den Bedarf an Wohnraum und Gewerbegrund, erfüllt dieses Ziel aber mit einer außerordentlichen Abschöpfung an Steuermitteln, an privater Kaufkraft und an Bodenverbrauch. Geringe Wertschöpfung und hohe Ressourcenverschwendung werfen Schatten auf die überzogene Förderung einer Branchenkette der Baubranche, die oft wenig Zukunft eröffnet, sondern vor allem Zukunft konsumiert. Dagegen wäre eine Umschichtung der Förderung in wertschöpfungsstarke Sektoren und in innovationsstarke Bereiche - Kollege Minniti hat dies angedeutet - die wichtigste Form der Zukunftssicherung für Südtirol. Nicht umsonst stehen Betriebe der Bereiche Elektronik, Präzisionsgeräte oder Metall- und Mineralienverarbeitung an der Spitze der Wertschöpfung in Südtirol. Für unser Land müsste es das Hauptziel der Wirtschaftspolitik sein, der Wirtschaft jenes ressourcenschonende Profil zu vermitteln, das etwa eine Wirtschaftsregion wie Baden-Württemberg auszeichnet. Der Generaltrend geht aber leider Gottes in eine andere Richtung. Auch im Tourismus haben intelligente Marketinglösungen, ein kulturell aufgeschlossener und ökosensibler Tourismus einen schweren Stand. Das Modell von landschaftsfressenden, die Landschaft entstellenden Wellness-Bunkern - hier ein Beispiel von Prämajur - überwiegt allzu oft gegenüber einem leichtfüßigeren Tourismus, der ein hochentwickeltes Angebot mit Familienfreundlichkeit und Professionalität für sich einzunehmen weiß. "Ressourcenausbeute" lautet also nach wie vor eines der Hauptprinzipien der landeseigenen Wirtschaftspolitik. Dies zeigt sich am deutlichsten im Energiebereich, wo sich unter dem Schlagwort "erneuerbare Energie" der Zugriff des Landes auf die Gewässerreserven Südtirols beschleunigt. In diesem Bereich offenbart sich die Ambivalenz der Ziele in aller Deutlichkeit. Zum einen geht es gewiss um das ehrenwerte Motiv - keine Frage - der Erhöhung von Versorgungssicherheit und um die Ressourcenhoheit für Südtirol. Der Einstieg der Landesenergiegesellschaft SEL in die Itالenergia unter Inanspruchnahme hoher Kreditlinien, wie die Verabschiedung von uns gewünscht wird, mag auf dieses Ziel hinauslaufen, das heißt die Edison-Kraftwerke in absehbarer Zeit zu übernehmen und damit dem Land ein verdientes Maß an Eigensteuerung zurückzugeben. Dieser Absicht dient auch die Planung von vier weitestgehend SEL-eigenen Großkraftwerken mit einem Investitionsvolumen von weit über 100 Millionen Euro. Neben diesem durchaus vertretbaren Ziel stehen aber auch die Widersprüche einer derartigen Operation, denn neben dem deklarierten Ziel umweltschonender Versorgungssicherheit und Eigenhoheit geht es vor allem auch um drei weitere Motive. Erstens: Aufbau

einer weitestgehend privatisierten, von wenigen Männern gesteuerten Machtzentrale SEL, in dem neben dem Landeshauptmann und dem zuständigen Landesrat nur noch wenige weitere Herren - ich betone das Wort "Herren" - das Sagen haben. Zweitens dient diese Machtzentrale zugleich auch als ertragreiche, öffentlicher Kontrolle entzogene Geldquelle, deren Erträge weitgehend unkontrolliert reinvestiert oder ausgeschüttet werden können. Schließlich verstößt das landeseigene Vorpreschen deutlich gegen das Gebot der Subsidiarität, da die örtlichen Körperschaften, vor allem die Gemeinden, niemals auf gleicher Augenhöhe, sondern stets als subalterne, unterwürfige Partner gleichsam gnadenhalber zu diesem Business Zugang erhalten. Darüber wird Kollegin Kury mit Sicherheit noch einiges zu sagen haben.

Sollen wir diesen Prozess der Machtkonzentration, der unter dem Label "Ressourcenschonung" notdürftig getarnt daherkommt, durch die Kreditgewährung von 200 Millionen Euro weiteren Vorschub leisten? Wir Grüne haben auf keinen Fall entsprechende Absichten. Wir wissen, dass auch die Vertreter anderer Minderheiten, ja sogar Angehörige der Mehrheit dem Vorgehen entweder gar nicht oder nur mit zusammengebissenen Zähnen zustimmen werden. Dieser Prozess, dieses Procedere kann nur dann begrüßt werden, wenn klare Spielregeln aufgestellt werden, nur dann, wenn die Aussicht auf ein gedeihliches Zusammenwirken von Land, Gemeinden und Bürgern besteht. Andernfalls meint die Worthülse "erneuerbare Energien" vor allem ständige, weiter erneuerte Machtressourcen der Landesregierung, vor allem des Landeshauptmannes. Dazu aber werden Landesressourcen mehr und mehr ausgebeutet, ohne hinreichende Garantien für Landschaftsqualität und Restwassermengen. So soll im Wipptal ein Eisack-Kraftwerk gebaut werden und der Maulser Bach wird gleich mitgenommen, egal, ob die Anrainer dies dann wünschen oder nicht. Das wirtschaftspolitische Ziel der Landesregierung lautet also nach wie vor: Machtkonzentration, Ballung von Ressourcen und Verfügung darüber aus möglichst wenigen Händen. Dies zeigt sich auch am munter - er ist leider nicht im Saale - und unermüdlich vorangetriebenen Projekt des BBT, der als verkehrspolitische Notwendigkeit präsentiert wird, als unausweichliches Schicksal für Südtirol, als einzige Lösung gegen den drohenden Verkehrs- und Umweltinfarkt. Dies aber unter völlig ungesicherten Voraussetzungen, ohne Finanzierungssicherheit, bis jetzt ohne Verlagerungsgarantie, ohne Aussicht auf Einhaltung von Bauzeiten, ohne Zusage des gleichzeitigen Baues von Zulaufstrecken und Haupttunnel, ohne all dies wird munter darauf losprojektiert. Das Ganze begleitet von einem Feuerwerk der Fehlinformation, von ständig wechselnden und widersprüchlichen Aussagen der EU-Kommission, der österreichischen Regierungen, der Landeshauptleute und vom drögen Schweigen der italienischen Staatsbahnen, des milder blickenden, mit samtener Stimme am Wesentlichen sicher vorbei argumentieren Ingenieur De Carlo. Aber da nun demnächst einige 100 Millionen Euro bereitstehen sollen, werden Ausführungsprojekte abgewickelt, Probestollen gebohrt, Konsortien gebildet, Deponien eröffnet und Hoffnungen geweckt. Würde nur ein Bruchteil der Ressourcen in intelligente Verkehrslösungen gesteckt, die sehr sinnvolle und kosten-

günstige Alternative über die Tauern angedacht, so stünden Bürgerinnen und Bürger diesem Unternehmen, das nicht aktuelle Politikergenerationen, sondern die heute Heranwachsenden belasten wird, etwas weniger misstrauisch gegenüber. Was sollen wir von Projekten halten, bei denen die Kostenschätzungen allein für den Tunnel fröhlich zwischen 4,5 und 9 Milliarden Euro schwanken, als handle es sich um den Unterschied zwischen 5 oder 8 Kilo Bananen? Was soll man von Zeitschätzungen halten, die nach wie vor am Fertigstellungstermin 2015 fixiert sind, obwohl der Zeitrahmen für den Gotthard 12 Jahre beträgt und viele geologische Probleme noch weiterhin im Dunkeln liegen? Keine Grüne Panik ist dies alles, kein Wegeschrei von Umwelt-Talibans und ewig Gestrigen, sondern es ist der ewig trübe Sud aus der Gerüchteküche, der Bauchweh bereitet. Es ist dies der gierige Griff nach Ressourcen und das stete Schielen auf Großprojekte der Landesregierung, als ob sie das Kleine der Verwaltungs- und Tagesarbeit durch Großmannssucht - ich betone "Großmann" - ausgleichen müsste. All dies stimmt misstrauisch. Es missfällt einfach die Tendenz, Dutzende von Millionen in Projekten zu verbrennen, abgesehen von Air-Alps, abgesehen von der Förderung des Flughafens, während für das mühsame Tagesgeschäft der kleinen, vernetzten, aber weitblickend angelegten Reformen wenig Ressourcen verbleiben.

Der künftige Reformbedarf liegt mehr denn je über Muttersprache hinaus, Frau Kollegin Klotz, vor allem in der Notwendigkeit von sozialem Ausgleich und von noch stärker auszuweitenden Bildungsangeboten. Die Ausweitung sozialer Ungleichheit liegt inzwischen vor aller Augen. Ich denke, dass einige meiner Kolleginnen und Kollegen darauf zu sprechen kommen werden. Es sind nicht nur jene inzwischen berühmten 14,9 Prozent - nicht 15 Prozent - bedürftige Familien - in absoluten Zahlen an die 27.000 -, die zu beachten sind, sondern vor allem die Schere wachsender Einkommensunterschiede. Die Kluft zwischen den einerseits 10 Prozent Schwerreichen oder ziemlich Wohlhabenden, denen auch wir angehören, und den Mittel- oder Unterschichten andererseits - wir verwenden das Wort "Unterschichten" ohne Panikmache - klafft immer weiter auseinander, denn die schleichende Zunahme der Einkommensdifferenzen bzw. -unterschiede ist neben der fortschreitenden Einkommensauszehrung und Verarmung größerer Bevölkerungsteile ein wirklicher Skandal. Die Zahlen der langsam tickenden, sozialen Zeitbombe "Einkommensdifferenzen" sind weniger bekannt als die famosen 14,9 Prozent. Daher ein kurzer Überblick auf der Grundlage der neuen Astat-Zahlen: 50 Prozent der Haushalte in Südtirol, also die Hälfte unserer Haushalte, erreichen ein Jahreseinkommen von maximal 23.700 Euro. Diese 50 Prozent verfügen zusammen über ein geringeres Einkommen als die 10 Prozent Reichen, Wohlhabenden und Super-Reichen in Südtirol. Das reiche Zehntel, also auch wir, kontrolliert 27,6 Prozent des Volkseinkommens, die 50 Prozent Mittel- und Unterschichten hingegen verfügen nur über 24,5 Prozent. Mehr noch: Der Anteil dieser Ärmsten bzw. geringer verdienenden Haushalte am Einkommen hat sich seit 1998 um 0,5 Prozent verringert, sie haben also um einen halben Prozentpunkt an Kaufkraft, an Einkommen verloren. Diesem Einkommensschwund der Ärmeren steht die Tatsache

gegenüber, dass das bestverdienende Zehntel, also die erste Startgruppe, 1998 erst über 25,4 Prozent des Volkseinkommens verfügt hat, nun aber seinen Zugriff auf eine Quote von 27,8 Prozent geführt hat. Hält die schleichende Verarmungsspirale und der sie begleitende heimliche Bereicherungsprozess in dieser Progression weiter an, so wird es nicht mehr lange dauern, bis 10 Prozent der Haushalte über 30 Prozent des Einkommens verfügen. Das zeigt nichts anderes, als dass die Gesellschaft Südtirols auseinanderdriftet bzw. auseinanderstrebt, dass auch wir in Südtirol bald deutsche oder alt-italienische Verhältnisse erleben werden. Im Vergleich zu 1998 hat sich die Situation für Arbeitnehmerhaushalte deutlich verschlechtert, am meisten für die Haushalte mit vier Mitgliedern, von denen nunmehr 17,1 Prozent in relativer Armut leben, während es 1998 erst 10,5 Prozent waren, ganz besonders für Paare mit Kindern bis 14 Jahren, deren Armutsanteil von 14,6 Prozent auf 19,2 Prozent im Jahre 2003 gestiegen ist. Familienpolitik tut also dringend Not! Ich denke, meine Nachrednerin wird dazu einiges zu sagen haben.

Die regierende Volkspartei, die ihr Obmann zur "Partei der Mitte" erklärt hat - und die "Mitte" ist für uns sicher ein breiter Begriff -, wird durch den Wandel der Verhältnisse zur "Partei des Spagats". Sie unterstützt die immer Ärmeren über den Landeshaushalt oft großzügig - keine Frage -, aber bisher ohne Aussicht auf strukturelle Besserung, während sie hingegen den bereits Reichen immer bessere Operationschancen bietet. Das zeigt die Astat-Statistik. Den Arbeitnehmern in der SVP kommt unter diesen Voraussetzungen die zweifelhafte Aufgabe zu, diesen Verarmungsprozess als Feigenblatt verwalten zu dürfen und als Mangelverwalter aufzutreten, anstatt eine grundsätzliche Kurskorrektur einleiten zu können, für die das bisher verabschiedete Familienpaket nur eine erste Vorleistung darstellen kann. Auch aus diesem Grund sind wir skeptisch gegenüber Großprojekten und Konzentrationsprozessen. Wenn wir die Energie, die auf diesen Sektor verwandt wird, mit dem Kampf gegen die Armut und um größere Verteilungsgerechtigkeit vergleichen, so sehen wir ein krasses Missverhältnis. Für den Einstieg in den Energiemarkt, in den Sektor Infrastrukturen werden Millionen mühelos locker gemacht, so jetzt auch für die STA oder für den BBT. Diese schnellen finanziellen Hüftschüsse relativieren den mühsamen Kampf um das Familienpaket, das einen ersten achtbaren Schritt darstellt, aber seine Mängel kaum verbergen kann. Die Art, mit der auf Südtiroler Ebene Ungleiches gleich gefördert wird, dass jedes Kind, egal aus welcher Einkommensschicht, mit 80 Euro bedacht wird, bis zu einer extrem weitmaschigen Obergrenze von 80.000 Euro Einkommen plus dicker Vermögensbeiträge, ist der beste Ausdruck dieser SVP-typischen Seiltänzermentalität.

Warum wir angesichts der immer besser bekannten sozialen Lage nicht auf zumindest 50.000 oder 60.000 Euro, auf das Level einer wirklich wohlhabenden Mittelstandsfamilie zurückfahren, bleibt völlig schleierhaft. Es wird gewiss nicht lange dauern, bis wir die ersten Fälle von Kindergeldabschöpfung seitens der Schlaunen und Super-Schlaunen zu hören bekommen werden. Wie wir hören, hat der Run der wirklich Wohlhabenden auf die Beiträge bereits eingesetzt. Auf regionaler Ebene, wo die Ein-

kommensobergrenzen in passabler Höhe liegen, fallen die Ein-Kind-Familien systematisch durch den Rost. Das haben wir des Öfteren angemerkt. Martha Stocker hätte mit Recht und Realismus betont, dass eine Durchfinanzierung aller 31.000 Single-Kid-Haushalte der autonomen Provinz Bozen die Finanzdecke sicherlich gesprengt hätte. Warum aber sollte man nicht jenen knapp 6.300 Zwei- oder Drei-Personen-Familien mit je einem Kind entgegenkommen, die über ein Einkommen von weniger als 23.700 Euro verfügen, was also weit unter dem Mittelwert der Südtiroler Einkommenspyramide liegt? Warum nicht diese wichtige Gruppe fördern, die noch neben den besonders gefährdeten Vier-Personen-Haushalten ein besonderes Anrecht auf systematische Unterstützung beanspruchen kann?

Zusammenfassend - Kollegin Mair hat hier sicher noch einiges nachzutragen - kann man sagen, dass der Reformbedarf groß bleibt. Es besteht für die Familienpartei SVP trotz - ich wiederhole es - durchaus achtbarer Anstrengungen keinerlei Grund, um sich entspannt zurückzulehnen. Vergleichen wir die Zuwendungen an Familien mit Ländern mit angespannterer Haushaltslage, etwa in Österreich, Bayern oder anderen deutschen Bundesländern, so ist zu betonen, dass nach der aktuellen Anlauf- und Erprobungsphase, die sicher auch in dieser vorerst noch Beschränktheit Sinn macht, dass nach dieser Phase eine Reformstufe II unumgänglich notwendig sein wird. Weitere Umschichtungen bleiben notwendig, auch mit Blick auf die Pflegeversicherung. Sie könnte, sofern sie in der geplanten Höhe eingeführt wird, zum absurden Effekt führen, dass sie den Einkommensbeziehern wieder einen Teil jener Transfer-Leistungen aus der Tasche zieht, die sie soeben für Familienförderung eingestrichen haben, also eine Art von Durchlauferhitzer. Die Gefahr bleibt akut, dass sich diese Landesregierung in Widersprüche verrennt, dass sie sozial Schwache fördert und zugleich dem Spekulantentum der Vorteilsabschöpfung immer wieder breiteren Raum einräumt. Es bräuchte noch mehr Konsequenz in der Förderung der Mittel- und Unterschichten, nicht allein in der Form von Geldtransfer, sondern auch in der Schaffung einer breiteren, einer besseren Informationsgrundlage über ihre Lebens- und Förderchancen. Wir wissen aus den Vereinigten Staaten, dass Probleme wie "Financial literacy" und "Financial abuse", also finanzieller Analphabetismus und finanzieller Missbrauch etwa von alten Menschen durch Pflegekräfte, im Kern der Debatte um Armut und Alter stehen. Die Verantwortlichen fragen sich: Wie können wir viele Menschen dabei unterstützen, das nötige Wissen für den Aufbau von Rücklagen für das Alter anzusammeln? Was können wir tun, damit sich Menschen nicht aus Unkenntnis, aus Disziplinlosigkeit und Desinteresse ruinieren und damit der Allgemeinheit zur Last fallen? Diese Fragen müssen auch hierzulande gestellt und beantwortet werden. Der Lebensstandard im Alter hängt auch in Südtirol immer mehr vom finanziellen "Know-how" des Einzelnen ab. Die kluge Anlage ist oft entscheidender als Korrekturen durch Familiengeld und Sozial-Transfers. Wer sagt den Menschen, den Bürgerinnen und Bürgern, dass allein die zielbewusste Wahl und selektive Nutzung des Autos monatlich Ersparnisse von 300 bis 400 Euro bringen kann? Wer sagt den Familien, dass die rechte Ernährung und

Lebensführung über Gesundheit und Leistungsfähigkeit wesentlich mitentscheidet? Wer sagt Jugendlichen, dass die Übernutzung von Handys eine kleine, aber nicht unerhebliche Armutsfalle darstellt? Wieso ist der Handy-Anteil ausgerechnet bei den Unterschichten am höchsten? An diesen Beispielen wird deutlich, dass Umwelt und Soziales einen engen Zusammenhang bilden, der durch Information, durch Wissenstransfer aufgehellt und vermittelt werden kann? Deswegen sind Verbraucherinformationen und Verbraucherschutz zunehmend zentral. Es wäre somit wichtig, dass sich immer mehr Menschen zu mündigen Verbrauchern, zu reifen Konsumenten, auch reifen Konsumenten von Sozialleistungen, entwickeln.

Dies sind Anregungen, die über die Aktualität eines Nachtragshaushaltes hinausgehen, die konkreten Vorschläge vieler Kolleginnen und Kollegen natürlich übersteigen oder etwas abstrakter wirken. Sie sollen aber zeigen, dass diese Landesregierung jetzt Vorkehrungen für Zeiten, die kommen werden und die auf jeden Fall härter sind, treffen muss. Danke vielmals!

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la collega Mair, ne ha facoltà.

MAIR (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Präsident! Ich werde versuchen, meine Ausführungen nicht allzu sehr in die Länge zu ziehen, dennoch möchte ich auf einige allgemeine Dinge hinweisen, die mir im Zusammenhang mit der Erstellung des Haushaltes bzw. Nachtragshaushaltes einfach wichtig erscheinen.

Ich möchte jetzt nicht die einzelnen Kapitel genauer unter die Lupe nehmen, das haben bereits einige Kollegen getan. Wir werden sicherlich noch bei der Behandlung der einzelnen Artikel des Gesetzes bzw. bei den Wortmeldungen zu den Haushaltsgrundeinheiten die Möglichkeit haben, die eine oder andere Frage zu stellen bzw. die eine oder andere Bewertung vorzunehmen. Wenn man über den Haushalt - in diesem Fall Nachtragshaushalt - bzw. über das Finanzgesetz redet, dann ist es durchaus üblich und angebracht, dass man auch ein paar allgemeine politische Bewertungen vornimmt. Und ich werde mich hauptsächlich auf politische Bewertungen konzentrieren, ganz speziell auf drei bzw. vier Themen.

Was interessiert die Südtirolerinnen und Südtiroler derzeit ganz besonders? Worüber wird draußen bei den Leuten diskutiert? In erster Linie wird es gerade jetzt das Kindergeld sein. Mir liegt es am Herzen, vor allem eine Bewertung über die Familienpolitik des Landes, der Landesregierung und der Familienpolitik der SVP abzugeben. Mein Vorredner, Kollege Heiss, hat richtig getippt, wenn er sagt, dass das mein Hauptanliegen sein wird. Es ist in den letzten Jahren immer offenkundiger geworden, dass es den Südtiroler Familien insgesamt finanziell immer schlechter geht. Noch nie standen so viele Familien finanziell in der Kreide. Man spricht von über 23.000 Familien, die unter der relativen Armutsgrenze liegen. Die Pro-Kopf-Verschuldung eines jeden Einzelnen bzw. einer jeden einzelnen Familie beträgt mittlerweile über 10.000 Euro. Hinzu kommt, dass sehr, sehr viele Menschen in Südtirol weniger

als 1.000 Euro verdienen. Wir Freiheitlichen haben bereits im November 2002 einen Beschlussantrag eingereicht, mit dem wir angeregt haben, mittels einer Studie festzustellen, wie viele Personen in Südtirol tatsächlich weniger als 1.000 Euro verdienen. Ausgehend von einer europaweiten Diskussion haben wir darum ersucht. Der Landtag hat diesen Beschlussantrag damals zwar abgelehnt, aber es wurde dann in Folge einer Diskussion mit der zuständigen Landesrätin vereinbart, das AFI damit zu beauftragen, eine solche Studie durchzuführen. Die Zahlen sprechen eigentlich eine ganz klare Sprache. Davon wären jetzt die politischen Handlungen dementsprechend abzuleiten, von denen man bisher aber wenig zu sehen bekommen hat.

Ich möchte nur noch einige Eckdaten in Erinnerung rufen. Insgesamt 26,5 Prozent der arbeitenden Bevölkerung in Südtirol verdienen weniger als 1.000 Euro monatlich, 11 Prozent verdienen weniger als 800 Euro. Wenn man alle zusammenzählt, stellt man fest, dass mehr als die Hälfte weniger als 1.200 Euro verdienen und nur 6 Prozent mehr als 2.000 Euro einnehmen. Wenn man in diesem Zusammenhang die Lebenserhaltungskosten in Südtirol und die Wohnungspreise kennt, wenn man die Ausgaben für die Mittel des täglichen Bedarfes berücksichtigt, weiß man, dass sehr, sehr viele Menschen - wie bereits vorhin erwähnt - in die Armut abzudriften drohen. Diese Studie hat eigentlich nur das bestätigt, was ich vorhin gesagt habe, nämlich eine frühere Studie des ASTAT aus dem Jahre 1999: 23.000 Familien leben unter der relativen Armutsgrenze. Das sind Zahlen, an denen die Politik eigentlich nicht vorbeikommen dürfte, wo absoluter Handlungsbedarf bestehen würde. Ob in Südtirol diesbezüglich die richtigen Maßnahmen ergriffen wurden, wage ich einfach zu bezweifeln. Ich spreche ganz konkret die Familienpolitik an. Die Familienpolitik des Landes Südtirols ist im Grunde genommen, wenn man sie genauer betrachtet, den Leuten gegenüber eine einzige Farce und - wie man sieht - ein einziges Chaos. Mir kommt schon irgendwo zum Lachen, wenn ich lese, dass sich der SVP-Obmann samt seiner Partei jetzt plötzlich als die Familienpartei des Landes betitelt. Ich glaube, dass es hier nötiger denn je ist, ganz klar noch einmal zu betonen und zum Ausdruck zu bringen, dass im Grunde genommen nichts anderes geschehen ist, als dass die Volkspartei - was ja irgendwo zu begrüßen ist - uns Freiheitliche kopiert. Wir waren in den letzten Jahren die einzigen, die Familienpolitik auf unsere Fahnen geschrieben und in den letzten Jahren immer wieder Vorschläge zur Familienpolitik eingebracht haben. Wie viele Jahre sind vergangen, wie viele Jahre hat die SVP tatenlos zugesehen, wie sich immer mehr Familien verschulden? Wie viele Jahre hat die SVP intern herumgestritten, welche Art der Familienpolitik man überhaupt machen soll? Soll eine Familienpolitik gemacht werden, die eher links angehaucht ist, sprich Gelder in Strukturen pumpt, obwohl eigentlich die Kinder fehlen, die in diesen Strukturen betreut werden sollen? Oder soll doch eine Familienpolitik gemacht werden, die sich an den tatsächlichen Bedürfnissen der Südtiroler Familien orientiert, nämlich jene einer direkten finanziellen Zuwendung anhand eines - wie wir es immer wieder gesagt haben - Kinderschecks bzw. eines Kindergeldes? Hierbei war das jahrelange Hin und Her, das Gestreite um die Begriffsbe-

stimmung dieser direkten Zuwendungen interessant und abartig zugleich. Jetzt im Nachhinein muss man sich das schon noch einmal vor Augen halten. Anstatt politisch endlich zu handeln und dementsprechende Taten zu setzen, anstatt Familien vor dem finanziellen Ruin zu bewahren, hat man wirklich lange Zeit herumgestritten, wie man das Ganze letzten Endes nennen sollte: Begriffe wie "Kinderscheck", "Kindergeld", "Erziehungsgeld" usw. sind in der Folge aufgetaucht. Die Politik bzw. die Politiker waren sich nicht wirklich einig, obwohl es den Leuten schlussendlich ziemlich egal sein dürfte, wie etwas genannt wird. Zählen tut nur das, was letzten Endes geschehen wird. Obwohl der Landeshauptmann im Moment nicht hier ist, möchte ich ihm, statt immer nur zu kritisieren, danken und sagen, dass er damals ziemlich der einzige in der Südtiroler Volkspartei war, der relativ früh "geschnallt" hat, dass die Idee des Kinderschecks bzw. die Idee der direkten finanziellen Zuwendung der richtige Weg in der Familienpolitik ist.

Aus Sicht der Freiheitlichen geht die Reise schon irgendwie in die richtige Richtung, wobei aber durchaus Verbesserungen notwendig sind. 80.000 Euro brutto als Einkommensgrenze für das Landeskindergeld erscheinen mir immer noch zu hoch zu sein und 80 Euro monatlich sind eindeutig zu wenig. Mit 80 Euro im Monat schauen mit Sicherheit nicht die Windeln heraus, sofern eine Familie diese in Südtirol kaufen muss. Zudem - das ist, gelinde ausgedrückt, eine Sauerei - müssen die Leute, die für das Kinder- bzw. Familiengeld ansuchen, auch ihren aktuellen Kontostand angeben. Das ist eine Frechheit! In diesem Zusammenhang hat man den Eindruck, dass jene Leute, die vielleicht tatsächlich sparsam leben und im Leben gespart haben, noch dafür bestraft werden. Bewertet werden im Zusammenhang mit dem Landeskindergeld auch die Liegenschaften der Familie. Das scheint mir recht vernünftig zu sein. Soweit so gut, sofern man dann bei allen anderen finanziellen Zuwendungen, die von der öffentlichen Hand kommen, auch einmal den Besitz der Ausländer unter die Lupe nimmt, bevor diese in den Genuss von öffentlichen Zuwendungen kommen. Wir wissen, dass dies nicht geschieht. Ich frage mich allerdings, wer das kontrollieren soll. Hier möchte ich einen konkreten Fall in meiner Heimatgemeinde ansprechen. Die angesprochene Frau hat von ihrem Vater eine Wohnung geerbt. Sie ist verheiratet, hat drei Kinder, beide Eheleute sind berufstätig. Sie leben in dieser besagten Wohnung, die aber noch nicht auf die Frau übertragen wurde. Das heißt, dass die Wohnung laut Papier immer noch ihrem Vater gehört. Diese Familie bezahlt keine Miete. Zugleich scheint kein Besitz bei ihnen auf. Ich frage mich, wie es möglich ist, dass einer solchen Familie bei zwei - ich kenne sie - relativ guten Einkommen ohne Mietvertrag usw. beispielsweise die Zahnspangen aller drei Kinder von der öffentlichen Hand bezahlt werden! Mir ist bekannt, dass besagte Familie auch andere öffentlichen Zuwendungen erhält. Andere Familien, die es zuhauf gibt, sich mit sehr viel Mühe und Not eine Wohnung gekauft oder gebaut haben, weil sie jahrelang dafür gespart haben, fallen bei sämtlichen Leistungen durch den Rost. Hier frage ich mich, wo die soziale Treffsicherheit bleibt! Ich denke, dass das Land schon gut daran täte, Kontrollen durchzuführen.

ren, um Sozial-Schmarotzern - egal, ob es sich um Einheimische oder Ausländer handelt - endlich den Garaus zu machen und diesem Treiben ein Ende zu setzen.

Das Landeskindergeld soll gemeinsam mit dem regionalen Kindergeld ab dem ersten August ausbezahlt werden. An diesem Punkt frage ich mich, was aus dem Versprechen bzw. der Ankündigung geworden ist, dass das Kindergeld rückwirkend auf 1. Jänner 2005 ausbezahlt wird! Gibt es Zahlen darüber, wie viele Familien durch den Rost fallen, weil ihre Kinder beispielsweise vor dem heurigen 1. Juli drei Jahre alt wurden?

Unzufrieden bin ich auch mit der Regelung zur Ausbezahlung des Familiengeldes. So notwendig eine zusätzliche finanzielle Unterstützung ist, so falsch hat man die Weichen dafür gestellt, auch wenn das jetzt eher die Region betrifft und nicht so sehr das Land. Aber nachdem sowohl das Landeskindergeld als auch das regionale Familiengeld gemeinsam ausbezahlt werden, möchte ich dennoch sagen, dass durch die Ablehnung einer Förderung für das erste Kind durch die Bestimmung, dass Nicht-EU-Bürger bereits mit fünf Jahren Ansässigkeit Anrecht auf das Familiengeld haben, das gesamte Gesetz irgendwie in eine bedenklich soziale Schieflage geraten ist. Vielen hier in diesem Saal fehlt es nach wie vor an der Einsicht oder auch am politischen Willen, Kindererziehung endlich als eine gesellschaftspolitische Leistung anzuerkennen und diese dementsprechend zu honorieren. Beispielsweise Alleinerziehende mit nur einem Kind sind wohl die großen Verlierer bei diesem Gesetz der Region.

Europaweit - in beinahe allen Ländern - wird seit Jahren sehr, sehr viel über Familie im Allgemeinen und Familienpolitik diskutiert. Es ist längst kein Geheimnis mehr, dass Europa aus dem demographischen Gleichgewicht geraten ist. Auch wir geraten aus dem demographischen Gleichgewicht. Man versucht, dieser Krise durch Zuwanderungspolitik in den europäischen Staaten sowie bei uns beizukommen. Ich möchte hier Stephan Baier, Journalist beim Würzburger Tagblatt, selbst Vater von fünf Kindern und Sachbuchautor, zitieren. Sein Buch lautet: "Kinderlos - Europa in der demographischen Falle". Er geht in diesem Buch über jegliche politische Korrektheit hinweg und redet ganz einfach Klartext: Europa steckt in der Geburtenkrise. Er ist der Meinung, dass die Zuwanderungspolitik auf keinen Fall eine Kurskorrektur sichert, denn sie ändert ja im Grunde genommen nichts am eigentlichen Problem, das wir innerhalb Europas haben, sondern sie schafft immer wieder neue Probleme. Hier möchte ich schon vorausschicken, dass uns klar sein muss, dass wir bei Zuwanderung nicht über Asyl und auch nicht über Wirtschaftsflüchtlinge reden, sondern über die Bedürfnisse, die wir in Europa haben und die wir dadurch zu befriedigen versuchen, indem wir Menschen aus kinderreichen Erdteilen nach Europa rufen. Hier möchte ich noch kurz einen deutschen Demographen zitieren, einen gewissen Herwig Birg, der gesagt hat, dass beispielsweise Deutschland bis zum Jahr 2050 188 Millionen Zuwanderer bräuchte, um den Altersquotienten stabil zu halten. Allein an dieser Zahl merkt man eigentlich, dass es eine völlig unrealistische Idee ist, durch Zuwanderung unsere Gesellschaft stabil zu halten. Ich bin davon überzeugt, dass die demographische Ent-

wicklung innerhalb Europas auch bei uns eines der zentralen Themen der nächsten Jahre sein wird, sogar sein muss. Die demographische Entwicklung führt uns in eine Situation, in der die Sozialsysteme, wie wir sie heute haben, schlichtweg unfinanzierbar werden. Dadurch wird der soziale Druck auf die Älteren und ganz alten Menschen, also im Grunde genommen auf jene, die die wirklich hohen Gesundheitskosten verursachen, immens werden. Heißt dann der politische Ausweg - ich stelle diese Frage - etwa Euthanasie? Bereits heute gibt es schon zwei von den 25 Mitgliedsstaaten innerhalb der EU, die eine aktive Euthanasie erlauben. Vielleicht denken sich einige der Kolleginnen und Kollegen, was das Ganze mit dem Nachtragshaushalt bzw. mit dem Haushalt zu tun haben soll. Gerade als junger Mensch habe ich mir, vor allem in den letzten Tagen nach diesen entsetzlichen Anschlägen in London, persönlich einige Fragen gestellt, was aus unserer Gesellschaft geworden ist bzw. wie unsere Gesellschaft sich weiterzuentwickeln gedenkt, wie sie sich weiter organisieren will. Das heißt nicht, dass ich unsere Gesellschaft dafür verantwortlich machen will, was - wie jetzt in London - radikale Moslems weltweit aufführen, im Gegenteil! Aber ich glaube schon, dass auch wir in unserer hyperliberalen Gesellschaft, in unserer Spaßgesellschaft mittlerweile auch irgendwie Anschläge auf die Menschheit zu verantworten haben, beispielsweise durch eine völlig falsche Familienpolitik. Ich denke ganz einfach, dass es letzten Endes so ist, dass uns gerade diese von mir erwähnte Spaßgesellschaft in eine Sackgasse führt. Ich glaube, dass das jetzt schon spürbar ist und immer spürbarer werden wird, je mehr wir in die Unfinanzierbarkeit unseres Systems hineinschlittern. Das heißt, dass wir uns eigentlich Gedanken darüber machen sollten, wie wir aus dieser Sackgasse wieder herausfinden. Langfristig gesehen, führt diese Spaßgesellschaft nicht unbedingt zu mehr Spaß, sondern sie führt vor allem in eine gesellschaftspolitische Katastrophe, in eine unfinanzierbare Situation. Die Selbstverwirklichungsideologie, die sich auch gewisse Frauen in der SVP und Frauen in diesem Saal, ohne dass ich dabei Namen nennen will, an die Brust geheftet haben, führt letztlich nicht dazu, dass jeder sich selbst verwirklichen kann, sondern dass wenige sich auf Kosten von vielen "selbst verwirklichen". Dazu braucht es dann Betreuungsstätten, die leider leer bleiben werden. Ganz besonders auf Südtirol bezogen, ist es wirklich so, dass nicht jede Frau unbedingt Karriere machen will, sondern es gibt sehr, sehr viele Frauen, die lieber ihre Kinder betreuen. Dann frage ich mich, warum man ihnen nicht wirklich eine ehrliche Chance gibt, warum man sie dabei nicht unterstützt!

Hierzu bedarf es meiner Meinung nach eines Mentalitätswandels. Die Zeit dafür wäre eigentlich überreif. Es braucht irgendwo ein neues Verantwortungsbewusstsein nach dem Motto: "Die Zukunft gehört denen, die bereit sind, Verantwortung - erstens - für das eigene Leben und - zweitens - für die eigene Zukunft - und dazu gehört auch das Thema Kinder - zu übernehmen".

Auf die Frage, wie man nun Kind und Familie außer den bisher gepflogenen Subventionierungsmöglichkeiten in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung stärken könnte, bin ich neben dem Bewusstseinswandel auf den Wandel der Rahmenbedingungen ge-

kommen. Politisch und rechtlich müsste man damit beginnen, den Familien ihr eh bescheidenes Erwerbseinkommen auch wirklich zu lassen. Ich weiß, dass wir nicht die Steuerhoheit haben. Aber Südtirol hätte konkret zwei Möglichkeiten, wo wir die Steuern selbst bestimmen könnten: IRAP und Autosteuer. Die Senkung beider Steuern haben wir Freiheitliche bereits mehrmals verlangt - im Bereich des Möglichen - und werden es auch wieder verlangen, gerade jetzt im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt in Form von Beschlussanträgen. Hier vielleicht ein interessanter Nebensatz, den eine Journalistin des Tagblattes "Dolomiten" in einem kurzen Leitartikel geschrieben hat, in dem sie auf das hinweist, was wir immer schon gesagt haben: "Durch steuerliche Erleichterungen wäre den Familien wirklich geholfen."

Eine weitere Möglichkeit könnte beispielsweise die Abschaffung der ICI auf Erstwohnungen sein. Das fällt zwar in die Gemeindekompetenz, aber das Land könnte - wie wir es vorgeschlagen haben - beispielsweise über den Landeshaushalt darauf einwirken und die bisherigen 13,5 Prozent, die für die nächsten drei Jahre bereits zugesichert wurden, erhöhen. Das wäre eine Möglichkeit, wenn man diesen Prozentsatz erhöht. Es gäbe viele Möglichkeiten, man muss es nur wollen. Ebenfalls könnte man sich auf staatlicher Ebene - da wären ganz besonders die SVP-Parlamentarier aufgerufen - für ein steuerfreies Existenzminimum bzw. für eine spürbare Erhöhung der Freibeträge für Eltern plus Kinder einsetzen. Der Staat kann im Grunde nicht besteuern, was ich brauche, um mich und meine Kinder zu ernähren. Ein zweiter wichtiger Schritt könnte sein, dass die Familie als ein Kleinunternehmen anerkannt wird. Familienarbeit ist gleichwertig der Erwerbsarbeit. Diese Logik wäre bisher richtig, dennoch habe ich irgendwo den Eindruck und gleichzeitig auch eine Abneigung gegen allzu sozialistische Modelle. Die Modelle, welche sowohl Südtirol als auch die Regionalregierung angepeilt haben, scheinen mir irgendwo solche zu sein. Das heißt, das Land zahlt zwar einerseits die Mütter und diktiert auf der anderen Seite gleichzeitig die Rahmenbedingungen. Ich will damit sagen, dass hier versucht wird, in den Kinderbetreuungseinrichtungen die Erziehungsziele vorzugeben und diese auch zu kontrollieren. Damit wäre die Intimität der Familie dahin und die öffentliche Hand - egal, ob Land, Region oder Staat - würde versuchen, der erste Pädagoge und Erzieher zu sein. Ich stelle die Frage: Hat das der SVP-Obmann gemeint, als er gesagt hat, die SVP ist die Familienpartei? Das widerspricht meinem Menschenbild und daher fordere ich vielmehr in diesen Fragen einen marktwirtschaftlichen Ansatz. Wenn die Familie als Kleinunternehmen anerkannt wird, dann hat sie auch die Möglichkeit, denjenigen Elternteil, der sich um die Erziehung der Kinder kümmert, sozusagen als den Familiengeschäftsführer beispielsweise anzustellen, der selbstverständlich auch dafür entlohnt werden müsste. Die Familienaufgaben im engeren Sinne - zum Beispiel eine größere Wohnung, die Kosten für die Gesundheit der Kinder, für Schule oder für außerschulische Ausbildungen - wären von der Steuer absetzbar. Ein ganz wichtiger Fehler, den die selbsternannte Familienpartei noch nicht eingesehen hat, sind die öffentlichen Kinderbetreuungsstätten. Anstatt gigantische Summen in diese hineinzuinvestieren, sollte man das

Geld - wie wir es immer wieder verlangt haben, da wir es vom Prinzip her als richtig erachten - lieber den Müttern in die Hand geben, damit diese die Möglichkeit haben, selber zu entscheiden. Das bedeutet wirklich eine freie Entscheidung. Wenn das Land, die Region oder der Staat jene Gelder, die in Kinderbetreuung investiert werden, den Müttern in die Hand geben würden, dann hätten sie wirkliche Entscheidungsfreiheit, ob sie ihr Kind in die Fremdbetreuung geben oder ob sie das Geld aus einem Familieneinkommen (oder Kindergeld) annehmen und sich selbst um die Kinder kümmern. Die Erziehung - das wird mir einfach zu wenig betrachtet - ist eine hochprofessionelle Tätigkeit. Ich glaube nicht, dass in Südtirol die Geburtenrate gestärkt werden kann, indem man mehr auf Strukturen setzt. Geburten können nur dann angekurbelt werden, indem man im Steuersystem einiges ändert. Wie gesagt, wir hätten zwei Möglichkeiten, welche ein Anfang sein könnten. Hier möchte ich das Beispiel Frankreich hernehmen. Das französische Steuersystem stellt Eltern mit drei Kindern absolut steuerfrei. Das wäre eine echte Erleichterung für Familien. Wenn ein Familienvater beispielsweise über Jahre hinweg keine Steuern bezahlen muss, spürt er dies am allermeisten. Wir sollten uns schon alle vor Augen halten, dass niemand Kinder für das Land, den Staat oder vielleicht auch die Kirche bekommt. Aber was die Politik und die Gesellschaft gewährleisten müssen, ist, dass die Menschen die Kinder, die sie sich eigentlich wünschen, bekommen und dann auch leisten können. Aber genau dies ist nicht der Fall. Alle Umfragen zeigen - egal, ob dies jetzt auf europäischer Ebene oder auch in unserem Land so ist -, dass der Kinderwunsch der jungen Menschen viel höher ist, als die Realität dem Kinderwunsch folgt. Warum ist das so? Weil die Rahmenbedingungen, wie wir sie derzeit haben, familien- und kinderfeindlich sind. Das heißt, dass die Politik daran arbeiten müsste, dass die Menschen den Kinderwunsch, den sie tatsächlich haben, auch realisieren können. Das ist die primäre Aufgabenstellung für die Gesellschaft und für die Politik. Es gibt im Grunde genommen keine gesellschaftliche Kraft mehr, die nachhaltig und eindeutig für Familie - und zwar für Vater/Mutter mit Kindern - wirbt. Es gibt so viele Begriffe über Familie. Ich selbst lebe in einem Single-Haushalt: Mein Goldfisch, mein Kühlschrank und ich wären schon eine Familie. Solche skurrilen Begriffe von Familienbestimmungen gibt es. Das kann nicht sein! Was wir brauchen - ich finde es immer noch schade, dass der Landeshauptmann nicht hier ist -, ist ein Babyboom für Südtirol. Ich möchte jetzt nicht unbedingt ihn aufrufen, diesen Babyboom zu vollziehen. Ich wollte ihn persönlich ansprechen und bekräftigen, dass wir einen Babyboom brauchen, mit Sicherheit keine eigenen Ehrenzeichen, keine Antidiskriminierungsstelle und schon gar keine Moschee!

Ich möchte hier noch kurz zu den genannten Themen sprechen und zu den eigenen Ehrenzeichen, weil sie aktuell für Südtirol sind, ein paar Anmerkungen machen. Die Verleihungen von diesen Auszeichnungen an verdiente Personen aller Tiroler Landesteile sind eigentlich alljährlich immer ein identitätsstiftendes Zeichen und ein Ausdruck der Zusammengehörigkeit gewesen und werden dies auch weiterhin bleiben. Der Landeshauptmann hat gesagt, nachdem es zu Recht von mehreren Seiten,

auch von seinen eigenen Reihen, Kritik hagelte, er hätte sich immer wieder in der Vergangenheit um die Einheit Tirols bemüht. Da wollte ich ihn eigentlich schon fragen, ob sein Vorschlag, eigene Ehrenzeichen für Südtirol einführen zu wollen, nicht eine weitere Entfremdung und vielmehr einen Rückschritt in diesen Bemühungen um die Tiroler Landeseinheit bedeutet. Dass er sich Sorgen darüber macht, dass die Italiener im Land bei den Auszeichnungen zu kurz kommen, ist wirklich nichts Neues! Wenn ich mich richtig erinnere, hat er bereits 1999 einen Anlauf in diese Richtung unternommen, aufgrund heftiger Kritik jedoch einen Rückzieher gemacht. Für mich hat sich in dieser ganzen Diskussion im Grunde genommen die Frage gestellt: Warum einen neuerlichen Vorstoß in diese Richtung gerade 2005? Warum gerade in dieser Zeit? Er hat anlässlich dieser Diskussion gesagt, es handle sich um eine ungerechtfertigte Polemik. Da hat er vielleicht sogar Recht. Es könnte stimmen, wenn die Situation sowohl im Land als auch in der Stadtgemeinde Bozen eine andere wäre. Einerseits lehnt man in Bozen die Zusammenarbeit mit einem vom Volk direkt gewählten Bürgermeister ab, andererseits kann aber ein gewisser Schmusekurs mit dem Landtagspräsidenten Holzmann, den nicht nur Durnwalder in den letzten Jahren an den Tag gelegt hat, nicht gelehnet werden. Ich spreche das deshalb ganz bewusst an, weil ich den Eindruck habe, dass es der Landeshauptmann irgendwo sehr, sehr eilig hat, irgend jemanden einen Freundschaftsdienst zu erweisen. Unterstellen möchte ich dem Landeshauptmann diesbezüglich nichts, aber man macht sich so seine Gedanken. Ich möchte nochmals an ein Geheimtreffen - oder was auch immer das damals war - erinnern, das vor einigen Jahren stattgefunden hat. Es würde mich einfach brennend interessieren, was damals ausgemacht wurde bzw. ob es irgendwelche Deals bezüglich Südtirol-Politik gegeben hat.

Zur engen Zusammenarbeit mit dem Land Tirol, die ja von beiden Landeshauptleuten, sowohl von Herwig van Staa als auch von unserem Landeshauptmann Durnwalder, in Sonntagsreden immer wieder hoch gepriesen wird, fällt mir noch ein Beispiel, nämlich jenes der Landeshymne, ein. Ich frage ihn erneut bezüglich der Einführung oder der offiziellen Anerkennung der Tiroler Landeshymne in Südtirol. Wie sehr hat er sich darum bemüht? Er hat nichts gemacht! Er hat lediglich gesagt, das könne man den Italienern in Südtirol nicht zumuten. Aber einen Ministerpräsidenten, der der deutschen und ladinischen Bevölkerung in Südtirol den Stinkefinger auf dem Siegesplatz zeigt, kann man der Bevölkerung zumuten und soll so ohne weiteres von uns geschluckt werden.

Ich möchte dem Landeshauptmann sagen, dass hier anhand zweier, vielleicht für ihn und andere banaler Beispiele klargemacht werden kann, wie sehr es tatsächlich um die Einheit Tirols bestellt ist. Er muss sich schon die Kritik gefallen lassen, da er letztendlich die Verantwortung dafür trägt, dass auf diese Art und Weise noch mehr Südtiroler auf Distanz zur Tiroler Einheit gehen werden oder können. Gar mancher Südtiroler, vor allem aufgrund der Fernsehbilder usw. der letzten Zeit, hat den Ein-

druck, dass sich der Landeshauptmann mit dem Regierungskommissar oder anderen italienischen Amtsträgern besser versteht als mit heimattreuen Menschen.

Vielleicht noch ganz kurz, weil ich es vorhin angeschnitten habe, zwei Sätze zur Antidiskriminierungsstelle, da auch das ein aktuelles Thema ist. Ich bin davon überzeugt, dass es diese in Südtirol keinesfalls braucht. Wir haben diesbezüglich im Juni eine Anfrage zur Aktuellen Fragestunde eingereicht. Wir waren mit der Antwort der zuständigen Landesrätin alles andere als zufrieden. Ich bin mit der Landesregierung sehr wohl einverstanden, wenn sie hergeht und sagt, dass aufgrund der rasant steigenden Anzahl an Einwanderern und den damit einhergehenden Familienzusammenführungen eine Beobachtungsstelle zur Einwanderung eingerichtet wird. Laut Landesregierung hat die Beobachtungsstelle in erster Linie die Aufgabe, das Angebot an Diensten den Bedürfnissen der ausländischen Benutzer anzupassen, aber auch jene, Informationen zur Entwicklung der Einwanderung zu überprüfen und die durchgeführten Maßnahmen stets zu überwachen. So weit, so gut. Absolut nicht einverstanden bin ich hingegen mit der Errichtung dieser Antidiskriminierungsstelle, die unter dem Motto: "Bist du Opfer oder Zeuge einer Diskriminierung?" der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Ich bezweifle ganz einfach die Notwendigkeit dieser Stelle, da Südtirol alles andere als ein diskriminierendes Land ist. Im Gegenteil! Aber hier tut man so, als würden die Leute täglich auf "Teufel komm raus" andere Menschen diskriminieren. Diese Stelle darf keinesfalls dazu missbraucht werden, um Leute mundtot zu machen bzw. Leute, die eine andere Meinung haben, auszuliefern. Schließlich handelt es sich hierbei um reine Interpretationen. Das wurde uns damals von diesen Leuten, die an der Grünen Nummer tätig sind, gesagt. Ob es sich tatsächlich um Diskriminierung handelt oder nicht, sei dahingestellt. Außerdem möchte ich sagen, dass mit einer solchen Stelle das Denunziantentum gefördert wird. Es ist selbstverständlich klar, dass all jene Sachen, die gegen Menschenrechte verstoßen, Gewalttaten und tätliche Übergriffe, Rassismus oder Diskriminierungen gemeldet werden sollen und müssen. Aber ich bin der Meinung, dass dafür eigentlich die durchaus hohe Polizeipräsenz in unserem Land, das überaus hohe Maß an Polizeikräften in Südtirol vollkommen ausreichen müssten. Mit einer solchen Stelle geht allzu leicht die Gefahr des Missbrauchs einher und es wird leicht ermöglicht, jemanden anzuschwärzen.

Weil ich zu Beginn meiner Rede auch von der Moschee gesprochen habe, möchte ich daran erinnern, dass sich Landeshauptmann Durnwalder anlässlich einer Montagspressekonferenz einmal den Satz entlocken ließ, er könne sich den Bau einer Moschee in Südtirol vorstellen. Ich habe damals natürlich reagiert und gesagt, dass für uns eine Moschee nicht vorstellbar ist, dass wir uns ganz klar dagegen aussprechen, vor allem wenn eine solche mit Steuergeldern errichtet werden sollte. Religionsfreiheit Ja, die Diskussion über Gebetsräume, all das ist in Ordnung! Ich hätte den Landeshauptmann direkt ansprechen wollen, aber leider ist er nicht hier. Deswegen möchte ich mit einem Sprichwort meinen Beitrag beenden, der in meinen Augen recht gut zur

Einwanderungspolitik und auch zu anderen Fragen in der Politik des Landeshauptmannes passt: Bloßes Ignorieren ist lange keine Toleranz! Danke.

PÖDER (UFS): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Politik beginnt beim Betrachten der Realität. Und wenn wir diese Realität bei uns betrachten, dann fallen dem nicht durch einen Schleier von Postenverliebtheit und Machtgier getrübt Auge eine Reihe von Problemen auf. Die Familien werden trotz protzig angekündigter, aber nicht so üppig ausfallender Geldgeschenke ärmer, die Menschen fühlen sich bevormundet, der Druck von Steuern, Bürokratie und Regelwut wird voluminöser, die Wirtschaft wird perspektivloser - das haben wir gehört -, die freien Haushaltsmittel werden spärlicher, der Verkehr wird größer, die Lebensqualität wird geringer, die Zuwanderung wird erdrückender, der Ausverkauf und die Verspekulierung der Heimat wird alltäglicher. Beim Betrachten der Realität schaut alles nicht so rosig aus, wie es von dieser Landesregierung und ihrer Partei immer wieder dargestellt wird. Um beim letzten Punkt, dem Ausverkauf und dem Verspekulieren unseres Landes, der Landschaft zu beginnen bzw. dort einzuhaken, so beweist die heute bereits mehrmals angesprochene Causa Einsteinstraße, dass auch wir von jenen Heuschreckenschwärmen heimgesucht werden, die in Deutschland die von SPD-Chef Müntefering angestoßene Kapitalismusdebatte beherrscht haben. Bei uns sind es jedoch nicht die Hedgefonds, die über Unternehmen herfallen, diese kaufen und ausbluten lassen. Bei uns sind diese Heuschreckenschwärme die Spekulanten und ihre Wegbereiter in der Politik, die da auf den Regierungsbänken sitzen, und jene Wegbereiter in der Wirtschaft, die über unsere Kulturlandschaft herfallen, kaufen, umwidmen, verkaufen und haufenweise Geld aus dem immer spärlicher werdenden Grund und Boden Südtirols stampfen. Das sind unsere Heuschreckenschwärme! In der Bozner Einsteinstraße sind es 25 Hektar wertvollen Kulturgrundes, der den Heuschrecken - Variante Südtirol - zum Opfer gefallen ist. "Kein Grundstück muss enteignet werden - das ist ein Zitat -, weil alle Eigentümer schon Vorverträge mit Unternehmern abgeschlossen haben". Dieses Zitat stammt von Landeshauptmann Luis Durnwalder. Da ist dem Landeshauptmann das herausgerutscht, was wir doch immer schon wussten. Zuerst werden die Geschäftlen vorbereitet und gemacht. Das Geld wird angezahlt, worauf sich die Spekulanten ihr Ziel aussuchen. Dann spannen die Spekulanten und Lobbyisten die Politik ein und fallen alle zusammen über den Kulturgrund her.

Noch ein mit stolzgeschwellter Brust verkündeter vermeintlicher Erfolgsbericht ließ in den vergangenen Jahren aufhorchen. Landesrat Frick hat erklärt, dass seit dem Jahr 2000 in Bozen 171.623 Quadratmeter Gewerbefläche an 118 Unternehmen zugewiesen wurden. Und wie viel Tremonti-Kubatur steht in Bozen frei, Herr Landesrat, die nicht genutzt wird? Würden Sie uns das auch demnächst einmal auflisten? Besteht wirklich eine reelle Nachfrage, wenn wir den Grundsatz "Politik beginnt beim Betrachten der Realität" anwenden oder besteht nur eine Nachfrage der Heuschreckenschwärme, der Spekulanten? Es ist leider so, dass Sie, die Landesregierung, angefan-

gen beim Landeshauptmann und die Seilschaften, über die man nach Aussagen eures Parteiobmannes in der Partei bestens Bescheid weiß, die man namentlich festmachen kann, die Duftstoffe gewissermaßen als Markierungen für die Heuschreckenschwärme "Made in Südtirol" auslegt und das Spekulantentum mehr fördert als einschränkt. Ausverkauf und Verbauung von Land und Heimat sind in Südtirol ja fast schon politische Doktrin, wenn selbst der Landeshauptmann Landesgrund in Sexten auf Nachfrage aus Lodi auf dem Markt feilbietet und verkauft. Es gäbe Wichtigeres zu tun, zum Beispiel gerade für die Bürger draußen, für die Angestellten, Arbeiter, für die kleinen Betriebe, die Familien. Es gäbe konkretere Maßnahmen zu setzen, als ihnen mit dem Landeskindergeld Familienpolitik vorzutauschen. Den Familien 80 Euro im Monat für ein Kleinkind zu geben, ist so, als würde ich einem Verdurstenden ein Glas Wasser vors Gesicht halten und es dann selbst austrinken. Vor dem Verdursten, dem Austrocknen bewahrt man die Südtiroler Familie und die Südtiroler Gesellschaft nicht mit Geldgeschenken, sondern vor allem mit geringeren Belastungen, mit einer zentraleren Rolle, eben jener, die diese Gesellschaft in Zukunft retten soll, mit einem beherzteren Angehen der Problematik Armut, der Problematik Kaufkraftverlust, der Problematik "mit dem Lohn kommt man nicht mehr aus" und der vielen damit zusammenhängenden Belastungen. Eine reiche Familie mit einem Kleinkind erhält vom Land gleich viel Geld wie eine Familie am Rande des Existenzminimums mit beispielsweise drei Kindern, von denen eines jünger als drei Jahre alt ist. Ist das nicht ein Hohn auf jede Art von Familienpolitik? Ist es nicht so, dass wir das ändern sollten? Und ist es nicht wirklich schade, dass jeder Versuch, das zu ändern, auch im Nachhinein abgeblockt wird? Ich habe das versucht, indem ich Zusatzartikel eingebracht habe, die dann in der zuständigen Gesetzgebungskommission behandelt wurden, aber leider Gottes, trotz einer Pattsituation, mit der Stimme des Vorsitzenden, der sonst gerne in Sachen Familienpolitik tönt, des Kollegen Munter, abgelehnt wurden. Ist es nicht schade, dass wir uns nicht dazu durchringen, obwohl wir wissen, dass diese Maßnahmen falsch sind? Viele von den Vertretern der Mehrheitspartei wissen es auch, dass wir das nicht nachträglich abändern, dass wir das, was falsch gemacht wurde, nicht korrigieren. Ich erinnere an die Maßnahmen vom Dezember 2004, was noch gar nicht so lange her ist. Selbstverständlich gibt es keinen Einkommensbezug. Die Folge dieses Beschlusses waren sechs leere Monate. Es ist ungerecht und traurig, dass man eine Sozialmaßnahme, eine familienpolitische Maßnahme beschließt und die Leute dann sechs Monate lang warten lässt bzw. vertröstet. In diesen sechs Monaten gibt es kein Geld, auch nicht rückwirkend. Ab ersten Juli erfolgt die Auszahlung. Sechs Monate lang mussten beispielsweise jene, deren Kinder im Verlauf dieser sechs Monate - vielleicht erst vor wenigen Wochen - das dritte Lebensjahr vollendeten, zuschauen, wie sie kein Geld bekommen haben. Es wurde groß angekündigt, gefeiert und getönt, dass wir eine familienpolitische Maßnahme beschlossen hätten. Unterm Strich gibt es nichts! Ist es nicht schade, dass wir diesen Versuch, den ich jetzt unternommen habe, nämlich eine rückwirkende Auszahlung für die letzten sechs Monate zu erreichen, was jetzt für den

Haushalt bzw. für diesen Nachtragshaushalt in finanzieller Hinsicht nicht sonderlich ins Gewicht gefallen wäre, nicht beschließen konnten, weil die SVP nicht wollte? Ist es nicht schade, dass man sich hier nicht einmal dazu durchringen kann, einen Fehler, einen falschen Weg zu verlassen und vielleicht einen richtigeren Weg einzuschlagen, auch wenn er letztlich nicht alle Probleme lösen wird? Eine Bilanz, die man ziehen will, lässt sich an Zahlen festmachen, wovon heute schon einige präsentiert wurden. Vielleicht kann man das eine oder andere noch hinzufügen. Es ist immer noch so, dass über 42.000 Südtiroler Arbeitnehmer, ein Viertel der Arbeiter und Angestellten, monatlich weniger als 1000 Euro netto verdienen, ein Einkommen, das angesichts der hohen Lebenshaltungskosten in Südtirol vor allem für die Familien kein Auskommen garantiert. Jeder zweite Arbeitnehmer verdient zwischen 1000 und 1500 Euro. Frauen verdienen übrigens immer noch etwa 20 Prozent weniger als Männer, warum auch immer. Die Renten liegen in Südtirol durchschnittlich bei 734 Euro, der niedrigste Wert überhaupt im gesamtstaatlichen Vergleich! Bei den älteren Jahrgängen, den 70-bis 79-Jährigen, einem Drittel der Rentenempfänger, schaut die Situation noch schlimmer aus: sie erhalten gar nur 632 Euro im Monat. Eine Familie mit zwei Verdienern, erhält - statistisch gesehen - im Monat 2.721 Euro netto und gibt 2.691 Euro für Lebensmittel, Bekleidung, Wohnung, Strom, Reparaturen, Gesundheit, Versicherungen, Auto, Telefon und sonstiges aus. 2.721 Euro bekommt man also, 2.691 Euro sind pro Monat weg! Es bleiben ganze 30 Euro übrig. Ein unvorhergesehener Zahnarztbesuch, ein Bußgeld fürs Falschparken oder eine Waschmaschinenreparatur bringen das Konto schon ins Minus. Kein Wunder, dass die Südtiroler Haushalte mittlerweile - so offizielle Daten - mit fast 20.000 Euro bei Banken und Kreditinstituten verschuldet sind. Die Wohnungspreise lagen Mitte der 80er Jahre - auch das ein Vergleich, um vielleicht bei der vorhergehenden Aussage zum Spekulantentum anzuknüpfen - bis 1987 bzw. 1988 um 1,3 Millionen Lire pro Quadratmeter für eine Wohnung in absoluter Toplage. Heute zahlt man für eine Wohnung in sehr durchschnittlicher Lage 3.500 Euro pro Quadratmeter, also fast das Sechsfache. Von 1,3 Millionen Lire auf 3.500 Euro, fast das Sechsfache! Das kann nicht nur durch die normale Entwicklung der Teuerung, der Preissteigerung erklärt werden. Das ist eine ganz klare Folge der in Südtirol durch vielerlei Maßnahmen, leider Gottes auch durch falsche gesetzliche Maßnahmen, angeheizten Spekulation. Das ist eine Tatsache. Wir können sie nicht wegdiskutieren. Was wird dagegen getan? Dem Spekulantentum wird Tür und Tor geöffnet. Um es noch einmal zu erklären: Wir können nicht darüber hinwegsehen und einfach zur Tagesordnung übergehen, wenn wir anschauen müssen, dass solche Entwicklungen die Versechsfachung des Preises von - wie gesagt - nur durchschnittlichen Wohnungen verursachen. Südtirols Familien, Südtirols Bürger werden natürlich enorm belastet, abgesehen von allen anderen Preissteigerungen. Aber dafür habt Ihr keine Antennen! Das ist das Problem. All jene, die bei euch im Verlauf der Zeit anklopfen - egal, ob Lobbyisten oder Spekulanten -, werden mit dem Gewerbegrund gefüttert, den Ihr hin und wieder versucht da und dort noch ausfindig zu machen. Es gibt die Ver-

käufer. Wir haben gehört, dass die Vorverträge vor den eigentlichen Maßnahmen abgeschlossen waren. Warum weiß die Politik davon? Im Prinzip dürfte sie davon nichts wissen. Wenn Ihr davon wisst, dann müsst Ihr einschreiten. Es kann natürlich nicht die Vorgangsweise sein, dass ich mit jemanden einen Vorvertrag abschließe und dann die Politik darum bitte, den Grund umzuwidmen und einzutragen. Derjenige macht den großen Reibach, den er vielleicht schon beim Vorvertrag gemacht hat. Davon dürfte die Politik eigentlich gar nichts wissen. Erstaunlicherweise stammt diese Aussage vom Landeshauptmann.

Ich möchte noch einige Zahlen anfügen. Die Familienhaushalte sind in den vergangenen 25 Jahren finanziell noch nie derart unter Druck geraten wie jetzt. Gegenüber dem Vorjahr rechnet man für heuer mit einer zusätzlichen Belastung - im vorigen Jahr waren es 1.000 Euro - von 1.050 Euro pro Familie. Der Teuerungsschub ist auf höhere Gebühren in Land und Gemeinden, höhere Post- und Mautgebühren, höhere Autoversicherungen, höhere Benzinpreise, höhere öffentliche Gebühren und Abgaben allgemein zurückzuführen. Die Zahl derjenigen, die Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen, erhöht sich ständig: In nur vier Jahren hat sich die Zahl derjenigen, die soziale Landeszuwendungen erhalten, um ganze 29 Prozent erhöht. Im Kaufkraftvergleich - um auch das noch anzumerken - von 279 europäischen Regionen liegt Südtirol nur im sehr schwachen Mittelfeld auf Platz 116. Ein kurzer zahlenmäßiger Schwenk zur Wirtschaft soll zeigen, dass auch dort bei weitem nicht alles in Ordnung ist, sondern dass unsere Selbständigen und kleinen sowie mittleren Betriebe zunehmend Probleme mit dem weiterhin wachsenden und herrschenden Steuerdruck, der ausufernden Bürokratie, der fehlenden Standortpolitik und der hoffnungslos überforderten Subventionspolitik haben. Allein die Wartezeiten auf die Beiträge sind immer noch enorm. Wir warten immer noch auf ein klares Erneuerungskonzept in der Frage der Subventionspolitik. Wie oft müssen wir noch fordern, dass endlich ein klares Konzept vorgelegt wird? Man liest ab und zu in den Medien, dass der eine oder andere Vorschlag umgesetzt werden soll, dass man punktueller fördern will, dass man nicht mehr sektoriell, sondern einfach punktuell, je nach Investitionslage, fördern will, dass man in Zukunft vor allem innovative Förderungen vergeben will. Nichts davon geschieht! Es ist erstaunlich, dass sich die Unternehmen und ihre Verbände immer noch in die mittlerweile weit geöffnete und unübersehbare Beitragsfalle locken lassen. Die Beiträge sind ja der Speck, mit dem man die Mäuse fängt. Der Speck ist mittlerweile verschwunden, aber die Mäuse in Südtirol gehen immer noch in die Falle. Das ist das Erstaunliche! Das ist ein Phänomen, das Phänomen Südtirols, das es in dieser Form sonst nicht gibt oder das zumindest nicht in der näheren Umgebung zu finden ist. Es gibt keine ausreichenden Ansätze, die stotternde und klappernde Geldverteilungsmaschine zu reparieren. Noch ist die Situation nicht dramatisch, aber es geht doch nicht an, dass wir die kleinen und mittleren Selbständigen am ausgestreckten Subventionsarm betriebswirtschaftlich "verhungern" lassen, nur weil diese Landesregierung nicht mehr weiß, wie sie aus dem selbst angerichteten Schlamassel wieder herauskommt. Sie

wird bald - um es noch einmal zu sagen - mit leeren Köpfen vor leeren Kassen sitzen. Dabei bräuchte es Reformen, wie wir alle wissen. Wenn wir gestern wieder hingehört haben, weiß man, welche Maßnahmen zu treffen sind. Aber anscheinend ist es wichtiger, die Heuschreckenschwärme zu füttern, anstatt den Unternehmen Entlastungen zu bringen. Mehr Zeit und mehr politisches Geschick wird darauf verwendet, die Seilschaften weiterhin am Seil zu halten und den Spekulanten die nötigen Spekulationsobjekte bereitzustellen, anstatt endlich jene ganz einfachen Grundregeln einer entlastenden, zukunftsorientierten Politik einzuhalten: runter mit den Steuern, weg mit Bürokratie und Subventionen! Wir brauchten gestern im Rahmen des Vortrages des Chefs der italienischen Industriellen Montezemolo nur hinhören. Er hat die Thematik bzw. jene Problematik angesprochen, die herrscht, wenn der Steuerdruck derart enorm hoch ist, und zwar sowohl für die Unternehmen als auch für die Privathaushalte. Dann muss eine Maßnahme in dieser Hinsicht getroffen werden. Wenn jeder Unternehmer für 100 Euro Lohn insgesamt 193 Euro bezahlen muss, das heißt also, wenn 100 Euro Lohn dem Unternehmer 193 Euro kosten, dann haben wir das Dach des Erträglichen nicht nur erreicht, sondern schon durchstoßen. Wir können das nicht mit geringeren Löhnen kompensieren oder mit dem, was seit Jahren geschieht, dem Nicht-Ansteigen der Löhne. Wir müssen das durch Entlastungen kompensieren. Das wird nicht getan. Der Steuer- und Abgabendruck für die Privathaushalte in Südtirol ist sehr hoch. Insgesamt gibt der Durchschnittsverdiener rund 60 Prozent seines Einkommens wieder als direkte Steuern und Abgaben sowie indirekte Steuern und Abgaben aus. Für 100 Euro, die ein Südtiroler Durchschnittsverdiener als Einkommen erwirtschaftet, muss er 60 Euro wieder in Form irgendeiner Abgabe bzw. Steuer abgeben. Diese Zahl mutet astronomisch an und ist unglaublich angesichts der Steuersätze in Bezug auf die Einkommenssteuer. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass wir mit jedem noch so kleinen Gegenstand, beispielsweise Konsumgegenstand, den wir kaufen, Steuern bezahlen, dass wir bei jeder Tankfüllung massivst Steuern bezahlen, dass wir mit allem oder mit jedem, das wir irgendwo erwerben, diesen Steuertopf wieder auffüllen! Da kommt diese leider Gottes sehr hohe astronomische Zahl von 60 Prozent des Einkommens zusammen. Überall werden Steuern bezahlt, ob man jetzt das Geld auf dem Konto liegen lässt oder ob man eine Versicherung abschließt, überall werden Gelder in Form von irgendwelchen Abgaben und Steuern verlangt. Es gibt immer noch 147 Abgaben und Steuern, die sozusagen rechtskräftig sind, die eingehoben werden müssen. Da finden wir natürlich jene berühmten Abgaben und Steuern, die nicht einmal das Geld bringen, was die Einhebung, die Verwaltung, die Überprüfung und dergleichen kostet. Das ist schon klar, aber es gibt sie immer noch. Vieles können wir gar nicht beeinflussen, einiges aber schon. Wir können die Landesumschreibesteuer, die Kfz-Steuer sowie die Wertschöpfungssteuer beeinflussen. Immer noch sind es 12 bis 13 Prozent des gesamten Steueraufkommens, das wir selbst mit Landesgesetzgebung beeinflussen könnten. Es wird nicht getan. Ich habe bereits 1998 per Gesetzesänderung vorgeschlagen und tue dies erneut, eine Reihe von Steuersenkungen vorzunehmen, die nicht große Aus-

wirkungen negativer Natur auf den Landeshaushalt hätten. Man könnte beispielsweise die Wertschöpfungssteuer - dies wird schon seit Monaten massiv von den Wirtschaftsvertretern gefordert - um einen Prozentpunkt senken. Das habe ich bereits 1998 mit einer Gesetzesänderung verlangt. Es wurde immer wieder abgelehnt, aber wir versuchen es wieder. Ich denke auch an die Abschaffung der Landesumschreibesteuer, die Befreiung - auch das habe ich schon vor drei Jahren vorgeschlagen - eines familientauglichen Fahrzeuges von der Kfz-Steuer, sofern es in einer Familie minderjährige Kinder bis zum 14. oder 15 Lebensjahr gibt. Das würde den Landeshaushalt nicht mit allzu großer Auswirkung negativer Natur belasten bzw. negativ zu Buche schlagen. Es wird nicht getan, weil man nicht will, weil man lieber darum bittet, dass Steuern nicht gesenkt werden. Wenn in Rom darüber nachgedacht wird, die Wertschöpfungssteuer generell zu überarbeiten, so geht man her, fährt nach Rom und bittet darum, dass man diese Wertschöpfungssteuer ja nicht beschneidet. Sonst hätten wir ja nicht mehr soviel Geld im Landeshaushalt und könnten dieses fatale System, diese fatale Geldverteilungsmechanik nicht mehr finanzieren. Wir könnten die Autosteuer insgesamt etwas reduzieren. Wir könnten eine Gutschrift oder Rückerstattung der Autosteuer für die Restlaufzeit von abgemeldeten, verschrotteten, verkauften Fahrzeugen einführen. Es ist eine Ungerechtigkeit und grenzt beinahe an eine bestimmte Form von illegalem, öffentlichem Ganovenvermögen, dass, wenn jemand ein Auto verkauft, abmeldet oder aufgrund eines Unfalles verschrotten muss, er dann die Besitzsteuer - die Kfz-Steuer ist eine Besitzsteuer - für die Restlaufzeit nicht mehr rückerstattet bekommt. Wenn man eine Immobilie, zum Beispiel eine Wohnung, besitzt und diese mitten im Jahr verkauft, dann bezahlt man die Einkommenssteuer nur für jenen Zeitraum, für den man diese Immobilie reell besessen hat. Aber beim Fahrzeug - es handelt sich um keine Immobilie, sondern zugegebenermaßen um ein Mobile - ist es anders. Da behält die öffentliche Hand auch jenen Steueranteil, der eigentlich gar nicht mehr geschuldet wäre, weil man nicht mehr im Besitz des Fahrzeuges ist. Das mag - von oben betrachtet - vielleicht nicht viel Geld für den Einzelnen sein, aber es ist eine Situation, die - rechtlich gesehen - nicht in Ordnung ist, die aber per Gesetz so abgesichert wird. Man hat versucht, das eine oder andere in dieser Frage in den Griff zu bekommen, aber es ist nicht gelungen. Man könnte noch eine ganze Reihe von Maßnahmen treffen, auf die wir noch im Zusammenhang mit der Artikeldebatte zu sprechen kommen werden. Aber insgesamt braucht es weniger Regeln, mehr Möglichkeiten, mehr Gerechtigkeit, mehr Wohlstandsgerechtigkeit - wenn wir vom Wohlstand in Südtirol reden, dann dürfen wir nicht verschweigen, dass dieser Wohlstand nicht gerecht verteilt ist - weniger Bevormundung, mehr Demokratie, viel Freiheit, weniger Egoismus, mehr Familie. All das ist in der Politik dieser Landesregierung nicht mehr erkennbar. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten. Es wird immer wieder versucht, auch von Seiten der Opposition im Landtag. Manche Verbesserungs- oder Änderungsmaßnahmen wären wirklich dazu angetan, auch die Landesregierung und die Mehrheit darüber nachdenken zu lassen. Es geht uns nicht ums besser Wissen, im Gegenteil! Wir haben nicht

immer Recht, aber wir haben auch nicht immer Unrecht! So trifft auch die Landesregierung nicht immer den Nagel auf den Kopf, sondern haut manchmal gewaltig daneben. Aber sie haut sich nicht selbst auf den Finger, sondern schlägt meistens den Bürgern auf den Daumen. Das ist das Problem, wenn sie daneben haut! Die Gesellschaft ist besser als das, was ihr die Politik an Schauspiel bzw. Spiel bietet. Ich schließe ab, Herr Präsident! Die Bürger sind ehrlicher als die Seilschaften, die hinter ihrem Rücken Geschäfte machen. Die Menschen haben mittlerweile mehr Hausverstand als diejenigen, die sie regieren. Und die Südtiroler verdienen mehr als ihnen diese Landesregierung bietet!

PRESIDENTE: Interrompo la seduta.

ORE 12.59 UHR

ORE 15.05 UHR

(appello nominale - Namensaufruf)

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

GIORGIO HOLZMANN

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

PRESIDENTE: La seduta riprende.

Siamo in discussione generale dei disegni di legge provinciale n. 72/05 e n. 73/05. Ha chiesto di intervenire il collega Leitner, ne ha facoltà.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Präsident! Zu diesem Nachtragshaushalt möchte auch ich einige grundsätzliche Dinge anmerken und einige spezifische Probleme ansprechen. Die Themen, die meine Kollegin bereits ausführlich dargestellt hat, werde ich nur mehr kurz ansprechen. Kurz einen Satz zur Familienpolitik: Die SVP versteht unter Förderungspolitik Ausgeben von Geld und nicht so sehr Förderung struktureller Veränderung. Das war die Devise der letzten Jahre: mit der Gießkanne durch das Land gehen, damit alle sagen können: "Danke, liebe Landesregierung, dass ich diesen und jenen Beitrag bekommen habe!" Das ist nicht die Förderung, die wir uns vorstellen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich einen Spruch erwähnen, den man in Deutschland unlängst in Zusammenhang mit Hartz IV gemacht hat: "Hartz IV ist der Versuch, eine Maßnahme zu treffen, damit möglichst viele Leute möglichst wenig Geld haben." Das kann nicht Sozialpolitik sein, aber man hat manchmal wirklich den Eindruck, dass bei uns einiges in diese Richtung läuft.

Mehrere Abgeordnete haben auf die ASTAT-Studie hingewiesen, die einen Nachdenkprozess in Gang setzen soll. Es soll endlich einmal darüber nachgedacht

werden, wie die Förderungspolitik ausgerichtet sein muss. Auf diese möchte ich nun ganz kurz eingehen. Es geht vor allem darum, dass man soziale Maßnahmen nach der Bedürftigkeit ausrichtet. Die Förderungsgesetze sind in Südtirol so gemacht, dass in der Regel die Schwindler mehr bekommen, als diejenigen, die es wirklich bräuchten. Das ist das große Problem. Die wirklichen Alleinerzieher fallen durch den Rost und diejenigen, die sich als Alleinerzieher erklären, in Wirklichkeit aber durchwegs in einer harmonischen Familiengemeinschaft leben, kommen besser davon. Das kann es nicht sein!

Dieser Nachtragshaushalt umfasst 85 Millionen Euro, und das ist der niedrigste Nachtragshaushalt, seit ich in diesem Landtag sitze. Es ist aber auch so, dass die Gesamtsumme des Haushalts die zweithöchste ist. Wir haben immer noch einen sehr fetten Haushalt. Die Frage ist, ob wir die Haushaltsmittel richtig und sozial gerecht einsetzen. Auf die Situation der Familien, die relative Armut usw. gehe ich nicht mehr ein, denn das hat meine Kollegin bereits bestens erläutert. Dem steht die Wirtschaftspolitik gegenüber, und ich möchte das nicht als separates Feld sehen, denn eine gute Wirtschaftspolitik ist auch die Voraussetzung für eine gute Sozialpolitik. Wo keine Arbeit ist, ist es sehr schwer, auch eine vernünftige Sozialpolitik zu machen, denn man kann bekanntlich nur das Geld ausgeben, das man einnimmt. Das läuft ja über Steuern, was bedeutet, dass die Steuerzahler schlussendlich die Begünstigten sind. In der Regel haben die Beitragsempfänger dem Land das Geld ja schon vorgestreckt, der eine mehr, der andere weniger. In diesem Zusammenhang gibt es das Phänomen der Schwarzarbeit. Die Zahlen, die diesbezüglich bekannt geworden sind, sind wirklich erschreckend. Ich glaube einfach nicht, dass man hier nicht imstande ist, entsprechende Maßnahmen zu treffen. So schlecht kann die Politik doch nicht sein! Nachdem es eine derart hohe Steuerbelastung gibt, drängt man die Leute regelrecht in die Schwarzarbeit. Man bekommt ja nur dann bestimmte Beiträge, wenn man nicht mehr als eine bestimmte Summe verdient. Nachdem das Leben sehr teuer ist, macht man es außerhalb der normalen Spielregeln, nämlich mittels Schwarzarbeit. Das kann doch nicht im Sinne des Erfinders einer gerechten Sozialpolitik sein! Die Gesellschaft steht vor einem großen Problem. Sie muss die Frage beantworten, wie die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Bürger so erfasst werden können, dass Sozialleistungen den tatsächlich Bedürftigen und nicht den Falschen zugute kommen. So hat es auch Josef Stricker in einer Gewerkschaftszeitung unlängst formuliert. Damit hat er den Nagel auf den Kopf getroffen, denn das ist das Problem. Das zur Genüge vorhandene Geld wird nicht gerecht eingesetzt. Andererseits gibt es Ausgaben für Prestigeobjekte usw. Das, was in der Wirtschaftspolitik abläuft, wird man von außen teilweise nicht verstehen.

Gestern hat es in Meran eine große Versammlung gegeben - ich konnte leider nicht dabei sein -, anlässlich der der Präsident der Confindustria, Montezemolo, Dinge gesagt hat, die eigentlich nichts Neues sind. Ich muss sagen, dass er mit dem, was er gesagt hat, absolut Recht hat. Wenn er sagt, dass wir eine zu große Steuerlast

haben, dann kann ich ihm voll beipflichten. Er hat zumindest die Courage gehabt, die Fehler dort zu suchen, wo sie gemacht werden, und nicht alles auf die Europäische Union oder weiß Gott wohin zu schieben. Natürlich kommen auch von der Europäischen Union bestimmte Entwicklungen, mit denen wir nicht unbedingt einverstanden sind. Das Steuer- und Lohnniveau geht immer weiter auseinander, und wenn der Präsident des Unternehmerverbandes sagt, dass wir zu hohe Steuern und zu niedrige Löhne haben, so hat er damit hundertprozentig Recht.

Über die Steuerlast reden wir schon sehr lange. In Richtung Steuerhoheit und Steuerföderalismus tut sich auch nur sehr wenig. Wir wissen, dass wir in der Steuerpolitik zu wenig gestalterisch tätig sein können, und deshalb wäre es höchst an der Zeit, dass uns der Staat die Steuerhoheit überträgt, um auch für die Steuern und nicht nur für die Subventionen verantwortlich zu sein. Der böse Belzebub in Rom hebt die Steuern ein und der gute "Nikoluis" in Südtirol teilt sie aus. Das ist natürlich angenehm, aber nicht unbedingt eine verantwortungsvolle Politik. Wenn wir für die Steuern zuständig wären, dann wäre es viel transparenter und man würde auf einige Dinge wahrscheinlich mehr aufpassen.

Die Stärkung der Kaufkraft ist eine vordergründige Aufgabe der Politik. Wir wissen, dass immer mehr Menschen Probleme haben, mit dem Einkommen auszukommen. Hier zeichnet sich auch keine Besserung ab. Wir haben von allem Anfang an dafür gekämpft, dass das Land Südtirol von der Möglichkeit Gebrauch machen sollte, die IRAP um einen Prozentsatz zu senken, denn das wäre ja möglich. Natürlich wird man sich fragen, wo man dann den Ausfall hernehmen soll. Logischerweise muss man mit der Wirtschaft verhandeln und sagen, dass die Zuwendungen nicht mehr so wie bisher gegeben werden können, aber die Wirtschaftsvertreter haben ja selber erklärt, dass sie gerne auf einen Anteil aus dem Steuertopf verzichten würden, wenn sie die IRAP nicht zahlen müssten. Das ist auch wieder ein Teufelskreis. In Südtirol sind die Preise gerade wegen der Subventionspolitik so hoch. Das gilt sowohl für den Wirtschafts-, als auch für den Sozialbereich. In diesem Zusammenhang erinnere ich wieder einmal an die Studie des Arbeitsförderungsinstitutes, die besagt, dass die Mieten für Wohnungen in Südtirol nicht trotz der Wohnbauförderung, sondern wegen der Wohnbauförderung so hoch sind. Warum machen wir hier nicht endlich einmal eine Richtungsänderung? Wir schauen zu, wie sich die Leute immer schwerer tun, sich eine Wohnung zu leisten. Und laut Verfassung ist das Recht auf Wohnung ein Grundrecht! Dass diese nicht auch noch besteuert werden soll, steht wohl außer Frage, und meine Kollegin hat schon gesagt, dass die Abschaffung der ICI auf die Erstwohnung per Gesetz und nicht nur nach Gutdünken der einzelnen Gemeinde geregelt werden müsste. In der einen Gemeinde wird die ICI kassiert, in der anderen Gemeinde nicht. Wir möchten natürlich nicht in die Autonomie der Gemeinden eingreifen, aber hier geht es um ein Grundrecht, und deshalb muss die Politik ein klares Signal setzen.

Bezüglich der Wirtschaftsförderung wurde angekündigt, dass es große Veränderungen geben soll. Ich habe mir den entsprechenden Beschluss der Landesregierung angeschaut, und ich muss schon sagen, dass ich da nicht so recht durchblicke. Man weiß nämlich nicht, wie und in welcher Form in Forschung und Entwicklung investiert werden soll. Man weiß auch nicht, wie die bisherigen Förderungen zur Auszahlung kommen sollen. Im Tourismus ist es ja teilweise so, dass Leute bis zu fünf Jahre auf einen zugesagten Beitrag warten. Keine Antwort hat die Landesregierung auch auf die Frage gegeben, wie sie diese Wartezeiten verkürzen will, ob sie frisches Geld bereitstellen möchte usw. Positiv vermerken möchte ich, dass bei den öffentlichen Bauaufträgen nicht mehr so viele Aufträge außer Landes gehen. Seit Landesrat Mussner an den Hebeln der Macht sitzt, hat sich das zum Positiven geändert. Ich habe vor einigen Jahren angeregt, dass unsere kleinen Betriebe Bietergemeinschaften bilden sollten, damit sie auf dem Markt bestehen können. Wenn ich mich richtig erinnere, so hat sich in der letzten Woche eine bestimmte Anzahl von Tischlern zusammengetan, weil sie alleine nicht mehr in der Lage sind, bestimmte Aufträge an Land zu ziehen und weil in unserem Land die Nachfrage langsam nachlässt. Die öffentliche Hand hat sehr viel gebaut, und vor mittlerweile sieben Jahren haben wir festgestellt, dass über 40 Prozent der Aufträge für die Handwerker von der öffentlichen Hand gekommen sind. Jedes Dorf hat ein Vereinshaus, viele sogar ein Kulturhaus dazu. Wir haben sehr viel in Strukturen investiert, und dabei sind viele Handwerker zum Zug gekommen, was an und für sich ja positiv ist. Allerdings hat sich dies jetzt erschöpft, denn hier sind die Aufträge nicht mehr zu holen. Unsere Handwerker werden in Zukunft öfters zuschauen müssen, wie Handwerker aus anderen Regionen in unser Land zu kommen, und deshalb müssen auch sie bereit sein, über die Grenzen hinauszugehen. Wir können die Globalisierung kritisieren, wie viel wir wollen, sie ist nun einmal da! Man muss lernen, mit ihr umzugehen.

Zur Tourismusabgabe. Auch hier gibt es keine klare Auskunft von Seiten der Landesregierung. Seit zehn Jahren diskutiert man darüber, und neulich haben wir wieder gelesen, dass Landesrat Widmann dafür sei. Aber die Wirte, Handwerker und Kaufleute sind dagegen, und deshalb frage ich mich, wie das weitergehen soll. Die Tourismusvereine und -verbände jammern darüber, dass sie kein Geld haben, dass alles in die SMG gesteckt würde usw. Hier herrscht große Unzufriedenheit, und es gibt keinen Plan bzw. kein Programm seitens der politisch Verantwortlichen, also seitens der Landesregierung. Vielleicht wäre es überlegenswert, ähnlich wie in anderen Ländern von einer Tourismusabgabe im Sinne einer Steuer abzusehen und stattdessen von den Gästen eine sogenannte Kurabgabe zu verlangen. Bei uns gibt es jährlich 25 Millionen Übernachtungen und der Haushalt für die SMG beträgt 13 Millionen Euro. Mit einem halben Euro pro Übernachtung hätte man die 13 Millionen Euro also beisammen. Das könnte man auch nach Anzahl der Sterne staffeln, aber auf jeden Fall sollte man einmal darüber nachdenken. Dann müsste man sich auch nicht mehr auf die

Kaufleute, Handwerker hinausreden, wenngleich diese teilweise natürlich auch Nutznießer des Tourismus sind.

Wir haben in Vergangenheit immer wieder darauf hingewiesen, dass das Land in Zusammenhang mit den öffentlichen Bauten Gelder zum Fenster hinauswirft. Ein Synonym dafür war die Kompostierungsanlage in Bozen Süd, die derzeit abgebaut wird und dann nach Vietnam gebracht werden soll, in der Hoffnung, dass sie dort funktionieren wird. Jetzt vernehmen wir, dass die geplante Schlammlleitung von Bozen nach Meran einen anderen Zweck erfüllen soll. Man will jetzt mit dieser Leitung Gas transportieren, und hier hat die SEL-AG die Möglichkeit, einem Pfuscherwerk im Nachhinein doch noch einen Sinn zu geben.

Einen Satz möchte ich auch zur Abfallwirtschaft sagen. Hier hat die Landesregierung meines Erachtens einen Weg eingeschlagen, der in eine Sackgasse führen muss. Die Landesregierung hat eine Überarbeitung des Landesplanes zur Abfallwirtschaft beschlossen und dieselbe den Gemeinden zugeschickt. Dabei hat man vier grundsätzliche Punkte festgelegt: den Bau des Verbrennungsofens Bozen Süd, den Bau einer Klärschlammverbrennungsanlage in Tramin, die Erweiterung der Mülldeponie Frizzi Au und die Mülldeponie in der Sachsenklemme. Gestern hat der UVP-Beirat die Errichtung einer Mülldeponie in der Sachsenklemme wieder beschlossen. Wir kennen ja die Vorgeschichte, und ich bezeichne das, was man hier abgezogen hat, als "Betonkopfpolitik". Nur damit man Recht bekommt, zieht man ein Projekt durch, koste es, was es wolle, und zwar nicht so sehr in Euro gemessen, sondern vielmehr an politischer und menschlicher Auseinandersetzung im Bezirk Wipptal. Das könnte man, wenn man den Vorschlag der Gemeinde Pfatten annehmen würde, verhindern. Die Gemeinde Pfatten hat unserer Meinung nach einen sehr guten und weisen Vorschlag gemacht, nämlich eine Deponie auf dem Mitterberg zu errichten, womit sechs Deponien aus dem Bozner Raum saniert werden könnten. Der Landeshauptmann hat gestern gesagt, dass der Pasquali-Hügel zu explodieren droht, und deshalb kann ich ihm nur empfehlen, sich den Vorschlag der Gemeinde Pfatten noch einmal anzuschauen. Wäre es nicht klüger, eine einzige große Deponie zu errichten, mit der man sechs bestehende Deponien entsorgen und 30 Hektar wertvollen Kulturgrund zurückgewinnen könnte? Dann könnte man sich die Ausweisung einer Gewerbezone jenseits der Einsteinstraße auch sparen! Aber davon will man nichts hören, denn dann könnten die Richtigen möglicherweise kein Geschäft machen! Mir wird niemand weismachen können, dass es nicht vernünftig ist, sechs bestehende und teilweise auch gefährliche Deponien zu entsorgen und außerdem noch wertvollen Kulturgrund zurückzugewinnen! Nein, stattdessen lässt man sich in noch einen Prozess ein und macht so weiter, als ob überhaupt nichts gewesen wäre! Das ist die Mentalität der Landesregierung: "Wir haben sowieso Recht, die Gerichte können entscheiden was sie wollen, wir tun das, was wir wollen!" Diese Art von Politik werde ich nie verstehen. Das hat nicht mit Klugheit, sondern mit Sturheit zu tun. Jetzt wird man mir sagen, dass sich diese Deponie am Mitterberg im Naturschutzgebiet befinden würde. Das stimmt, aber drei der bestehenden Deponien,

die entsorgt werden können, befinden sich ebenfalls im Naturschutzgebiet. Die Landesregierung hatte kein Problem, den Bauleitplan von Amts wegen so abzuändern, dass ein Teil des Naturschutzgebietes in der Sachsenklemme ausgeklammert wurde. Das, was der Landesregierung passt, macht sie von Amts wegen, siehe auch Einsteinstraße. Das ist für mich die Viecherei schlechthin! Wir haben im Oktober 2004 eine Anfrage mit dem Titel "Neue Gewerbezone in Bozen Süd jenseits der Einsteinstraße?" gestellt. Dabei haben wir nachgefragt, ob es stimmt, dass Unternehmen bereits Gründe gekauft haben. Jetzt frage ich jeden und jede hier im Saal, welcher Unternehmer einen Grund kauft, wenn er noch nicht einmal weiß, ob er damit etwas machen kann. Die Leute hatten also bereits die Gewissheit, dass eine Gewerbezone ausgewiesen wird, und das ist ungesetzlich! Normalerweise muss man in den Gemeinden um einen Baugrund ansuchen. Die Gründe werden dann aufgrund des Bedarfes enteignet, ausgewiesen usw. Ich frage mich schon, wie so etwas ablaufen kann. Landesrat Frick hat uns auf unsere Anfrage geantwortet, dass es 234 Ansuchen um Grundzuweisungen gegeben hat, und zwar für insgesamt 512.000 Quadratmeter. Wir haben auch nachgefragt, wie viele der ansuchenden Firmen aus Bozen, wie viele aus anderen Gemeinden und wie viele von außerhalb des Landes kommen. 40 der ansuchenden Firmen haben den Firmensitz außerhalb der Gemeinde Bozen, vier von diesen 40 Firmen haben ihren Hauptsitz außerhalb von Südtirol. Das muss man auch dazu sagen! Jetzt könnte ich natürlich auch noch die ganzen Sanierungskosten erwähnen, die da auf uns zukommen werden. Es lebe das Verursacherprinzip! Normalerweise zahlt derjenige den Schaden, der ihn verursacht, bei uns zahlt der Steuerzahler, denn die anderen sind ja schon alle auf und davon!

Ein paar Bemerkungen auch zum Thema "Verkehr", das mit der Wirtschaft sehr stark zusammen hängt. Wir werden den Verkehr nicht wegreden können, aber wir müssen ihn besser organisieren. Bei dieser Gelegenheit möchte ich ein weiteres Mal unsere Vorbehalte gegenüber dem Brennerbasistunnel zum Ausdruck bringen. Er ist das Großprojekt der nächsten Jahre, das nicht nur Unsummen von Geld verschlingen wird und auch nicht erwarten lässt, dass die betroffenen Täler mit einer Verbesserung der Verkehrssituation rechnen können. Übermorgen, also am 14. Juli, wird der Europäische Gerichtshof darüber entscheiden, inwieweit das Grundrecht auf Gesundheit vor dem Recht auf freien Warenverkehr durchsetzbar ist. Davon kann man dann die Ausweitung sektorieller Fahrverbote usw. ableiten. All jene, die bei der Blockade der Brennerautobahn Ende Mai in Vomp dabei waren, haben ein Dokument ausgehändigt bekommen, aus dem klar hervorgeht, dass man eine Million Lkw-Fahrten über den Brenner verhindern könnte, weil ungefähr 600.000 Lkw's aufgrund der Vorzugsschiene Schweiz zusätzlich über den Brenner fahren und weil nachgewiesen ist, dass die bestehenden Kapazitäten der Eisenbahn auch bei ungefähr 500.000 bis 600.000 Lkw's liegen. Mit etwas mehr politischem Willen könnte man eine Million Fahrten einsparen! Niemand versteht, warum man bestimmte Güter - Schrott, Müll usw. - immer noch mit dem Lkw transportiert. Wenn man wollte, so könnte man das heute

schon auf der Schiene transportieren. Solange man solche Dinge nicht macht, fehlt auch der Glaube an das Größere und Bessere. Nachdem zwischen Verona und Bologna immer noch nur ein einziges Gleis besteht, muss man uns erklären, welche Notwendigkeit besteht, bei uns hier alles auszubauen. Damit dann unten in Verona alles stecken bleibt, oder weshalb? Das hat man uns noch nicht erklären können. Ich würde auch gerne wissen, warum bei gleichbleibender bzw. sogar rückläufiger Bevölkerungszahl der Warenverkehr so stark zunehmen soll. Da fehlt es am politischen Willen! Man muss natürlich auch in der Lage sein - und das betrifft Europa -, es so einzurichten, dass die Fahrverbote nicht nur für Fahrzeuge der EU-Staaten, sondern auch für Fahrzeuge der Drittländer gelten.

Einen Satz auch zur Vinschgerbahn. Jetzt fährt sie und ich hoffe, dass der Zuspruch anhalten wird und die Geburtswehen behoben werden können. Ich möchte schon auch, dass die Landesregierung daran geht, ein Konzept anzuarbeiten, um den Anschluss an Landeck zu vollziehen, denn nur damit ist die Zukunft dieser Bahn gesichert. 120 Millionen Euro in diese Struktur zu stecken, bedeutet auch Verantwortung!

Ein paar Bemerkungen möchte ich auch zum sozialen Bereich machen. Wir warten seit Jahren auf die Pflegeversicherung. Bei der letzten "Aktuellen Fragestunde" wurde eine Anfrage der Freiheitlichen zu diesem Thema behandelt, und Landesrat Theiner hat uns diesbezügliches Zahlenmaterial geliefert. In Südtirol gibt es über 10.000 Pflegefälle, von denen über zwei Drittel zu Hause und ein Drittel in Strukturen gepflegt werden. Die Entwicklung geht auch dahin, dass immer mehr Leute älter werden und natürlich auch gepflegt werden müssen. Hier gibt es keine Einigkeit innerhalb der Mehrheitsparteien und deshalb gibt es auch kein Gesetz. Eigentlich wurde ein Kompromiss ausgehandelt, aber heute müssen wir wieder lesen, dass derselbe aufgekündigt worden sei. Tatsache ist, dass wir hier seit Jahren auf der Stelle treten, obwohl akuter Handlungsbedarf bestünde.

Das Ticket auf Spitalsaufenthalte könnte abgeschafft werden, ohne auf Geld verzichten zu müssen, da der Verrechnungsmodus zwischen den einzelnen Sanitätseinheiten dergestalt ist, dass man sich überhaupt nichts spart. Deshalb gehört das Ticket auf Spitalsaufenthalte abgeschafft!

Ein großes Problem stellen auch die Benzinpreise dar. Sie haben mittlerweile ein Ausmaß angenommen, das nicht mehr verträglich ist. Der Großteil der Südtiroler fährt nicht zum Spaß mit dem Auto. Viele brauchen das Auto, und erst kürzlich wurde errechnet, dass jemand, der im Jahr 25.000 Kilometer macht, heuer 400 Euro mehr ausgeben muss als im vorigen Jahr. Wir hätten die Möglichkeit, gesetzgeberisch tätig zu werden und um steuerliche Erleichterungen einzuführen. Dasselbe gilt für die Kfz-Steuer. Wir verlangen seit Jahren eine zehnpromtente Senkung der Kfz-Steuer, denn dazu hätten wir auch die Möglichkeit, aber auch das hat man bisher nicht gemacht. Wenn man Akzente setzen will, dann muss man die Spielräume, die man hat, ausnützen. Senken wir die IRAP um einen Prozentpunkt und die Kfz-Steuer um zehn Prozent! Damit würde wir den Menschen in diesem Lande entgegenkommen.

Ein großes Problem stellt auch die Postverwaltung in Südtirol dar. Aus der Chefetage der Südtiroler Post hören wir ja immer, dass alles zum Besten stünde, und das ist wirklich amüsant. Hier ist man mit dem Stopfen von Löchern unterwegs. Die Leute können ihren Urlaub nicht nehmen, bestimmte Schalter sind nicht offen, hin und wieder übt der Postbote seinen Dienst nicht aus. Dann macht sich der Bürger die Mühe und fährt von einem Bergdorf ins Tal hinunter, geht ins Postamt und schaut, ob vielleicht die Zeitung oder andere Post angekommen ist. Dann hört er vom Schalterbeamten, dass die Post noch nicht sortiert worden sei. So geschehen letzte Woche in Taufers im Münstertal. Hier gäbe es noch viele andere Beispiele. Das ist doch keine zeitgerechte Einrichtung, und derjenige, der die Zeitung über die Post geliefert bekommt, tut mir leid, denn es ist nichts älter, als die Zeitung vom Vormittag, geschweige denn von gestern. Wenn am Montag die Zeitung vom Samstag kommt, dann wird man wohl kaum noch Freude daran haben, darin zu blättern. Die Zeiten des "Volksboten" sind längst vorbei!

Einen Satz auch zur Kultur. Es wurde von Kulturrevolution gesprochen, und die gibt es mit Sicherheit nicht. Den Titel, den die Zeitung gewählt hat, nämlich "Mehr Investition in Köpfe als in Mauern", kann ich unterstützen, denn Strukturen haben wir im Lande mehr als genug. Vielleicht ist die eine und andere Struktur zu sanieren, aber investiert werden muss vor allem in die Köpfe. In letzter Zeit fällt auf, dass es alle italienischen Medien mit den Schützen haben. Sie bekommen jetzt keine Beiträge mehr, und auf diese Nachricht hin hat es in allen italienischen Medien Jubelmeldungen gegeben. Hat man keine andere Sorgen, als Schadenfreude darüber zu hegen, dass die Schützen vielleicht weniger Geld bekommen? Also, diese Damen und Herren tun mir wirklich Leid!

Ein spezifisches Problem dieses Bereichs sind die Stipendien. Hier möchte man jetzt ja sparen, und da habe ich einen Brief aus dem Pustertal erhalten, in welchem man mit Bedauern feststellt, dass die Gewährung von Studienstipendien zeitlich reduziert werden soll. Vor allem für diejenigen, die sich für medizinische und technische Studienrichtungen entscheiden, für die man in der Regel sieben Jahre braucht, wird es besonders schwierig. Es ist nicht richtig, dass diese Studenten am Ende ihres Studiums mit derart einschneidenden finanziellen Maßnahmen rechnen müssen. Wenn man zu Beginn des Studiums gesagt bekommt, dass nur fünf Jahre des Studiums finanziert werden, dann kann man sich darauf einstellen, wenn aber jemandem, der bereits zehn Semester absolviert hat und noch vier Semester zu machen hat, das Stipendium gestrichen wird, dann wird er wahrscheinlich große Probleme bekommen.

Eine Revolution hat es im Kulturbereich doch gegeben, nämlich die Umbenennung des Ressorts der Frau Landesrätin Kasslatter Mur, die jetzt leider nicht hier ist. Wir haben auch eine entsprechende Anfrage gemacht, denn es wäre schon interessant zu wissen, warum aus dem Ressort "Deutsche Kultur, Denkmalpflege und Familie" jetzt das Ressort "Familie, Denkmalpflege und deutsche Kultur" geworden ist. Hat die deutsche Kultur für die Landesrätin so wenig Bedeutung? Die Familie hat für uns

auch eine große Bedeutung, aber dass man die Kultur einer Minderheit in einem fremdnationalen Staat jetzt so hinausschiebt, ist schon bemerkenswert. Deshalb möchte ich schon wissen, was die Frau Landesrätin zu diesem Schritt bewogen hat.

Ich komme zum Abschluss. Der 1. Juli war ein bemerkenswerter Tag. Es sind drei große Änderungen eingetreten: das Kindergeld wurde eingeführt, der Militärdienst wurde abgeschafft und das Gesetz zum Schutz der Nichtraucher ist in Kraft getreten. Man hört immer öfters, dass in diesem Lande bald alles verboten ist. Ich möchte mich jetzt nicht inhaltlich zum Nichtrauchergesetz aussprechen, aber den Eindruck, dass man in Südtirol kein freier Mensch mehr ist, haben immer mehr Bürger.

Ein Wort auch zum Zivildienst. Über die Abschaffung des Militärdienstes werden sicher nicht viele weinen, aber mit der gleichzeitigen Abschaffung des Zivildienstes kommen vor allem Organisationen, die im ehrenamtlichen Bereich tätig sind, aber auch das Weiße Kreuz, Altersheime usw. große Probleme zu. Wir haben zwar ein Gesetz gemacht, mit welchem der freiwillige Zivildienst eingeführt worden ist, aber ich habe damals schon erklärt, dass wir es erleben werden, dass sich nicht sehr viele Leute für den freiwilligen Zivildienst melden werden. Der Enthusiasmus wird sich sicher in Grenzen halten, und wir werden nicht umhinkommen, darüber nachzudenken, ein verpflichtendes soziales Jahr einzuführen. Ich weiß, dass ich hiermit den jungen Leuten nicht unbedingt eine große Freude mache, aber ich wage zu behaupten, dass wir uns in relativ kurzer Zeit ernsthaft mit diesem Problem auseinandersetzen werden müssen, wenn wir nicht wollen, dass bestimmte Dienste, an die wir uns gewöhnt haben, abgebaut werden.

Einen Satz auch zur Entwicklungshilfe. Hier geht es nicht so sehr um die Höhe der Gelder, und man kann sagen, dass sich Südtirol bei diesem Haushalt durchaus leisten kann, diese Summe für die Entwicklungshilfe vorzusehen. Ich weiß auch, dass die Landesregierung die Projekte ständig kontrolliert, damit das Geld vernünftig eingesetzt wird. Allerdings gibt es immer mehr kritische Stimmen, die die Entwicklungshilfe grundsätzlich in ein anderes Licht rücken. Selbst Leute aus Afrika sagen, dass die Entwicklungshilfe des Westens problematisch ist, und deshalb sollte man auch darüber einmal nachdenken und bestimmte Dinge hinterfragen. Das gilt jetzt nicht so sehr für die Entwicklungshilfe, die Südtirol leistet, sondern ganz allgemein. Die Bevölkerung kann aber nicht unterscheiden, und dann hört man sie eben immer wieder sagen: "Bei uns muss man für dieses und jenes bezahlen, und andere gehen mit der Spendierhose durch die Welt und teilen nach allen Seiten gute Gaben aus." Wenn es gut begründet ist, dann wird man auch die Zustimmung der Bevölkerung erhalten.

Ich schließe mit der Maut für die Passstraßen, die die Touristen sicher nicht erfreuen wird. Schlussendlich geht es wieder um Einnahmen und um Geld. Mir ist unlängst bei der Lektüre einer Monatsschrift folgendes Gedicht von Friedrich Schiller über die Teilung der Erde in die Hand gekommen: "Der Kaufmann nimmt, was seine Speicher fassen, der Abt wählt sich den edlen Firnewein, der König sperrt die Brücken

und die Straßen und sprach 'der Zehente ist mein'." So wie der König, handelt die Landesregierung!

BIANCOFIORE (Forza Italia): Cercherò di essere molto breve, anche perché altrimenti la discussione generale diventerebbe l'occasione per infarcire la discussione di questioni che non sono attinenti alla materia che oggi è in discussione, vale a dire improbabili inni in Alto Adige, vendita della terra o riferimenti al presidente del Consiglio che sono stati molto relativi e riportati da una stampa che tutti conosciamo.

Vorrei ritornare a posizionare le mie considerazioni molto brevi su quello che è l'assestamento di bilancio, ovvero andare un po' in controtendenza rispetto l'idea che è stata espressa dai colleghi che mi hanno preceduto, un'idea parzialmente positiva del gruppo Forza Italia, quanto meno per il dimagrimento dell'assestamento di bilancio, ma non per la trasparenza. Questo assestamento del bilancio è viceversa infarcito di quello a cui siamo purtroppo abituati da anni, ovvero il celare da parte della Provincia di tutta una serie di iniziative, le quali però sono relative ad indirette funzioni dell'"azienda Provincia", cioè di una Provincia che fa impresa. Mi sarebbe piaciuto, e questa per noi è la situazione più sconveniente in assoluto, una situazione in cui io e il mio partito andiamo denunciando da quando è nato, quasi 12 anni fa, questa invasività della mano pubblica, che si evince in quasi ogni articolo di questo assestamento del bilancio, questa preponderante iniziativa della Provincia di raffigurarsi, di orientarsi e in qualche maniera sopperire alla funzione dell'azienda dell'impresa del privato in Alto Adige. Non è un mistero il fatto che ci sono sovvenzioni che di fatto sono contributi di stato purtroppo, che sono contributi, come tutti conosciamo, alla Sta, alla Sel, alla Brenner-Com inventandosi la banda larga, ecc.

Non posso trovarmi d'accordo con un bilancio di assestamento che abbia questi contenuti, perché è di ieri - e questa si è passata sotto colpevole silenzio dei partiti che fanno parte della maggioranza di questa Giunta provinciale - la concorrenza sleale a tutti i livelli che la Provincia autonoma, che io chiamo ormai Provincia-impresa della quale il presidente Durnwalder si è fatto un vanto anche nella relazione introduttiva della sua nuova Giunta, quando con orgoglio scrisse: "la Provincia è la prima impresa della provincia", sta facendo. Queste sono cose che per chi ha un pur minimo senso basilare dell'economia di mercato non possono che fare inorridire, così come fanno inorridire gli imprenditori, la cui associazione è guidata, in maniera che non si possa sospettare di vocazioni politiche o etniche, da una persona di madrelingua tedesca, che però parla lo stesso linguaggio della forza che rappresento a livello nazionale nonché a livello locale. Purtroppo c'è questa ingerenza della Provincia che fa concorrenza sleale al privato. Questo non fa che creare tutte quelle situazioni di negatività e di impoverimento sociale in questa terra a tutti i livelli, a cominciare proprio dall'impresa. Infatti non è un mistero che sono gli imprenditori a chiedere che ci sia questo indietro della Provincia. Pensiamo all'esempio all'Alto Adige Marketing, al quale con questo assestamento di bilancio aumentiamo addirittura i finan-

ziamenti. Ma c'è secondo voi una sola azienda altoatesina che si possa permettere di spendere le cifre che voi tutti potete vedere sulle reti Mediaset e Rai che spendono in pubblicità quanto spende l'Alto Adige Marketing per pubblicizzare non aziende private, ma un ente pubblico, una terra che fa parte di un sistema statale? Questa è una cosa che molti imprenditori ci hanno fatto presente, l'impossibilità di entrare in concorrenza anche solo pubblicitaria con quelle che sono le dotazioni finanziarie, capitali illimitati, che poi in realtà non sono neanche illimitati, perché sappiamo che la Provincia ha un'esposizione finanziaria enorme, che compie imprese finanziarie come la scalata all'Edison attraverso la Sel, tra l'altro anche senza motivare la cosa. Le dotazioni finanziarie sono piuttosto chiare, ma a detta dell'assessore competente non sono ben descritte le motivazioni che portano a questo esborso enorme di ulteriori concessioni economiche per consentire a Sel di scalare Edison. Sostanzialmente perché lo stesso assessore, ingenuamente o forse coscientemente, dice che non sa se riuscirà mai a mettere le mani sulle centrali Enel, quindi crede che questo sia solo uno stanziamento strategico. Sono cose che non si giustificano, anche a fronte di quello che è un panorama ben descritto da tutti i miei colleghi prima, cioè del progressivo impoverimento sociale in Alto Adige a tutti i livelli, in particolar modo la piccola e media impresa che ancora di più soffre la concorrenza pubblica, e poi delle famiglie, alle quali non è un assegno che risolve il problema, perché gli 80 euro servono ad acquistare ben poco, a fronte di un caro vita che per quanto concerne l'Alto Adige raggiunge livelli esponenziali che non sono comparabili con il resto del territorio nazionale, questo anche a causa di una politica costantemente sbagliata portata avanti nelle ultime due legislature da parte della Provincia autonoma, che è quella di continuare con i contributi assistenziali che non fanno crescere l'economia di mercato che può far elevare anche la società.

Poi ci sono tutta una serie di articoli che non si giustificano, e anche se saranno oggetto di discussione articolata, sono anticostituzionali. E poi si incappa sempre in quel problema che ben oggi mette in evidenza il presidente del Senato Pera, le cui parole io sottoscriverei a caratteri cubitali, che si rifanno al famoso federalismo che non aveva neanche le regole di attuazione portate avanti, in maniera frettolosa e con tre voti, a fine legislatura dall'ultimo governo dell'Ulivo, e speriamo che rimanga tale anche per i prossimi anni, ovvero il problema che c'è una conflittualità assoluta data da un federalismo, fatto frettolosamente, che mette in concorrenza, come sempre, lo Stato con le regioni, nel nostro caso con le Province autonome. Mi riferisco alla questione della cosiddetta "tassa sui valichi" che poi magari fosse una tassa sui valichi, è una tassa su tutte le strade extraurbane! Cerco di ricordare che proprio un ministro del Governo, del quale mi onoro indirettamente di far parte, aveva fatto una proposta analoga, per strade ben più delineate e sicuramente di interesse nazionale, e la proposta fu bocciata perché ci fu una sentenza credo proprio della Corte Costituzionale che disse che la stessa era assolutamente anticostituzionale.

Per quanto ci riguarda, proprio in base all'articolo 117 della Costituzione, è vero che la Provincia autonoma ha la competenza sulle strade, ma le strade di fatto, proprio in base a quella sentenza, sono comunque di appartenenza dello Stato. Allora come si fa a mettere una tassa su tutte le strade extraurbane, che magari decide il presidente? Una mattina si sveglia e decide di tassare, semplicemente perché la Provincia non riesce, con l'esposizione finanziaria che ha, a far fronte, alla necessità di mezzi finanziari? Peraltro anche questa normativa fosse ispirata alla direttiva europea per la quale sarebbe comprensibile uno studio di applicazione relativa alle strade urbane ed extraurbane, mi lascerebbe comunque perplessa. Anche lì devo ricordare che quella direttiva ha un significato strategico reale e non è generico, è determinata la motivazione per la quale si introducono delle nuove tasse, dei nuovi dazi, come l'Eurovignette ecc., che servono alla gestione delle strade, alla costruzione delle stesse, parcheggi ecc., quindi alla gestione della circolazione, alle infrastrutture per essere espliciti. Da noi invece, come ogni articolo che è oggetto di particolare attenzione da parte delle opposizioni, tutte queste motivazioni che per certi versi potrebbero essere apprezzabili, vengono lasciate in maniera generica e superficiale. Questo non fa che aumentare i sospetti di una volontà da parte della Provincia di aggirare gli ostacoli.

L'articolo 12 colpisce da questo punto di vista, perché si prefigura come un ulteriore aiuto di Stato indiretto, si presuppone di prefinanziare da parte della Provincia che evidentemente ha tutto questo denaro, ma mai finalizzato a questioni che toccano la quotidianità dei cittadini, ma sempre a fare strategia d'impresa. Con quale finalità magari ce lo dirà il presidente Durnwalder quando replicherà. In questo articolo c'è la gabola chiara del fatto che la Provincia autonoma si permette di prefinanziare un finanziamento da parte dell'Unione Europea, che non si sa se mai verrà oltre tutto, vista la nuova entrata dei Paesi dell'est europeo, e soprattutto su quanto verrà finanziato.

Concludo dicendo che mi sarebbe piaciuto che ieri il presidente Montezemolo avesse potuto essere messo al corrente della reale situazione economica dell'Alto Adige. Probabilmente non è stato noviziato o per opportunità ha pensato di non affrontare quello che, non io e la mia forza politica, bensì la piccola e media impresa altoatesina hanno denunciato ormai da tempo, l'assoluta invasività della mano pubblica provinciale. Sono contenta che il presidente Montezemolo abbia fatto accenno all'IRAP, peccato che ha dimenticato di dire, o meglio lo ha detto indirettamente, perché ha detto che i dati economici non sono né di destra né di sinistra, e questo è molto apprezzabile. Però quando lui fa riferimento all'IRAP, tutti sanno che anche a livello nazionale bollammo l'IRAP come imposta rapina che fu voluta dal governo Prodi e che all'epoca come opposizione denunciammo, e che oggi la commissione europea ha decretato come anticostituzionale e che purtroppo oggi il governo Berlusconi con tutti i problemi che si è trovato ad affrontare, con la crisi internazionale nonché del terrorismo, deve far fronte a 140 miliardi di euro che oggi il governo non è in grado di trovare. Però la Provincia autonoma di Bolzano sì, lo andiamo dicendo da anni. Vista la problematica che quotidianamente affronta e denuncia l'impresa altoatesina, la Provin-

cia potrebbe far fronte quanto meno al dimezzamento dell'IRAP o dell'ICI ecc., tutte questioni che si trovano facilmente nei programmi del mio partito.

Concludendo c'è da mettere in rilievo che in questo assestamento di bilancio mentre il governo italiano cerca di andare incontro ai cittadini e alle imprese anche con una difficile defiscalizzazione che tutti conosciamo e soprattutto gli imprenditori per fortuna hanno fatto proprio, purtroppo in Alto Adige si va in senso contrario, e questo perché la prima impresa in Alto Adige è la Provincia.

SEPMI (Unitalia - Movimento Iniziativa Sociale): Introducendo il mio intervento al bilancio di assestamento, senza nessuna ironia, vorrei complimentarmi con il presidente Durnwalder. L'ho visto all'inizio della legislatura un attimino in crisi, politicamente, nel senso di riequilibrio all'interno del suo schieramento, nel senso di una certa difficoltà nel prendere in mano una situazione che in qualche modo al suo interno era un po' difficile. Pensavo che tutto ciò potesse avere dei risvolti diversi. Invece vedo che Lei la situazione l'ha presa in mano in maniera eccezionale. Lo dico, parola d'onore, Presidente, senza ironia. Lei è un politico che meriterebbe una poltrona più alta di quella che ha. E Le spiego perché. Lei è l'unico che è riuscito a fare la quadratura del cerchio. Ho letto sui giornali questi giorni ampie critiche relative al terreno di via Einstein. Evidentemente c'è stato qualcuno che ha detto che quel terreno verrà utilizzato per nuovi insediamenti produttivi. Qualche parola al bar può anche scappare a qualcuno. Certo è che noi viviamo in una situazione politica amministrativa talmente degna di attenzione che ha sempre posto, quando le situazioni erano particolarmente degne di attenzione, il mondo economico agricolo in contrasto con il mondo economico produttivo, il mondo economico industriale in contrasto con quello artigianale, e di conseguenza il mondo commerciale in contrasto con tutti gli altri, o comunque non in armonia, perché i contributi agli agricoltori e all'artigianato sono pochi, perché agli artigiani sì e agli albergatori no, per un sacco di ragioni legate ad una politica vecchia, assistenziale se vogliamo, ma comunque vecchia degna sicuramente di critiche, portata avanti da questo sistema amministrativo da quando esiste.

Riuscire in un periodo di crisi che si preannuncia anche più grave per il futuro per quanto riguarda la vendita sul mercato intasato e sempre più debole alla volontà di acquisto di mele - oggi le mele arrivano dall'Est; le mele dell'Alto Adige specialmente dalla Bassa Atesina sono anche di una qualità sicuramente non al top e in concorrenza con altre produzioni straniere che costano meno. Questo non vale per la val Venosta, per la val Pusteria, e per la val di Non nella vicina provincia di Trento - 150-200 euro al metro quadro per un terreno agricolo che di fatto nel giro di poco tempo ne varrà 30, 40 o 50 è un grosso risultato per i contadini. E riuscire affinché 26 ettari siano posti nelle condizioni di avere, come terreno agricolo, una possibilità di introito da parte dei contadini di 150, 200 euro al metro quadro non è cosa di poco conto. Mi si consenta il paragone, nemmeno quella famosa ammaliatrice di serpenti che vendeva prodotti alla televisione, Vanna Marchi, riuscirebbe in un'operazione di

questo tipo! Ma il presidente Durnwalder c'è riuscito ad accontentare quel Bauernbund che per non farsi veder maledettamente contento del suo capo dice il giorno dopo: "Siamo scandalizzati. Il Bauernbund protesta, stanno svendendo zone agricole, stanno diminuendo le zone agricole, stanno cementificando anche tutta la parte che va dalla zona industriale verso San Giacomo. E' uno scandalo puro". E' uno scandalo strapagare sette volte tanto quello che vale un terreno! E quindi il Bauernbund è contento. Ma dall'altra ci sono aziende che hanno bisogno di produrre. E allora quando qualcuno accusa queste aziende di aver fatto una speculazione perché imbeccati da qualcuno, forse non conosce la realtà delle aziende. Sono dispiaciuto che non ci sia il collega Munter nei momenti più cruciali della discussione, ma tantissime aziende hanno necessità di spazi per produrre. Il problema è solo quello di porre nelle condizioni colui che dirige questa operazione di non far gridare allo scandalo, perché esiste una speculazione, la quale non potrebbe esistere nel momento in cui tutte queste realizzazioni produttive saranno vincolate per 20 anni. Può esistere un imprenditore che si costruisce un capannone a sua immagine e somiglianza, un'azienda che non andrà bene a nessun altro, sperando in una speculazione che avverrà da qua a 20 anni? Sarebbe da mettere in galera o comunque in manicomio. Non possiamo pensare che sia credibile che da parte di qualche imprenditore che sarà vincolato per 20 anni ad una situazione di impossibilità di vendere, affittare o comunque di porsi nelle condizioni di speculare, possa aver fatto un'operazione di questo tipo sperando di guadagnare qualcosa in futuro. Questo è impensabile e quindi un grazie giunge al presidente Durnwalder anche dagli imprenditori. Certamente hanno bisogno di spazio per produrre, ma non potrebbe essere una platea sociale quando cominciano a sentirsi i morsi della disoccupazione anche in una città come Bolzano a pensare che aver portato 26 ettari di aziende a Bolzano sia un fattore negativo! Quando le grosse industrie potrebbero andare in crisi e chiudere, assumere mano d'opera in zona industriale a Bolzano è un fattore negativo? No, è un fattore positivissimo che quindi va a creare le condizioni per una ottima soluzione per questa scelta da parte del collega Pardeller che rappresenta i sindacati e che quindi è seriamente preoccupato dei problemi occupazionali. Ma ancora più contenti quegli impresari che potranno entrare in quei 5, 6 ettari rimasti liberi, espropriati dalla Provincia, piccoli artigiani in questo caso che compongono le varie cooperative e consorzi organizzati dal CNA e dall'APA, che avranno finalmente la possibilità di realizzarsi la loro sede.

Chiaramente tutto ciò può essere oggetto di critica, ma essere riusciti a porre nelle condizioni gli imprenditori, i contadini e l'ente pubblico che in fin dei conti si tutela, la speculazione non può esistere. Ma non solo questo, addirittura le casse pubbliche, perché se abbiamo scongiurato la possibilità che diverse aziende, non trovando terreno a Bolzano possano andare fuori provincia, portando fuori provincia anche la tassazione sui loro ricavi che non ricade più nelle casse della Provincia - Zuegg è un esempio, Thun un altro; qualcuno più di me è esperto in questa elencazione - se abbiamo scongiurato questa ipotesi, ne abbiamo introdotta un'altra migliore. Abbiamo

appreso dal collega Leitner che 5 o 6 ditte saranno nuove per la città di Bolzano, costruiranno la loro sede sociale a Bolzano, quindi tutto ciò che incasseremo anche qui di tasse sarà a favore della Provincia di Bolzano. Si poteva riuscire meglio in un'operazione di questo tipo? Con questo ho cercato di dimostrare quanto il nostro presidente in certe situazioni meriti di più della poltrona che occupa. Nel momento in cui poi lo critico potrà essere giudicato obiettivo, perché non mi sono risparmiato la possibilità di encomiarlo quando tutti oggi lo osteggiano, perché la polemica dei terreni di via Einstein è all'ordine del giorno di qualsiasi giornale, sia esso di destra, di sinistra, italiano o tedesco. Che poi tutto ciò sia stato originato da una chiacchiera di base nella quale qualcuno avrebbe detto: compra, che un domani sarà terreno costruibile, può anche essere. E' vietato forse dalla legge?

Parliamo del bilancio, e inizio con i dati positivi. Lo ha sottolineato il collega Heiss nella sua relazione di minoranza, è un bilancio abbastanza scarno di modifiche a leggi in vigore, per cui possiamo iniziare a considerarlo più adattabile ad una realtà legislativa che dovrebbe parlare di tutto fuori che di altre leggi. Da questo punto di vista è encomiabile. Ma non è encomiabile il fatto che qualche collega della minoranza abbia detto in fase di discussione del testo in commissione, non faccio nomi ma leggo testualmente: *"Nella discussione si nota che c'è stato un preciso controllo della spesa sanitaria"*. Quello che ha detto il collega è esattamente quello che ha contestato oggi sul giornale la Corte dei Conti! Io non voglio criticare le altre prese di posizione. Dico che dobbiamo stare attenti, caro collega Heiss, quando facciamo affermazioni di questo tipo, perché qua è tutto degno di essere controllato dalla Corte dei Conti. La spesa sanitaria fa parte di uno dei grossi handicap della Giunta o dell'assessore competente che purtroppo non c'è, il quale obiettivamente è a capo di un dicastero che è noto per il fatto che se si vuole distruggere qualcuno, basta metterlo lì! L'assessore Theiner mi fa anche un po' di tenerezza. Oggi gestire la sanità è peggio che gestire la Giunta. Oggi come oggi se io, presidente della Giunta, voglio che il collega Frick smetta di fare assessore, lo metto lì, così alle prossime elezioni non lo vota più neanche sua zia! Il problema della sanità non è di difficile soluzione solo a livello amministrativo, ma anche sociale. Ci sono tante questioni che si stanno accavallando, verso le quali l'assessore Theiner non è capace di dare le risposte che la gente si auspica.

Ma di ciò non se ne parla nel bilancio, come non si parla di nulla che possa definirsi sociale. Non abbiamo preso atto di una delle grosse notizie di questo mese posta sui giornali, nella quale si annuncia che il livello di povertà in provincia di Bolzano e in città sta aumentando in maniera spropositata. Segnali non ce ne sono. Ci sono queste realtà sociali che emergono, va fatto un tentativo per risolvere queste situazioni, ma in questo bilancio non si muove nulla. Mi chiedo se si possa considerare positivo un bilancio che non prende nemmeno atto, non dico con un articolo di legge, ma almeno per cercare di impostare una politica in questo senso, ponendo le basi per delle soluzioni che potrebbero essere di là da venire ma che non vengono nemmeno citate, perché evidentemente questa Provincia si muove solo nei ragionamenti econo-

mici di quelle lobby che sono rappresentate all'interno della Giunta. Questo il collega Pardeller - mi scuso con lui, perché è la seconda volta che lo nomino, ma gli voglio bene - lo sa molto bene. Si fa solo riferimento alla storia degli alimenti che se il marito non paga vengono anticipati. Sembra che abbiamo inventato l'uovo di Colombo, ma anche quella si sta dimostrando una cosa di poca importanza, quando di fatto quella associazione che dovrebbe gestire le possibilità abitative per quelle famiglie i cui padri se ne sono dovuti andare, mi sembra che stia gestendo due o tre appartamenti o la possibilità di dare ospitalità a 10, 12 persone, quando la richiesta è di diverse centinaia. Non esistono risposte.

Come non esistono risposte a riposizionamenti per una politica sociale che abbia un occhio di riguardo per le famiglie, e non solo per le persone singole. Non esistono risposte serie e concrete in questa direzione che possono andare ad assumersi anche la responsabilità di un problema casa sempre più assillante, sempre più posto nelle condizioni di non poter essere risolvibile. Di risposte potrebbero essercene tante ma non vengono poste sul tappeto. L'Ipes non è in grado di far fronte a tutte le necessità. Sicuramente fa il suo dovere, ma ci dovrebbero essere altre possibilità, una politica di risparmio per i giovani che porti alla creazione di fondi che diano la possibilità di una casa creando dei mutui a giovani coppie come succede in Germania e in altri stati, ci dovrebbe essere una politica che affronta questo problema nella città più cara d'Italia in una seria presa d'atto che coinvolga una classe politica che su questo tema è assolutamente assente.

Quando ci si chiede se i contributi di 2,5 milioni di euro alla Sta sono destinati all'aeroporto o alla ferrovia della Val Venosta, che già ora dicono funzioni bene, l'assessore risponde che sono finanziate ulteriori spese anche per il trenino della Val Venosta. Io speravo che con l'uscita di scena dell'ex assessore Di Puppò si smettesse di giocare con il trenino elettrico e gli aeroplanini dell'aeroporto. Evidentemente questa mania l'ha ereditata anche l'assessore Widmann, quindi adesso anche lui gioca con il trenino elettrico della Val Venosta, che se tutta la gente che lo usa la portassimo con il taxi ci costerebbe molto meno che avere costruito quella struttura in quelle condizioni che ritengo sia l'antitesi alla politica sociale e comunque anche l'antitesi della politica dei trasporti, per delle scelte anche tecniche che sono state fatte, degne di un approfondimento che andremo a sollecitare anche alla Procura della Repubblica.

Al di là di questo si continua a giocare con un aeroporto che è nato zoppo, anzi completamente paralitico, perché si sapeva benissimo che la sua posizione con montagne tutte intorno non avrebbe mai consentito la possibilità di decollo e di atterraggio strumentale, quindi mai aerei di una certa grandezza potrebbero decollare o atterrare. Questo pone l'aeroporto di Bolzano nelle condizioni di essere un aeroporto di elite, in cui solo piccoli velivoli possono atterrare. Di conseguenza avrà una perdita in termini economici continua nel tempo, perché è ovvio che non ci sono gli spazi per costruire una reale possibilità di remunerazione, considerata la potenzialità delle reali macchine che possono atterrare e decollare. Di conseguenza è nato paralitico, e conti-

nuiamo ad alimentarlo. 1,8 sono stati i milioni di euro spesi l'anno scorso, 2,5 milioni quelli spesi due anni fa, 2,5 milioni circa spendiamo per la Val Venosta quest'anno. Dare contributi di 5 miliardi di vecchie lire all'anno per mantenere l'aeroporto di elite, è degno di una seria riflessione, perché va contro tutte quelle promesse che erano state fatte, che nel giro di qualche anno si sarebbe creata una situazione di equilibrio di bilancio. Non dico che ci si sarebbe potuto guadagnare qualcosa, ma per lo meno non ci si sarebbe più rimesso. Invece siamo al di fuori di questa realtà, lo saremo sempre di più, e qualcuno si deve assumere le sue responsabilità. Peccato non c'è l'assessore competente di allora, purtroppo non è stato più rieleto, ma è stato lui lo sponsor di questa situazione, e ritenevo si potesse fare meglio.

Mi dispiace che la maggioranza della commissione che ha analizzato questo bilancio non abbia voluto approvare, e questo va detto, perché non c'è nessun riscontro all'interno del disegno di legge, quell'articolo che prevedeva l'abolizione dell'imposta provinciale sulle formalità di trascrizione e annotazione di veicoli al Pubblico Registro automobilistico. Come è stata bocciata la riduzione della tassa automobilistica e quindi la pressione fiscale relativa all'uso delle automobili. Mi si dirà, ed ecco la differenza, assessore Frick, tra il presidente della Giunta e un assessore, che si è tentata la quadratura del cerchio. Se da una parte è stata bocciata la proposta del collega Pöder di ridurre i costi delle tasse automobilistiche ed è stata bocciata la possibilità di abolire il PRA che è un doppione, perché non fa altro che fare quello che fa l'ACI, si è però introdotto una grossa novità di risparmio sul trasporto privato. E lo leggiamo nell'articolo 1: *"I proprietari di autoveicoli alimentati a idrogeno o con alimentazione ibrida, elettrica e termica sono esentati per tre anni dal pagamento della tassa automobilistica."* Assessore, Le faccio una domanda alla quale dovrebbe rispondere. Vorrei sapere quante macchine immatricolate ci sono in provincia di Bolzano alimentate a idrogeno. Le chiederò per clemenza, quante macchine alimentate a idrogeno prevederà che ci siano nei prossimi tre anni nella provincia di Bolzano, o quante oggi possono essere considerate ibride o con alimentazione elettrica e termica. Con alimentazione elettrica ce ne sono alcune, ma con alimentazione ibrida... di ibrido io conoscevo solo il mulo che era figlio dell'asino e della cavalla. Al di là di questo non ho ancora visto circolare macchine ibride, e chiedo a Lei, onestamente, quante prevedrà che circoleranno nei prossimi tre anni. E poi rimane in piedi la domanda sull'idrogeno, perché Lei smantella le proposte del collega Pöder, o comunque dell'opposizione che chiede l'abolizione del PRA e chiede un adeguato abbassamento della tassa automobilistica, dicendo che ha tolto la tassa per tre anni a quelle alimentate a idrogeno! Vorremmo sapere quante sono.

Arriviamo anche qui ad uno sforzo da cartomante, perché riuscire a trasformare una vera e propria tassa sulla libera circolazione degli autoveicoli privati, che già pagano la benzina quello che la pagano, che già pagano il bollo, l'iscrizione al PRA che Lei non ha voluto abolire, sperando che arrivino macchine a idrogeno da Marte, vogliamo applicare la tassa per andare a fare il giro dei quattro passi. Se vogliamo an-

dare al Falzarego, dobbiamo pagare la tassa, al passo Sella dobbiamo pagare la tassa! Volete introdurre la tassa di circolazione su queste strade per fare cosa? Per riuscire a fare la manutenzione? Ma allora i soldi che ricavate con i bolli, con le tasse di altro genere per cosa li state adoperando? Lo sapete come viene chiamato questo nuovo balzello del tutto inedito? "Norme per la tutela della qualità dell'aria". Il nostro assessore al bilancio con una manovra stile "gioco delle tre carte", a Napoli lo sanno fare molto bene ma vedo che avete imparato anche voi, introduce la nuova tassa di circolazione all'interno della provincia di Bolzano, non so dove e quando sarà applicata, ma sarà applicata sicuramente, e la chiama "qualità dell'aria". I Verdi, molto sensibili su questo problema, dovrebbero ritenere che la qualità dell'aria si misuri in altri termini, prima di tutto controllando che non circolino più di tante auto. Quando Lei, assessore, mi dice che facendo pagare un balzello potrà determinare il limite di carico del traffico veicolare, ossia del numero massimo di veicoli a motore in transito sul territorio asservito alla strada o un tratto di essa, non serve che lo faccia applicando una tassa ed eventualmente bloccare il traffico dopo che è stato raggiunto quello che voi avete ritenuto il massimo carico veicolare. Assessore, non ci dovete intortare, perché al di là del fatto che possa essere giusto o sbagliato applicare una tassa per chi, dopo aver pagato nella sua vita non altro che tasse, con la sua macchina voglia andare a farsi un giro a Passo Sella, almeno abbiate il coraggio di dire le cose come stanno, non di scrivere delle fregnacce di questo tipo! Non serve applicare una tassa per finanziare gli interventi per i miglioramenti della circolazione e della sicurezza del traffico e per la riduzione dell'inquinamento. La riduzione dell'inquinamento si fa per caso applicando le tasse? La riduzione dell'inquinamento si fa per la determinazione delle priorità e dei tempi di applicazione degli interventi? Qua siamo fuori dalla grazia di Dio, stiamo dicendo delle fesserie per cercare di portare avanti una politica di nuova tassazione, una nuova tassa in più, giustificandola con delle scuse che fanno rabbrivire, perché sono in antitesi stessa con quello che è il concetto qui espresso, perché se si applica un balzello, più macchine arriveranno, più contenti saranno. Il problema non è quanto inquinano, ma quanto incassano! Allora chiamiamola con il suo nome giusto. Nemmeno il governo Prodi o il governo D'Alema avrebbero avuto il coraggio di fare una cosa del genere! "Norma per la tutela della qualità dell'aria"! Tuteliamo la qualità dell'aria facendo pagare una tassa per andare a passo Gardena! Assessore, io mi cospargerei il capo di cenere.

Ci sono delle condizioni che vanno poste nell'ottica già presentata dalla collega Biancofiore. E' uno stato economico in grave difficoltà perché comincia ad essere asfittico, perché manca di quelle posizioni di rendita prese da contributi pubblici che con sempre più difficoltà potrà porre le nostre aziende nelle condizioni di reggere il confronto con le aziende esterne. E' un grave problema, come lo è quello di cercare di cambiare una situazione che è molto difficile, perché non siamo in grado di percepire delle certezze per il futuro. C'è una assoluta mancanza di presa di posizione nei confronti dei più deboli, delle classi sociali meno abbienti, nei confronti della mancanza di

casa, verso le nuove realtà che si stanno creando come quella dei separati, nuovi nuclei familiari, situazioni nuove come la presenza per esempio di universitari a Bolzano. Non è possibile che un genitore possa pagare 500-600 euro di affitto per una camera ad un universitario a Bolzano! Non è possibile fare una università e non pensare di dare risposte sociali di questo tipo, non è possibile continuare a mantenere una situazione nella quale solo chi sta bene vive bene, perché chi sta bene, assessore, non vive bene solo in Alto Adige ma in tutto il mondo. Chi non ha soldi, da altre parti vive, qua muore. Questa è la realtà. Giorno dopo giorno abbiamo un aumento di povertà sempre meno sommersa, sempre più ufficiale. E' una situazione che merita delle risposte certe, pronte, assolute, cosa che non c'è, che non esiste nemmeno nelle menti di chi è troppo preoccupato a creare condizioni per rispondere a quelle lobby economiche che fremono, che hanno sì problemi ma problemi che possono essere risolti. Le classi sociali meno abbienti non hanno nessuno che spinge, che porta avanti il discorso.

Su questi temi il bilancio di quest'anno ha completamente fallito. E' quindi da bocciare.

KURY (Grüne Fraktion - Gruppo Verde - Grupa Vërda): Herr Präsident, Herr Landesrat, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe schon verstanden, dass der Druck gewaltig ist und man nicht noch etwas dazu sagen sollte. Aber ich möchte auf die Gelegenheit, ein- oder zweimal im Jahr generell etwas zu Südtirols Entwicklung sagen zu können, nicht ganz verzichten. Unter der Voraussetzung, dass man mir verspricht, auf meine Fragen danach eine ganz konkrete Antwort zu geben, verspreche ich, mich kurz zu halten und auf die Urlaubsstimmung, die schon ein wenig herrscht, Rücksicht zu nehmen.

Ich schicke voraus, dass Kollege Seppi in vielen Bereichen genau das Gegenteil von dem gesagt hat, was wir gerne sagen würden. Ich beginne meinen Vortrag bei der Einsteinstraße, weil alle davon gesprochen haben. In diesem Zusammenhang handelt es sich eigentlich um einen Missstand, Landesrat Frick, der landauf und landab sattsam bekannt ist. Der Missstand besteht darin, dass von bestimmten Leuten Grund angekauft wird und anschließend die Politik dem Druck der Privaten nachgibt. Jetzt ist die Regierungsbank wieder einmal leer, aber ich hoffe, dass Landesrat Frick gleich wieder hereinkommen wird! Dies ist ein Thema, das ihn im Besonderen betrifft. Dürfte ich, Herr Präsident, ganz kurz darum bitten, dass Landesrat Frick hereingeholt wird. Sonst wäre Landesrat Cigolla sehr verlässlich. Landesrat Laimer ist nun da, weshalb ich das Thema wechsele. Ich kann anschließend auf die Gewerbezone eingehen und vielleicht die Problematik der Urbanistik anschließen, die Landesrat Laimer betrifft. Landesrat Laimer, ich werde mich kurz fassen, wenn ich danach eine konkrete Antwort bekomme.

Ich habe einige konkrete Fragen bezüglich jenes Artikels, der ungefähr 12 Prozent unseres Haushalts frisst. Es handelt sich um Artikel 1 des Finanzgesetzes, von dem heute noch wenig die Rede war. Der Artikel 1 des Finanzgesetzes ermächtigt

die Landesregierung, 650 Millionen Euro als Darlehen aufzunehmen, um damit das Kapital der Gesellschaft SEL-AG zu erhöhen. Der Zweck besteht darin, dass man Anteile derselben Gesellschaft bzw. Anteile anderer Gesellschaften kaufen will oder - das ist jetzt neu, Landesrat Laimer - auch Ankäufe in indirekter Form von Kapitalanteilen anderer Gesellschaften tätigen wird. Neu in diesem Artikel ist - vielleicht erregt er deshalb nicht viel Aufsehen, weil er zum Teil sattsam bekannt ist - der Halbsatz, dass auch Ankäufe in indirekter Form möglich sind und die Tilgung des Darlehens von 10 auf 5 Jahre reduziert wird. Dies hat zur Folge, dass die betreffende Summe erhöht wird. Obwohl der Artikel bereits in mehreren Haushalten von uns verabschiedet worden ist, möchte ich trotzdem darüber reden, weil jetzt das "Neue" eingetreten ist, dass man diesen Artikel auch umsetzt. Ich habe gehört, dass bereits gestern oder heute ein Darlehen aufgenommen worden ist. Sicherlich nimmt man dabei Bezug auf diesen Artikel, auch wenn er noch nicht verabschiedet wurde, weil ja noch der alte Artikel in Kraft ist. Mit 650 Millionen Euro wird die Landesregierung dazu ermächtigt, über die SEL-AG Anteile von anderen energieproduzierenden Gesellschaften zu kaufen, was in Absatz 2 zitiert ist. Es handelt sich hier nicht um irgendwelche "Peanuts", sondern um 12 Prozent des Landeshaushaltes! Wir entnehmen aus der Presse, dass man dabei ist, über die SEL-AG mit circa 225 Millionen einen 10-prozentigen Anteil an der Delmi zu erwerben. Diese bildetet dann gemeinsam mit der EdF die Transalpina Energia - ehemals Itالenergia Bis -, welche dann über 62 Prozent der Edison-Aktien verfügt. So müsste das stimmen. Also verwendet man 225 Millionen Euro um 10 Prozent der Delmi zu kaufen. Vielleicht ist der Vertrag sogar schon unterschrieben. Jetzt kommen meine Fragen dazu, mit der Bitte um Aushändigung der Unterlagen! Man sagt uns - aber ich würde das gerne nachlesen -, dass in den sogenannten Patti parasociali sogenannte Put-Optionen - Verkaufsoptionen - drinnen stehen, die der SEL-AG garantieren, dass die ersten 5 Prozent der Anteile innerhalb von drei Jahren zu 100 Prozent zum gleichen Preis abgestoßen werden können, wie sie gekauft wurden. Im Gegensatz dazu besteht diese Sicherheit bei den zweiten 5 Prozent nur zu 70 Prozent. So müsste ich es richtig formuliert haben. Problematisch wird es dann, wenn innerhalb von drei Jahren die Edison-Werke nicht auf das Land übergegangen sind oder das Land nicht die Möglichkeit bekommen hat, die Edison-Werke anzukaufen. Meine Fragen dazu lauten: Warum vollzieht man diesen zweiten 5-Prozent-Sprung? Der erste 5-Prozent-Sprung war ja schon vor ein oder zwei Monaten. Der Vertrag war damals bereits in der gleichen Art und Weise abgeseget wie jetzt. Was hat die Landesregierung dazu bewogen, letztthin noch einmal 5 Prozent der Anteile zu kaufen, wenn bereits beim ersten Ankauf des 5-Prozent-Paketes eigentlich all das schon zugesichert war, was man uns jetzt mit 10 Prozent zusagt? Es gibt eigentlich keinen Zusatzgewinn. Bereits damals ist uns gesagt worden, dass wir uns mit diesen 5 Prozent vielleicht den Ankauf der Edison-Werke sichern. Ansonsten hätten wir das Recht, 100 Prozent unserer Gelder zurückzubekommen. Warum dieser zweite Sprung? Ich knoble wirklich daran, weil ich nicht

verstehe, was mit diesem Zusatz von 5 Prozent verbessert wurde, zusätzlich noch zu schlechteren Bedingungen, da die Verkaufsoption ja nur zu 70 Prozent gesichert ist!

Ich komme nun zur zweiten Frage, die mich bedrückt. Am Ende verfügt Transalpina Energia - darunter jetzt die Edison - über 62 Prozent der Edison-Aktien, also eine völlig neue Betriebskonstellation. 38 Prozent der Edison-Aktien sind auf dem freien Markt. Laut Aktiengesetz ist es bei Veränderungen der Betriebszusammensetzung vorgeschrieben, dass in diesem Fall innerhalb Herbst der Ankauf dieser 38 Prozent der Aktien über eine offerta pubblica di acquisto - Opa - ausgeschrieben wird. Wenn sich auf dem freien Markt kein Käufer findet, dann sind die anderen Gesellschafter verpflichtet, diese Aktien zu übernehmen, und zwar zu einem festgesetzten Preis. Es handelt sich hier immerhin um 38 Prozent des gesamten Edison-Anteiles, also wieder keine "Peanuts"! Meine Frage: Was steht in diesen "Patti parasociali" drinnen bezüglich dieses Risikos? Wie schaut es für die SEL in jenem Augenblick aus, in dem im Herbst über die Opa diese 38 Prozent der Aktien zum festgesetzten Preis zum Verkauf angeboten werden und die restlichen Gesellschafter der Transalpina Energia zum Kauf gezwungen werden? Ist das durchgerechnet worden? Welche schwindelerregenden Höhen von Beträge müssen wir dann bereit haben, um dieser Verpflichtung nachzukommen? Ich ersuche somit um eine Antwort auf meine zweite Frage!

Wenn Kollege Seppi vielleicht noch ein bisschen warten würde, könnte ich zu meiner dritten Frage kommen! Artikel 1 des Finanzgesetzes ermächtigt die Landesregierung, im Haushaltsjahr 2005 ein Darlehen von 650 Millionen Euro aufzunehmen. Wir kennen die Entscheidung der Landesregierung vom letzten Montag, die Entscheidung - ich sage dies jetzt in verkürzter Form - betreffend den Ankauf von Edison-Aktien um 225 Millionen Euro. Es bleibt eine Differenz übrig. 650 Millionen Euro möchte die Landesregierung von uns als Ermächtigung für dieses Jahr haben. Wir wissen, was sie mit diesen 225 Millionen Euro - zumindest theoretisch und etwas allgemein - zu tun gedenkt, obwohl es auch hier viele Fragen und wenige Antworten gibt. Aber was gedenkt sie mit den restlichen 425 Millionen Euro in diesem Haushaltsjahr zu tun? Das ist eine wichtige Frage im Rahmen der Energiepolitik des Landes. Wir wissen alle, dass es mit der Übernahme der Enel-Kraftwerke innerhalb von 2005 wohl nicht klappen wird. Also können wir das einmal ausschließen. Welche konkreten Pläne verfolgt die Landesregierung mit diesen 425 Millionen Euro? Denkt sie daran, das Verteilernetz in diesem Jahr zu übernehmen? Zur Erinnerung: Am 1.7. dieses Jahres ist im Trentino das Verteilernetz von der Enel gekauft worden. Circa 200 Millionen Euro waren es im Trentino. In Südtirol spricht man von knapp der Hälfte, weil hier auch andere Betriebe tätig sind. Aber immerhin gäbe es hier die Notwendigkeit, zwischen 70 und 100 Millionen Euro zu investieren. Denkt man daran? Wenn nicht, wozu braucht man das Geld? Ich glaube, dass die Übernahme des Verteilernetzes die Voraussetzung dafür ist, endlich den Verteilerplan erstellen zu können, auf den wir schon weiß Gott wie lange warten. Im Übrigen ist die Übernahme bzw. die Verwaltung des

Verteilernetzes eigentlich die Hauptaufgabe, die mittels Durchführungsbestimmung an das Land übertragen wurde. Aus meiner Sicht wäre das mehr als notwendig. Ich wiederhole die Frage: Gedenkt man das zu tun? Könnten von diesen 425 Millionen Euro 100 Millionen Euro dafür reserviert sein? Oder denkt man über weitere Kapitalaufstockungen der SEL nach, damit man Investitionen in neue Kraftwerke tätigen bzw. sie mitfinanzieren kann? Ich bin dem Präsidenten Stocker sehr dankbar, der gesagt hat, dass er im Laufe der nächsten fünf Jahre in Bezug auf neue Kraftwerke Investitionen von einer Milliarde Euro plant. Ich nehme an, dass auch in diesem Fall das Land der Hauptfinanzträger dieser neuen Bauten sein wird. Von Herrn Stocker sind im Konkreten die vier bekannten Kraftwerke genannt worden, von denen wir inzwischen Bescheid wissen: Franzensfeste, Passeier, Ahrntal bzw. Rein und Weißenbach. Welche weiteren fünf Kraftwerke sind geplant und in welcher Größenordnung? Da ersuche ich wirklich um eine Auskunft! Zwischendurch begegnet mir die Meinung von Leuten auf der Straße, die sagen, dass sie das nicht verstehen. Man beklagt sich zu Recht immer über die Ausbeutung unserer Fließgewässer durch den Staat, und zwar vom Vinschgau bis Ulten, bis Martell. Man verweist auf Umweltschäden, Risiken für die Bevölkerung usw. Man tut sich ein bisschen schwer nachzuvollziehen, dass es in Ordnung ist, wenn das Land autonom ausbeutet, nur weil Gelder fließen. Insofern haben wir große Bedenken gegen diese Kraftwerkspläne, die uns SEL-Präsident Stocker verraten hat. Ich ersuche deshalb, uns Genaueres mitzuteilen, da wir ein Recht auf Information haben!

Noch eine Frage in diesem Zusammenhang. Landeshauptmann Durnwalder hat den Ankauf der Edison-Aktien durch die SEL damit begründet, dass, wenn die Edison in Landeshand wäre, die Stromproduktion ausreichen würde. Man würde genauso viel produzieren, wie man verbraucht. Wie kann man zugleich mit dieser Argumentation, die einleuchtet, dann aber sagen, dass wir, obwohl wir eigentlich anstreben, die Edison-Kraftwerke in unsere Hände zu bekommen, neue Kraftwerke dazubauen sollen. Da kommen mir die Bedenken, dass Energiepolitik in Südtirol eigentlich zu einer Finanzierungsmaßnahme, zur Geldmaschinerie verkommt. Das sollte eigentlich nicht unsere Energiepolitik sein! Aus unserer Sicht sollte Energiepolitik tatsächlich so aussehen, wie Landesrat Laimer immer wieder brav sagt: Es ist wesentlich, wie wir mit unserer Energie umgehen. Es ist wesentlich für die Erde, weil das Klima davon abhängt. Es ist wesentlich für unsere Gesundheit, aber auch wesentlich für unsere Geldtasche, weshalb wir darauf achten müssen, Energie zu sparen, sie effizient einzusetzen und Alternativen zu nützen. All das scheint mir in diesem Augenblick sehr in den Hintergrund getreten zu sein. Diese Energiesparmaßnahmen bzw. Potenzierungen beschränken sich auf die Werbeaktion "Klimahaus". Ich habe nichts dagegen und finde es eine gute Maßnahme. Allerdings handelt es sich dabei um eine sich nicht erschöpfende Maßnahme für die gesamte Energiepolitik, während die anderen Maßnahmen vor allem über eine Energieagentur laufen sollten. Ich denke an die Beratungsstellen der Landesregierung sowie die Beratung der Kunden. Sie sollen Dienstleistungen erhalten und nicht einfach Energiequellen geliefert bekommen. Der Zweck ist eine

warme Wohnung. Wie komme ich am besten zu dieser warmen Wohnung? Dies geschieht dadurch, dass ich alle Möglichkeiten ausschöpfe und meine Wohnung möglichst energiesparsam heize. Diese Dienstleistung wäre die Tätigkeit der Energieagentur, von der wir eigentlich schon lange träumen. Wir sehen, dass beispielsweise die deutsche Energieagentur, aber auch die österreichische Energieagentur inzwischen europaweit Beratungstätigkeit in Bezug darauf haben, wie man die Menschen zum Energiesparen bringt, ohne dass sie Einbuße an Qualität und Lebensqualität erleiden. Wir bedauern sehr, dass das in Südtirol momentan nicht mehr verfolgt wird, sondern dass Energiepolitik praktisch eine Finanzaktion geworden ist. Ich fahre fort mit meinen Fragen.

Die nächste Frage - ich glaube, es müsste sich um die fünfte handeln - betrifft das Verhältnis SEL-Tiwag. Das interessiert mich sehr, vor allem deshalb, weil Landesrat Laimer kundgetan hat, dass er nach dem Abschluss der Transaktion Edison an einen Aktientausch zwischen Tiwag und SEL denkt. Zu welchem Zweck strebt man dies an und wie will man mit der Tiwag zusammenarbeiten? Will die SEL Anteile an Tiwag-Kraftwerken oder plant man gemeinsame Kraftwerke Tiwag/SEL-AG? Oder will man gemeinsame Kraftwerke bauen? Das würde mich interessieren, zumal sich auch Van Staa letzthin in diese Richtung geäußert hat. Weil wir bei der Zusammenarbeit zwischen SEL-AG und Tiwag sind, möchte ich fragen, wie es mit der Brennerstromleitung aussieht? Gibt es immer noch die Blockade? Wenn sie weiterhin von Seiten der römischen Regierung besteht, könnte man sich vorstellen, dass die Tiwag - zumal sie den Strom ja nicht in genügendem Ausmaß liefern kann - aufgrund der Enge der Leitung eventuell durch Anteile an der SEL-AG indirekt an der Edison und somit auch in Italien Fuß fassen könnte? Ist das irgendwo in der Zukunftsvision des Landes enthalten?

Das waren jetzt die Fragen, beschränkt auf die Aktion SEL-AG bzw. Edison-Ankauf. Die weiteren Fragen betreffen vielmehr die Frage der Konzessionsvergabe. An diesem Punkt stelle ich Landesrat Laimer die nächste Frage: Wie gedenkt das Land mit dem Interessenskonflikt umzugehen, ohne einen Interessenskonflikt Land - SEL-AG heraufzubeschwören? Dies wäre eine Konzessionsvergabe zwischen dem Schiedsrichter und dem Mitspieler. Wie gedenkt man hier den nationalen bzw. europäischen Normen standzuhalten? Denkt das Land daran, irgendwann einmal aus der SEL-AG auszuscheiden und diesen Interessenskonflikt zu lösen? Diese Problematik habe jetzt nicht ich erfunden, diese Problematik pfeifen schon die Spatzen von den Dächern. So ganz an den Haaren herbeigezogen ist sie nicht. Man muss sich vorstellen, dass die SEL-AG in allen Gesellschaften mitmischen möchte, wenn möglich als Mehrheitseigentümer, und dass parallel dazu das Land mit dauernder Kapitalerhöhung dazu beisteuert. Ich denke jetzt beispielsweise an die Schlammeleitung, bei der wiederum das Kapital durch das Land erhöht worden ist. Dadurch ist der Anteil der anderen immer mehr gesunken. Folglich vergibt dann das Land die Konzession für die Betriebe. Irgendwo scheint es mir schon problematisch zu sein, dass es sich hier um einen unlau-

teren Wettbewerb handelt bzw. ein permanenter Interessenkonflikt besteht, der gelöst werden muss. Wie gedenkt man ihn zu lösen? Laut Ihrem Begleittext hat der Rat der Gemeinden darauf hingewiesen, dass der Interessenskonflikt zu anderen energieproduzierenden Gesellschaften nicht nur in Bezug auf das Land Südtirol, sondern auch im Verhältnis zu den Gemeinden besteht. All das - denke ich - muss früher oder später einer Lösung zugeführt werden. Der Rat der Gemeinden hat gerade bezüglich des Artikels 12/ter ziemlich genau deponiert, wie er sich eine zukünftige Zusammenarbeit zwischen SEL, Gemeinden, SELFIN usw. bei der Vergabe alter und neuer, kleiner und großer Konzessionen vorstellt. Ich denke, dass diese Problematik schon zu berücksichtigen ist. Im Übrigen möchte ich noch zum Abschluss dieser Geschichte meine Genugtuung darüber ausdrücken, dass der Landesrat einen diesbezüglichen Streichungsartikel deponiert hat. Ich bin froh darüber, da sonst die übliche Polemik über die "blinden Passagiere" losgegangen wäre. So hätten wir sehr viel Zeit verschwenden müssen, um diese Problematik aufzuarbeiten.

Ich bedanke mich dafür und möchte nun eine letzte Problematik genereller Natur in Bezug auf die Energiepolitik des Landes aufwerfen. Im Besonderen besteht bei Artikel 1 die Problematik, dass im Grunde ganz große Posten - in diesem Fall 12 Prozent des Haushaltes - eigentlich zum Durchlaufposten des Landeshaushaltes werden. Sie landen bei privatrechtlich organisierten Gesellschaften, wie zum Beispiel die SEL-AG, der Brennercom oder dem Thermenhotel in Meran. Diese Gesellschaften sind einerseits fast zu 100 Prozent von der öffentlichen Hand abhängig, andererseits aber aufgrund ihrer Struktur zu 100 Prozent der öffentlichen Kontrolle entzogen. Mir scheint das längerfristig ein Problem zu sein, wenn wir im Grunde genommen über hohe Summen reden, die irgendwo landen. Es geht schließlich nur darum, unsere Zustimmung oder Ablehnung dazu auszudrücken, ob sie dort landen sollen oder nicht. Welches Ziel, welchen Zweck diese öffentlichen Finanzen für die öffentliche Hand haben, darüber schweigt sich die Landesregierung aus. Welches Ziel öffentlichen Interesses verfolgt das Land, wenn es Hotels führt? Welches Ziel öffentlichen Interesses ist es, wenn das Land direkt Strom produziert? Welches Interesse hat die Öffentlichkeit daran, dass das Land Fluggesellschaften beitrifft? Welches Interesse besteht, wenn das Land der Flughafengesellschaft direkt - in regelmäßigen Abständen - Gelder über die privatrechtlich organisierte STA zukommen lässt? Das ist einerseits eine große Frage demokratiepolitischer Natur, andererseits aber auch eine Frage über die Rolle des Landes als Unternehmer mit dem Vorteil einer bestimmten finanziellen Absicherung. Ich denke einmal an den Haushalt, aber auch an die Vorteile beim Zugang zu Anleihen, weil ja bestimmte Garantien vorhanden sind, die andere natürlich nicht haben.

Landesrat Frick, Sie kennen die Problematik in Bezug auf das Thermenhotel in Meran, die nicht wir, sondern wenschon Ihre Kategorie aufgebracht haben. Die Leute sind wirklich sehr darüber verwundert. In diesem Fall sind es die Hoteliers, aber bei den Handwerkern finden wir sicher auch einen ähnlichen Fall. Ich muss das Thema

nicht weiter ausführen. Wie gesagt, der Haushalt wird zum Durchlaufposten, der anschließend nicht mehr zu kontrollieren ist. Das Problem dabei ist, dass das öffentliche Interesse nicht mehr gesichert ist.

Meine Meinung zur Einsteinstraße deckt sich nicht unbedingt mit jener des Kollegen Seppi, nämlich mit seiner Verteufelung des Bauernbundes und seinem Lob an den Landeshauptmann. Ich möchte allerdings schon sagen, dass das Problem nicht neu ist. Schon seit Jahren ist es so, dass landwirtschaftliches Grün angekauft wird, die Politik dabei allerdings nicht plant, sondern nur den Interessen der Privaten nachläuft. Das ist ein Tatbestand und darüber braucht sich niemand aufzuregen. Das ist nun mal so! Das geht von ganz kleinen Gewerbeazonen - ich erinnere, Landesrat Frick, an den Fall im Sarntal - bis mittelgroßen - ich erinnere an die Gewerbezone Sinich als letztes aktuelles Beispiel - bis hin zu ganz großen: der Einsteinstraße. Wo ist nun das Problem, wo ist der neue Qualitätssprung? Ich stelle diesen sehr wohl fest. Der Qualitätssprung ist, dass man aufgrund der Änderung der Raumordnungsgesetze den Anreiz für den Kauf von landwirtschaftlichem Grün für Private bereits im Vorfeld massiv gesteigert hat, indem man ihnen mehr Vorteile angeboten hat. Mit der Reform von 2003 hat man im Bereich der Raumordnung eine ganze Reihe von Vorteilen geschaffen. Wenn ich bereits vor der Umwidmung Eigentümer bin, kann ich über 25 Prozent frei verfügen. Ich kann diese 25 Prozent mit Strukturen versehen und vermieten. Ich kann also im Grunde genommen tun, was ich will. Hierzu habe ich natürlich einige Fragen, Landesrat Frick! Landesrat Laimer hat schon ein paar Fragen zu beantworten, ich wende mich nun an Sie! Es geht nicht nur um die freie Verfügbarkeit von diesen 25 Prozent, sondern es kommt der Tatbestand dazu, dass ich in dem Augenblick, in dem ich über 75 Prozent dieses Grundes verfüge, auch einen Privaten beauftragen kann, den Durchführungsplan zu machen. Das ändert die Geschichte. Dann sieht der Durchführungsplan nämlich ganz anders aus, als wenn er von der öffentlichen Hand erstellt worden wäre. Wenn er von der öffentlichen Hand erstellt wird, habe ich zum Teil die Garantie - auch da gibt es den entsprechenden Druck -, dass die öffentlichen Interessen im Vordergrund stehen und die privaten Interessen zum Teil in den Hintergrund treten. Es handelt sich also um eine größere Garantie, als wenn der Durchführungsplan gleich von einem Privaten erstellt wird. Der Private steht im Verbund mit dem Eigentümer, der womöglich eine Immobiliengesellschaft ist, welche sich Rosinen herauspicks. Den Durchführungsplan erstellt der Private. Dieser hat natürlich Interesse, sich die Filetstücke herauszusuchen. Das 25-Prozent-Stück ist das Filetstück des Gesamten, sowohl von der Erschließung als auch von der Urbanistik her. Die öffentlichen Einrichtungen konzentrieren sich auf die restlichen. Ich möchte auf meine Frage wirklich eine klare Antwort erhalten: Wer bezahlt die Erschließungskosten von diesem 25-Prozent-Stück, das zur freien Verfügung ist? Landesrat Mussner hat mir auf eine Anfrage in der Aktuellen Fragestunde geantwortet, dass diese Erschließungskosten beim Zuweisungspreis mitberechnet würden. Also: Ich enteigne vorher, weise den Grund wieder zu und bei der Zuweisung werden die Erschließungskosten prozentuell wieder hinaufgerechnet.

Das verstehe ich schon. Aber mit dem Qualitätssprung 2003 habe ich keine Enteignung und damit auch keine Zuweisung von diesem freien 25-Prozent-Stück. Ich würde mich sehr dagegen verwehren, dass ...

Abgeordnete: (*unterbrechen*)

KURY (Grüne Fraktion - Gruppo Verde - Grupa Vërda): In Ordnung! Es wird mir offiziell bestätigt, dass auch bei der Erschließung des 25-Prozent-Stücks zur freien Verfügung die Erschließungskosten logischerweise ausschließlich zu Lasten des Eigentümers sind. Einverstanden! Ich habe diesbezüglich noch eine Frage. Wenn sich auf diesem 25-Prozent-Stück zur freien Verfügung eine Immobilie befand, konnte sie laut der früheren Variante ins landwirtschaftliche Grün bauen. Somit enteigne ich jemanden und derjenige, der die Immobilie bekommt, darf in einem bestimmten Ausmaß ins landwirtschaftliche Grün verschoben werden. Bei der neuen Variante fehlen die Regeln dazu. Ist sichergestellt, dass Immobilien, die sich auf dem eventuell frei zur Verfügung stehenden Stück befinden, nicht ins landwirtschaftliche Grün verschoben werden können und damit zusätzlich Profit geschlagen wird? Landesrat Cigolla hatte ich nicht unter Beobachtung, aber bei meiner ersten Frage zur Erschließung haben drei Herren mit dunklem Anzug genickt. Zwar sieht man das Nicken nicht ganz genau, aber jedenfalls hatte ich den Eindruck, dass das der Fall sei. Bei diesem zweiten Fall, der mir noch schlimmer erscheint und eine doppelte Spekulation und doppelte Geldmacherei in sich birgt, habe ich ein betretenes Dreinschauen bei allen drei Herren feststellen können. Da möchte ich um sehr genaue Antwort ersuchen! Ich bin nicht fündig geworden. Selbstverständlich kenne ich die entsprechenden Artikel in Bezug auf die Gewerbezone. Aber wie die anderen Artikel zur Anwendung kommen, weiß ich nicht. Bereits bisher - sagt mir Landesrat Laimer - sind Teile an Eigentümer zugewiesen worden, die bereits Sachen bekommen hatten, ist das richtig? Bereits bisher gab es Leute, die nicht enteignet wurden, welche Grund gekauft hatten, der ihnen zugewiesen wurde. Danach wurden die Erschließungskosten aufgerechnet. Analog sollte es nun mit diesem 25-Prozent-Stück funktionieren. Die drei Herren, die mir zuhören, teilen meine Meinung. Es wäre allerhand, wenn jemand 25 Prozent zur freien Verfügung hat und dazu noch die Möglichkeit bekäme, die Immobilie ins landwirtschaftliche Grün zu verlagern! Ich denke logischerweise an 100 Prozent. Ich kaufe also ein Grundstück zu 100 Prozent. Dabei habe ich den großen Vorteil, dass 25 Prozent zur freien Verfügung sind. Darf ich dann - obwohl ich diesen Vorteil habe - zusätzlich noch Immobilien, die auf diesen 100 Prozent Grund stehen, ins landwirtschaftliche Grün verlagern? Das ist meine Frage. Ich wäre sehr dankbar, wenn ich darauf eine Antwort erhalten würde.

Ein Letztes noch, da ich versprochen habe, mich kurz zu halten! Thema Verkehr! Ich werde nicht die ganze Zeit ausschöpfen, Herr Landeshauptmann, das verspreche ich hoch und heilig! Dass es in Bezug auf den Verkehr Maßnahmen braucht, darüber sind wir uns alle einig. Landesrat Laimer hat vor kurzem - vielleicht wissen

Sie darüber Bescheid - zusammen mit der Universität eine Bewertung über die Effizienz von bestimmten Maßnahmen herausgegeben. Ich habe eine eigenartige Kurzfassung gelesen, die ich nicht so recht glauben kann. In dieser wird behauptet, dass Nachtfahrverbote nichts nützen. Ich kann das nicht ganz nachvollziehen. Ich möchte nur in Erinnerung rufen, dass im Tiroler Verkehrsbericht über das Jahr 2004 ausgiebig argumentiert wird, wie sinnvoll ein Nachtfahrverbot ist. Aufgrund der geographischen Lage der Alpentäler, der engen V-Täler sowie aufgrund der Inversionslage ist die Auswirkung der Autoemissionen in der Nacht drei- bis fünfmal negativer als bei Tag. Inzwischen ist dies allgemein bekannt. Insofern frage ich Landesrat Laimer: Welche Maßnahmen gedenken Sie innerhalb welcher Zeit umzusetzen, und was sagt die "Grazer Studie"?

Ein Wort noch zum Flughafen. Dies betrifft wieder Landesrat Frick! Ich habe gelesen, dass Sie in der Kommission gesagt haben, dass die 2,8 Millionen Euro Aufstockung des Kapitals der STA sowohl die Vinschger-Bahn als auch den Flughafen Bozen betreffen. Ich habe mir die Bilanz angesehen, nachgerechnet und ziemlich genau herausgefunden, dass die geringere Aufstockung - nicht mehr 7 Millionen Kapital, sondern 5 Millionen Kapital - und die Betriebsverluste aus den Jahren 2003 und 2004 genau diesen Betrag ausmachen, umgerechnet auf 93 Prozent, also die Anteile der STA. Man sollte uns bitte nicht für dumm verkaufen, denn wir können die Bilanzen lesen und zumindest die Zahlen zusammenzählen. Eins und eins ist zwei! In diesem Fall heißt das, dass diese 2,8 Millionen zu 100 Prozent in die Betriebsverluste des Flughafens ABD wandern und nur die Verluste des Flughafenbetriebes seit seinem Bestehen im Jahre 1999 bis heute über 10 Millionen Euro ausmachen. Ich erinnere daran, dass das nur die Verluste des Betriebes des Flughafens sind, also ausgenommen alle Investitionen, alle Beteiligungen und Kapitalaufstockungen bei Air-Alps, was letzthin 3 Millionen Euro waren. Umgerechnet heißt das bei einer kleinen Steigerung der Passagiere im letzten Jahr, dass jeder Passagier - "altroché" Vinschger-Bahn, Kollege Seppi -, der den Flughafen Bozen betritt, mit einer Summe von 32 Euro subventioniert wird. Das ist das Defizit der Betreibergesellschaft des Bozner Flughafens, abgesehen von den Investitionen und abgesehen von den Kapitalerhöhungen der STA zur Beteiligung bei Air-Alps! Wenn ich dann in der Presse lese, dass Staffler sagt, 5 Millionen für den Flughafen Bozen und 120 Millionen für die Vinschger-Bahn stünden in keinem Verhältnis und man solle still sein, dann sollte man dies ein wenig zurechtrücken. Wie bereits nachgewiesen, sind es nicht 5 Millionen, sondern 10 Millionen für den Betriebsverlust des Bozner Flughafens, die gesamten Investitionen und Grundankäufe nicht mitgerechnet. Ich möchte ankündigen, dass wir sehr genau darüber wachen werden, was jetzt die sogenannte Optimierung des Flughafens betrifft. Wir werden uns schon kundig machen, welche Gelder dafür ausgegeben werden! Wenn jeder Passagier, der den Bozner Flughafen betritt, mit 32 Euro pro Kopf bezuschusst wird, wäre de facto ein Sammeltaxi nach Verona viel, viel billiger und vielleicht auch zielorien-

tierter. Das Taxi käme ganz sicherlich in Verona an, was man vom Flugzeug - der Landeshauptmann kennt das auch - nicht immer genau weiß.

Leider Gottes ist keiner der drei Schullandesräte hier! Wir stimmen für die Aufstockung des Lehrpersonals. Wenn man bedenkt, wie viele Gelder hier ausgegeben werden - ich beziehe mich auf diese 650 Millionen Euro, Artikel 1 des Finanzgesetzes, Aktienkäufe usw. -, dann scheint mir die Polemik der letzten Tage über die Aufstockung der Lehrpersonen wirklich schizophren zu sein. Wenn man meint, dass man in Südtirol etwas Gutes tut, wenn man genau beim Personal in der Schule spart, dafür aber Flughäfen optimiert und weitere Gebäude auf Hochglanz poliert, irrt man sich. Das Schulpersonal ist die Seele. Ich kann noch so schöne Schulen haben, ich werde diese Gebäude nicht zum Leben bringen, wenn ich nicht das entsprechende Personal dafür habe. Darüber sollte man nachdenken! Entschuldigung, dass ich von der Schule komme. Ich unterrichte eine Klasse mit 30 Leuten sicher anders bzw. schlechter als eine Klasse mit 20 Leuten. Bei einer Klasse mit 20 Schülern kann ich zumindest in jeder Unterrichtsstunde einmal mit jedem Schüler in Kontakt treten bzw. kommunizieren. Das ist der Hauptgrund, weshalb wir in der Pisa-Studie so gut abgeschlossen haben. Deshalb sollte man dies nicht aufs Spiel setzen. Das Problem ist, dass man die Linie der Landesregierung zur Schulreform nicht ganz versteht. Landesrätin Gneccchi bremst, Landesrat Saurer drückt und drängt. Wohin geht das Land? Es herrscht große Unsicherheit in der deutschsprachigen Schule, vor allem in den Oberschulen, da sie keine Ahnung haben, was aus ihrem Schultyp werden soll. Man weiß, dass es in der Mittelschule nächstes Jahr laufen oder nicht gut laufen wird. Wir hoffen natürlich das Beste. Aber die Reform in der Oberschule hat eine große Auswirkung auf die Neuorganisation der Schultypen. Man sollte die Lehrer nicht im Unwissen darüber lassen, wie bzw. mit welcher Ausrichtung sie zusammengelegt werden. Da möchte ich um Aufklärung ersuchen.

Ein Letztes noch zur Schulautonomie! Ich beziehe mich auf das Gesetz aus dem Jahre 2000, bei dem man gesagt hat, dass das Wesentliche der Schulautonomie die Autonomie sei. Aber hier muss klargestellt werden, dass die interne und externe Evaluation funktionieren muss, sonst driftet alles auseinander. Logischerweise muss ich in dem Moment, in dem ich autonom bin, ein System haben, womit ich auch in Zukunft bewerten kann. Nun scheint diese Evaluation nicht so gut zu funktionieren. Der italienische Beirat ist erst vor kurzem eingesetzt worden, der deutsche besteht schon seit Längerem. Es herrscht heftigster Unmut darüber - Herr Landeshauptmann, ich hoffe, dass Sie es Ihren Landesräten weiterleiten werden -, dass in diesen Beiräten kein Lehrervertreter drinnen sitzt. Es herrscht auch ein bisschen Unklarheit, worin genau die Aufgabe dieser Dienststelle, die eingerichtet wurde, liegt. Sie besteht aus guten Leuten, die allerdings ein wenig vor sich hinwerkeln, weil die klare Zielausrichtung fehlt. Ich denke, dass das Personal in der Schule eine möglichst weitgehende Autonomie haben sollte, auf dass die Bedürfnisse der Schüler respektiert werden können. Evaluation darf nicht - wie es einige Direktoren getan haben - mit Kontrolle verwech-

selt werden. Evaluation heißt tatsächlich Selbstmotivation, Selbstanalyse, um daraus die Motivation zu schöpfen, sich mit fachkundiger Anleitung und Begleitung selbst zu verbessern. Man sollte also nicht die Lehrer bzw. das Schulsystem kontrollieren, sondern gemeinsam mit Lehrern und Schülern versuchen, die Ziele zu erreichen. Das ist ganz wichtig für Südtirols Entwicklung. Es gäbe viele andere Kapitel, an denen man kräftigst sparen könnte!

FRICK (Landesrat für Handwerk, Industrie, Handel sowie Finanzen und Haushalt - SVP): Werte Kolleginnen und Kollegen! Das Kontinuum dieser Generaldebatte war die Sorge um Lebensqualität und die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Lande. Wir teilen diese Sorge. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, eine Reihe von Entwicklungen, die auf staatlicher und vor allem auf europäischer Ebene auf uns zurollen, so in den Griff zu bekommen, dass sie sich in unserem Land nicht allzu schlecht auswirken. Mit diesem Landeshaushalt ist klar geworden, dass die Schwerpunkte Soziales und Bildung verstärkt zum Ausdruck kommen. Das gilt insbesondere im Zusammenhang mit der von mehreren Kollegen vorgebrachten Frage: Wo bleibt das Soziale, ist es ein Haushalt des kalten Herzens? Nein, das Gegenteil ist der Fall! Wenn Sie einen Vergleich mit anderen Regionen und Staaten machen und die Prozentsätze durchrechnen, dann werden Sie sehen, dass das Soziale ein Schwerpunkt unseres Haushaltes ist. Wir sind froh darüber, dies weiterhin finanzieren zu können. Das gilt nicht zuletzt für den Bereich des Wohnbaus, in dem wir auch im heurigen Jahr die außerordentliche Zusatzfinanzierung, über die bereits in den vergangenen Jahren diskutiert wurde, aufrechterhalten konnten.

Selbstverständlich braucht es für die neuen Herausforderung "Bildungswesen" eine gewisse Offenheit für das Personal. Die Kritik in diesem Zusammenhang ist meiner Meinung nach nicht richtig. Wir haben gerade festgestellt, dass sich dieser Schwerpunkt "Bildung" in der außerordentlichen Zuteilung von zusätzlichem Personal ausdrückt. Sie wissen, dass dies in unserem Land im Vergleich zu anderen Regionen eine Ausnahme ist. Normalerweise wird jetzt versucht zu blockieren. Die Regionen Europas befinden sich heutzutage in einer Situation, in der sie sogar abspecken müssen. Wir aber wollen mit diesem authentischen Schwerpunkt "Bildung" aufrüsten. Allerdings sagen wir dazu, dass wir hinter der Tradition der Sparsamkeit stehen. Wir wollen in den verschiedenen Bereichen der Landesverwaltung eine Optimierung in Bezug auf die Nutzung der Personalressourcen durchführen. Dasselbe gilt auch für das Thema "Kultur", das von einigen Kollegen aufgeworfen wurde. Es wird auffallend viel über die Wirtschaft geredet. Ich möchte danach die eine oder andere Bemerkung dazu machen. Es ist klar, dass der Bereich Kultur Schwerpunkt unserer Politik ist. Ebenso klar ist, dass eine gewisse Stärkung dieses Schwerpunktes nicht erst im Nachtragshaushalt, sondern besonders im Eröffnungshaushalt zum Ausdruck gekommen ist. Ich möchte dies Frau Kollegin Klotz entgegnen, die sich besonders darum gesorgt hat.

Zum Thema Lebensqualität - damit sich die Leute wohlfühlen - gehört ganz besonders die Frage des Familienverbandes. Besonders muss hinterfragt werden, wie die Menschen imstande sind, die täglichen Kosten und Herausforderungen des Zusammenlebens zu meistern. Sie wissen, dass gerade im heurigen Jahr - der eine oder andere hat behauptet, dass in punkto Familie nichts geschehe - eine außerordentliche Maßnahme für den Bereich Familie gestartet worden ist. Es wäre nicht richtig, die verschiedenen Maßnahmen der beiden großen Gebietskörperschaften, einerseits dem Land, andererseits der Region, sozusagen auseinander zu dividieren. Wir haben das als einheitliches Konzept verstanden und es zeitgleich auf den Weg gebracht. Im Übrigen ist es eine durchaus vergleichbare politische Mehrheit, die dafür Verantwortung trägt. Wer also in der heutigen Zeit sagt, dass die Familie keine besondere Aufmerksamkeit erfahren würde, behauptet bewusst das Gegenteil dessen, was Inhalt unserer Entscheidungen ist. Diese Tatsache drückt sich auch in diesem Haushalt in außerordentlicher Form aus.

In Bezug auf die Wirtschaftsfragen teile ich die Sorge um die Wettbewerbsfähigkeit. Es ist richtig, dass wir in Richtung Innovation drängen, dass wir Forschung und Entwicklung aufstocken, was wir - wie Sie wissen - bereits getan haben. Ebenso ist richtig, dass wir in der breiten Öffentlichkeit in Bezug auf die Wirtschaftsentwicklung die Verfügbarkeit von Gewerbebauland deutlich machen. Ich sage das deshalb, weil diese aktuelle Begebenheit offensichtlich in unseren Köpfen und politischen Argumentationen im Zusammenhang mit der Einsteinstraße steht. Ich sehe nicht ein, dass in diesem Zusammenhang der Begriff Spekulation fällt und der misslungene Begriff der Heuschrecken verwendet wird. Die Frage lautet: Welchen Spielraum haben wir in der Wirtschaftsentwicklung? Brauchen wir gewisse zusätzliche Flächen? Unsere Antwort ist Ja! Mit diesem Ja drücken wir aus, dass wir Zukunft schaffen wollen. Wir wollen ermöglichen, dass in Südtirol eine gute - offensichtlich heute noch bessere als in anderen Regionen - wirtschaftliche Entwicklung in einer mittelfristigen Zukunft aufrechterhalten wird. Damit wollen wir vor allem das Phänomen der Abwanderung, welches in einer Wortmeldung zum Ausdruck gekommen ist, ernst nehmen. Es ist sicher so, dass sich heute mehrere Firmen in Südtirol - in der Tendenz dessen, was in Mitteleuropa insgesamt passiert - die akute Frage stellen: Sind die Bedingungen in Mitteleuropa, die uns heute geboten werden, wirklich Bedingungen, mit denen ich morgen und übermorgen noch rentabel arbeiten kann? Es ist evident, dass unsere Politik zum Ziel haben muss, gute Bedingungen zu schaffen, und zwar durch Flexibilisierung, durch das Denken an die Steuerbelastung, durch verschiedene Stützmaßnahmen - wobei ich nicht in erster Linie an Transfers von öffentlichen Geldern, sondern an Dienstleistungen denke -, aber auch durch die Zur-Verfügung-Stellung von Gewerbebauland im Rahmen der Ausweisung seitens der Gemeinde und des Landes. Dafür muss besonders in größeren Ortschaften Sorge getragen werden. Dies ist Zukunftsgarantie. Dies ist ein Teil der gemeinsamen Mühe um Arbeitsplätze und Einkommen, mit denen man in Zukunft ein Auskommen haben soll.

Es ist ganz klar, dass die Gesetzesänderung von 25 Prozent zu einer Änderung der ökonomischen Bewertungen dieser Verfahren und dieser Prozesse geführt hat. Es ist ganz offensichtlich, dass dadurch für den einen oder anderen ein früheres oder späteres Kaufen konvenient geworden ist. Aber in jedem Fall sind es freie Entscheidungen, die getroffen wurden, seitens privater Subjekte, die die Entscheidung betreffend die Erstellung der Rangordnung ist und die Vorbereitung der Zuweisung in keiner Art und Weise präjudiziert. Wichtig ist - da gehe ich auf eine Kritik im Zusammenhang mit dem Marketing ein -, dass die Rahmenbedingungen eine Thematik sind. Die andere Thematik ist sicher die gemeinsame Mühe und das Anpreisen dessen, was bei uns gut ist. Es gibt vieles Gute, unter anderem die Qualität der Produkte. Die Benutzung des Begriffs "Südtirol" ist kritisch hervorgehoben worden. Ich glaube, dass das Gesetz der Landesregierung, das in Kürze im Plenum zur Behandlung anstehen wird, eine Zukunftsentscheidung ist. Ich bin davon überzeugt, dass es uns damit gelungen ist, Synergien zu schaffen, die wir bisher gewissermaßen am Wegesrand haben liegen lassen. Auf diese Art und Weise kann die Positionierung nicht nur Südtirols, sondern auch die der Betriebe unseres Landes verstärkt werden.

Eine spezifische Frage hat die Förderung betroffen. Ich möchte dazu nicht sehr viel mehr sagen, als das, was bereits über viele andere Kanäle bekannt gegeben wurde. Logischerweise sind wir hier in einem Reformprozess. Ein Teil des Prozesses, der in der Diskussion gefordert wurde, ist schon abgeschlossen, nämlich all das, was mit Know-how-Investitionen zu tun hat. Wir haben diesbezüglich gesagt: Konzentration und besondere Aufmerksamkeit auf das, was die Kraft des Kopfes ist. Da gibt es eine Verlagerung in diese Richtung. Wir werden dies in Absprache mit der EU auch im Bereich der sogenannten Hardware - wenn es einerseits um die Förderung von Gewerbebauland, andererseits aber vor allem um die Förderung der Immobilien geht - genauso fortführen.

Ich möchte einige abschließende Bemerkungen zum allgemeineren Thema der Haushaltspolitik machen. Ich werde dabei vermeiden, allzu viele Details zu sagen, die dann sicher noch die Fachreferenten in der Diskussion der einzelnen Artikel abgeben und die vielen Fragen - ich beziehe mich insbesondere auf jene in Bezug auf die SEL- beantworten werden.

Nur kurz Folgendes! Es ist uns klar, dass dieser Haushalt insgesamt ein Haushalt des Bremsens ist, nicht weil wir in erster Linie bremsen wollen, sondern weil die der Einnahmen des Landes Südtirols insgesamt geringer geworden ist. Unsere Wachstumsdynamik ist geringer geworden und der sogenannte interne Stabilitätspakt, den wir Jahr für Jahr abschließen müssen, ist genau in Richtung Einschränkung der Ausgaben gelaufen. Was heißt das? Das bedeutet, dass wir in der Substanz heuer weniger Geld zur Verfügung haben werden als im vorigen Jahr. Folglich werden wir uns gemeinsam als Abgeordnete dieses Südtiroler Landtages einer völlig neuen Herausforderung stellen müssen. Wenn man weiß, dass eine Reihe von Positionen notwendigerweise und richtigerweise auch heuer wachsen werden, bedeutet das letztlich, dass wir

gemeinsam ein Stoppen oder Reduzieren in anderen Positionen zu verantworten haben. Ich betone "gemeinsam", denn wir müssen vernünftig und verantwortlich mit diesem Geld umgehen. Da werden wir die eine und andere Erwartung in der Bevölkerung nicht mehr in diesem Ausmaß befriedigen können, wie das vielleicht in den vergangenen Jahren der Fall war. Ich glaube aber, dass wir dennoch, im Vergleich zu anderen Regionen in Europa, haushaltspolitisch durchaus solide arbeiten können. Sie wissen, dass wir mit dieser besonders zu bewertenden Ausnahme der SEL-Operation weiterhin ohne Schulden arbeiten werden. Die Orientierung ist, dies auch in den nächsten Jahren so aufrecht zu erhalten.

Eine besondere Erwähnung im Zusammenhang mit dem "gesunden" Landeshaushalt verdient der Bereich der Sanität. Meine Überzeugung ist, dass die Entwicklung der Sanitätspolitik seit Beginn dieser Legislatur eine sehr erfolgreiche war. Das drückt sich auch dadurch aus, dass wir im Unterschied zu früheren Jahren heute keine eigenen Positionen haben, die es nötig machen, im Nachhinein Gelder aufzubringen. Das heißt also, dass wir durchaus gerne die Diskussion im Zusammenhang mit dem zitierten Bericht des Rechnungshofes führen. Der Rechnungshof hat gerade für die abgelaufene Periode der Politik bzw. der Haushaltsgebarung des Landes und ganz besonders auch der Sanitätspolitik der Regierung ein positives Zeugnis ausgestellt. Wir sollen uns darüber freuen. Wir verpflichten uns, in diese Richtung weiterzuarbeiten. Das bedeutet weiterhin Herausforderungen und sehr schwere Entscheidungen, die wir gemeinsam tragen und auf uns nehmen müssen.

In Bezug auf die Steuern möchte ich das Thema der Pass-Maut mit einem Satz ansprechen. Es wäre völlig falsch zu denken, dass es hier um das Ausforschen von neuen Einnahmen geht. Wir führen diese Diskussion der Bemautung der Pässe schon seit Jahren. Es geht um die Frage der Programmierung des Zugangs zu diesen Pässen, es geht um die Frage der nachhaltigen Nutzung dieses besonders verletzlichen Naturraumes. Wir sind davon überzeugt, dass mit diesem finanztechnischen System eine vernünftige Antwort für die heutige Zeit gegeben werden kann. Unter welchen besonderen Bedingungen dies geschieht, werden dann die Ausformung der Norm und die Entscheidung der Landesregierung im Detail erklären.

Abschließend ist die große Frage gefallen: Welche Zukunft werden unsere Investitionen haben, die von öffentlichen Geldern unterstützt bzw. von öffentlichen Geldern angefacht werden? Ich bin ausdrücklich auf der Seite jener, die sich darum sorgen, dass sich dieser sogenannte Investitionsanteil innerhalb der öffentlichen Haushalte reduzieren könnte. Sie wissen allerdings, dass der Prozentsatz im Lande Südtirol momentan traditionell noch relativ hoch ist. Aber es ist evident, dass, wenn sich das Wachstum der Haushalte in Zukunft so verlangsamt, wie sich der heurige Haushalt in seinem Wachstum verlangsamt hat, diese Zielsetzung immer schwerer zu erreichen sein wird. Es steht völlig außer Zweifel, dass von dem Investitionsanteil der öffentlichen Haushalte eine besondere Impulsfunktion für die heimische Wirtschaft ausgeht. Es ist völlig außer Zweifel, dass wir mit diesem Investitionsanteil, der nach wie vor

besonders hoch ist, imstande sind und waren, eine Reihe von Infrastrukturen für die Lebensqualität und Entwicklung der Wirtschaft zur Verfügung zu stellen. Das gilt ganz besonders für derart kritische Fragen wie dem Flugplatz, aber natürlich auch für die Entscheidung, die die Landesregierung für die Heimatstadt der Kollegin Kury getroffen hat. In Meran geht es nicht um den Bau eines Hotels, sondern um die Zukunftsfähigkeit des Kurbades, die das Land Südtirol für die Stadt Meran durch diese außerordentlichen Investitionen und Kapitalaufstockungen seitens des Landes innerhalb der entsprechenden Kapitalgesellschaft, die in der Zwischenzeit gegründet wurde, garantiert hat.

In Anbetracht der Möglichkeit, dass weitere Einzelheiten bei der Behandlung der jeweiligen Kapitel diskutiert und dabei auch die Kenntnis sowie die Informationen der Kollegen der Landesregierung genutzt werden können, darf ich meine Replik schließen. Ich bedanke mich für Ihre Inputs und wünsche mir, dass es letztlich eine große Mehrheit für diese beiden Gesetze geben wird!

PRESIDENTE: Gli ordini del giorno n. 1, 2, 3, 4 e 5 sono ritirati.

Ordine del giorno n. 6 del 17.6.2005, presentato dai consiglieri Leitner e Mair, concernente IRAP.

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 6 vom 17.6.2005, eingebracht von den Abgeordneten Leitner und Mair, betreffend IRAP.

IRAP

Ai sensi del decreto legislativo n. 446 del 15 dicembre 1997, la Provincia autonoma di Bolzano ha la facoltà di regolamentare nell'ambito delle imposte sul reddito le modalità di riscossione, liquidazione e accertamento dell'IRAP nonché il relativo contenzioso. In base all'articolo 16 comma 3 di questo decreto, a partire dal 1° gennaio 2001 la Provincia autonoma di Bolzano poteva aumentare le aliquote fino a un massimo di un punto percentuale.

Nel 1999 il Governo ha presentato una nuova bozza di decreto legislativo, secondo cui anche la Provincia autonoma di Bolzano ha la possibilità, a partire dal 1° gennaio 2000, non solo di aumentare ma anche in generale di modificare le aliquote, il che significa che sarà possibile aumentare o ridurre tali aliquote.

Visto che negli ultimi anni in Italia la pressione fiscale è aumentata più che in qualsiasi altro Paese europeo e considerato che anche in Alto Adige sono previsti ulteriori aumenti delle tasse (copertura previdenziale per non autosufficienti), sarebbe legittimo avvalersi della possibilità di ridurre l'IRAP.

Il gettito dell'IRAP in Alto Adige era il seguente:

1898: 299.043.184,71 €

1999: 285.698.483,57 €

2000: 311.899.274,78 €

2001: 342.200.739,35 €

2002: 350.607.575,01 €

2003: 389.862.267,79 €

Recentemente svariati rappresentanti del mondo economico altoatesino hanno chiesto una riduzione o l'abolizione dell'IRAP, un'imposta che costituisce un ulteriore aggravio anche per i lavoratori dipendenti. Tutto ciò premesso e considerato che sembra necessario ridurre la pressione fiscale sui cittadini,

*IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
impegna*

la Giunta provinciale

a creare i presupposti affinché possa essere applicata al più presto un'aliquota IRAP quanto più bassa possibile e a intervenire presso il Governo per ottenerne l'abolizione.

IRAP

Laut gesetzesvertretendem Dekret Nr. 446 vom 15. Dezember 1997 kann die Autonome Provinz Bozen im Bereich der Einkommenssteuer die Modalitäten zur Einhebung, Abrechnung und Feststellung der IRAP-Steuer sowie die dazugehörige Steuergerichtsbarkeit regeln. Art. 16 Abs. 3 dieses Dekretes erlaubte der Autonomen Provinz Bozen ab 1. Jänner 2001 die Steuersätze bis zu einem Punkt zu erhöhen.

Im Laufe des Jahres 1999 legte die staatliche Regierung den Entwurf für eine neuerliche gesetzesvertretende Verordnung vor, welche auch für die Autonome Provinz Bozen die Möglichkeit vorsieht, ab 1. Jänner 2000 eine allgemeine Abänderung der Sätze und nicht nur eine Erhöhung der Hebesätze festzulegen. Dies bedeutet, dass die Möglichkeit besteht, die Sätze nach oben oder nach unten abzuändern.

Die Tatsache, dass der Steuerdruck in Italien im europäischen Vergleich in den letzten Jahren am stärksten zugenommen hat und der Umstand, dass mit weiteren Steuererhöhungen auch in Südtirol zu rechnen ist (Pflegeversicherung), rechtfertigen eine Verminderung der IRAP.

Das Steueraufkommen für die IRAP in Südtirol betrug:

1998: 299.043.184,71 €

1999: 285.698.483,57 €

2000: 311.899.274,78 €

2001: 342.200.739,35 €

2002: 350.607.575,01 €

2003: 389.862.267,79 €

Letzthin haben mehrere Vertreter der Südtiroler Wirtschaft eine Reduzierung bzw. die Abschaffung der IRAP verlangt. Auch für die Lohnabhängigen stellt sie eine zusätzliche Belastung dar.

Dies vorausgeschickt und festgestellt, dass eine steuerliche Entlastung für die Bürger notwendig erscheint,

verpflichtet

DER SÜDTIROLER LANDTAG,

die Landesregierung

die Voraussetzungen dafür zu schaffen, die IRAP zum ehest möglichen Zeitpunkt im niedrigst möglichen Ausmaß anzuwenden und sich bei der italienischen Regierung für deren Abschaffung einzusetzen.

La parola al consigliere Leitner per l'illustrazione.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Präsident! Wir versuchen einen erneuten Anlauf, um die Landesregierung dazu zu bewegen, die IRAP um einen Prozentpunkt zu senken, was im Ermessensspielraum der Autonomen Provinz Bozen wäre. Ich möchte mich hier sehr, sehr kurz halten, weil wir bereits in der Generaldebatte darauf hingewiesen haben. Wir haben dies in der Vergangenheit immer wieder vorgebracht, aber es hat sich eigentlich nichts geändert, außer dass sich die Situation für die Wirtschaft insgesamt verschlechtert hat. Gerade gestern hat sich anlässlich der Jubiläumsveranstaltung des Unternehmersverbandes - des ehemaligen Industriellenverbandes - in Meran die Gelegenheit geboten, auf diese Problematik hinzuweisen. Davon ist ausgiebig Gebrauch gemacht worden, allem voran vom Präsidenten der Confindustria, Herrn Montezemolo. Aber auch die Wirtschaftstreibenden im Lande selber üben seit einigen Monaten massiv Druck auf die Politik aus, diesem Anliegen endlich Rechnung zu tragen. Wir Freiheitliche sind von je her davon überzeugt, dass es sich um eine ungerechte Steuer handelt. Der Europäische Gerichtshof wird diese Steuer möglicherweise als ungesetzlich erklären. Dann fragt man sich natürlich, was geschehen wird. Es sieht so aus, als ob diese Steuer vom Europäischen Gerichtshof als illegal erklärt werden wird. Der Landesrat nickt und stimmt mir zu.

Ich wiederhole, was ich in der Generaldebatte gesagt habe. Nun wird die Gegenfrage kommen, wie wir den Ausfall ausgleichen können, sollte diese Steuer reduziert werden. Natürlich muss man der Wirtschaft auch klarmachen, dass in diesem Fall die Subventionen gekürzt werden. Die Wirtschaft ist meines Wissen damit einverstanden, weniger Subventionen zu bekommen, wenn sie gleichzeitig weniger Steuern bezahlen muss. Das ist - wie gesagt - dieser Teufelskreis, den wir in Südtirol alle kennen. Wenn die IRAP in letzter Zeit als "Arbeitsplatzvernichtungsinstrument" bezeichnet worden ist, dann muss man hier sehr vorsichtig sein. Sollte diese Steuer weiterhin aufrecht bleiben, wäre das ein Grund zur Abwanderung. Man hätte damit ein Druckmittel, mit dem man drohen könnte, wenn bestimmte Gründe nicht ausgewiesen werden. Aber diese Begründung ist nicht stichhaltig, weil wir ja Vollbeschäftigung haben und für zusätzliche Gewerbegebiete zusätzliche Arbeitskräfte bräuchten, die wir nicht haben. Dafür müssten also Einwanderer angeworben werden, mit all den Folgewirkungen, die bekannt sind. Ich bin froh darüber, dass wir mit dieser These nicht alleine dastehen. Der Landeshauptmann selber hat heuer in einem Interview einmal gesagt, dass das Ausweisen neuer Gewerbezone nicht sinnvoll ist, weil wir dann wieder Einwanderer beschäftigen müssten. Daraufhin wurde er von einer italienischen Tageszeitung des Rassismus bezichtigt. Ich habe ihm dann gesagt: Willkommen, Herr Landeshaupt-

mann, im Club der Rassisten! Jeder, der hier eine kritische Meinung äußert, ist sofort ein Rassist, nur weil er Probleme aufzeigt, die mit der Einwanderungsproblematik verbunden sind. Es ist bekannt, dass wir in bestimmten Bereichen Ausländer brauchen.

Die IRAP ist eine ungerechte Steuer, weil sie wettbewerbsverzerrend ist. Sie wird in anderen Staaten der Europäischen Union nicht eingehoben. Dort gibt es keine zusätzliche Steuer in diesem Sinne. Folglich stellt die Einhebung der IRAP eine grobe Wettbewerbsverletzung dar. Deshalb wird der Europäische Gerichtshof nicht umhinkommen, diese Steuer als illegal zu erklären.

In den letzten Monaten hat der italienische Ministerpräsident Berlusconi mehrmals angekündigt, die IRAP abschaffen zu wollen. Jetzt sieht es danach aus, als ob das doch nicht geschehen würde, weil es zum gegebenen Zeitpunkt nicht mehr möglich sei. Wir werden aber nicht umhinkommen, sie mittelfristig abzuschaffen. Ich denke, dass es dazu kommen wird, spätestens dann, wenn das Urteil des EuGH vorliegt. Mit diesem Beschlussantrag geht der Appell an die Autonome Provinz Bozen, von ihrer Möglichkeit Gebrauch zu machen, die IRAP um einen Prozentpunkt zu senken. Damit kommen wir nicht nur dem Wunsch der Unternehmer nach, sondern auch einer wirtschaftspolitischen Verpflichtung. Wir würden damit die Wirtschaft ankurbeln. Dieser Akzent stellt eine Gegentendenz zu dem dar, was letztlich alle beklagen: hohe Steuerbelastung, niedrige Löhne und dergleichen mehr! Ich glaube, dass es an der Zeit ist, diese Steuer abzuschaffen. Ich weiß, dass die Landesregierung oft lange braucht, bis sie einsieht, dass vielleicht auch von einer anderen Seite eine gute Idee kommen kann. So ist es beispielsweise bei der Einführung des Kindergeldes geschehen, wo man jahrelang die Werbetrommel rühren musste, um Einsicht zu bewirken. Ich hoffe, dass die Landesregierung einsehen wird, wie wichtig und notwendig es ist, diese Maßnahme zu treffen.

FRICK (Landesrat für Handwerk, Industrie, Handel sowie Finanzen und Haushalt - SVP): Viele in diesem Haus teilen die Auffassung, dass die IRAP eine ungute Steuer ist. Ich gehe weiter und behaupte, dass die IRAP mit dem Gemeinschaftsrecht nicht kompatibel ist. Die Forderungen des Generalanwaltes am Europäischen Gerichtshof gehen eindeutig in diese Richtung. Italien bereitet sich konkret auf die Annullierung dieser Steuer vor. Parallel dazu kennen wir die Bemühungen des italienischen Staates und insbesondere der jetzigen Regierung, dieser Situation Parole zu bieten. In meiner Anwesenheit ist vom Ministerpräsidenten angekündigt worden, dass im Laufe des heurigen Jahres entsprechende Maßnahmen getroffen würden. Ich glaube, dass das im Rahmen des Dpf, welches in diesen Tagen vorgestellt wird, noch einmal bestätigt wird. Dieses Bild wird uns geboten. Eine inhaltlich besondere Problematik dieser IRAP ist der Umstand, dass ein Teil der Bemessungsgrundlage nicht etwa das Einkommen, die Gewinne oder eine derartige Größe, sondern tatsächlich die Personalkosten sind. Infolgedessen kann man durchaus sagen, dass sich diese Steuer nicht so sehr investitionshemmend, sondern vor allem arbeitsplatzvernichtend aus-

wirkt. Das ist der kritische Teil. Wir nehmen dazu die Position ein, dass es Aufgabe des Staates ist, hier nach dem Rechten zu sehen. Die Position der Regionen Italiens, die auch mit unserem Zutun erarbeitet wurde - diese Position ist bereits im Konflikt gegenüber der Regierung vertreten worden -, lautet folgendermaßen: Die IRAP gehört abgeschafft bzw. muss Stück für Stück abgeschafft werden. Über ein Umlageverfahren aus dem Staatshaushalt sollte der Verlust, den die verschiedenen Regionen und somit auch die beiden Provinzen Bozen und Trient haben werden, absorbiert bzw. dazu eine Gegenmaßnahme geschaffen werden. Ich darf Ihnen mitteilen, dass die Regierung diese Forderung der Regionen nicht partout ablehnt, sondern - im Gegenteil - angedeutet hat, sie würde einen eigenen Fonds schaffen, aus dem Ausgleichszahlungen an die Regionen getätigt werden. Es geschieht also nicht über den Sanitätsfonds - dies wäre für uns ein Reifall -, sondern es wird ein eigener Fonds geschaffen, an dem wir als Autonome Provinz beteiligt sind.

All das zusammengefasst, möchte ich vom Taktischen her sagen, dass wir uns jetzt nicht rühren sollten. Wir gehen mit dieser Position weiter in die Verhandlungen. Wir werden weitere Entscheidungen landesgesetzlicher Natur erst dann treffen, sobald wir die Rahmenbedingungen auf staatlicher Ebene kennen. Das bedeutet für mich, dass der vorliegende Beschlussantrag nicht genehmigt werden soll.

PRESIDENTE: Passiamo alla votazione: con 9 voti favorevoli e 12 voti contrari l'ordine del giorno n. 6 è respinto.

Ha chiesto di intervenire la collega Mair sull'ordine dei lavori, ne ha facoltà.

MAIR (Die Freiheitlichen): Herr Präsident, wir ziehen die Tagesordnungen Nr. 7, 8 und 9 zurück!

PRESIDENTE: Gli ordini del giorno n. 7, 8 e 9 sono ritirati.

Ordine del giorno n. 10 del 17.6.2005, presentato dai consiglieri Leitner e Mair, concernente assegno per l'assistenza ai figli.

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 10 vom 17.6.2005, eingebracht von den Abgeordneten Leitner und Mair, betreffend Kinderscheck - Kinderbetreuungsgeld.

Assegno per l'assistenza ai figli

Nel gennaio 2001 il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano ha incaricato la Giunta provinciale di esaminare, se è fattibile e ha un senso introdurre in Alto Adige un assegno per l'assistenza ai figli. Per i Freiheitlichen si tratta di una richiesta di vecchia data. Da qualche tempo sempre più associazioni si stanno impegnando in questa direzione. Si tratta di una misura di politica familiare, il cui scopo è quello

di permettere alle famiglie di poter scegliere liberamente la migliore assistenza per i propri figli. Come tutti sanno, diventa sempre più difficile conciliare famiglia e lavoro. Inoltre va agevolato il reinserimento nel mondo del lavoro dopo l'assenza prolungata per la nascita di un figlio.

L'introduzione di un assegno per l'assistenza ai figli è anche un requisito fondamentale, affinché il desiderio di avere un figlio non diventi un lusso. Naturalmente sono necessarie anche altre misure per creare un clima più favorevole per una società a misura di bambino.

Premesso che con il bilancio 2005 per la prima volta è stato introdotto il cosiddetto assegno di educazione e nella convinzione che nei prossimi anni gli importi da erogare andranno aumentati,

**IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
impegna**

la Giunta provinciale

a creare i presupposti, affinché il bilancio 2006 e i bilanci degli anni successivi prevedano un aumento dell'assegno di educazione, quale sostegno generale alle famiglie per i figli fino al loro terzo anno di età, per fare in modo che entro la legislatura in corso arrivi a 450 euro mensili.

Kinderscheck - Kinderbetreuungsgeld

Der Südtiroler Landtag hat im Jänner 2001 die Landesregierung beauftragt, zu prüfen, ob die Einführung eines Kinderschecks in Südtirol machbar und sinnvoll ist. Für die Freiheitlichen ist die Einführung eines Kinderbetreuungsgeldes eine altbekannte Forderung. Seit einiger Zeit setzen sich immer mehr Vereine und Verbände für dieses Ziel ein. Beim Kindergeld handelt es sich um eine familienpolitische Maßnahme, die es den Familien erlauben soll, die beste Kinderbetreuung frei wählen zu können. Es wird bekanntlich immer schwieriger, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Auch der Wiedereinstieg ins Berufsleben nach einer Babypause muss erleichtert werden.

Die Einführung eines Kinderbetreuungsgeldes ist auch eine Grundvoraussetzung, dass der Kinderwunsch nicht zum Luxus wird. Selbstverständlich braucht es auch weitere Maßnahmen, um ein besseres Klima für eine Gesellschaft mit Kindern zu schaffen.

Vorausgeschickt, dass mit dem Haushalt 2005 erstmals ein so genanntes Kindergeld eingeführt wurde und überzeugt, dass die auszahlenden Beträge in den kommenden Jahren erhöht werden sollen,

verpflichtet

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung,

die Voraussetzungen dafür zu schaffen, damit mit dem Haushalt 2006 und mit den nachfolgenden Haushalten das Kinderbetreuungsgeld als allgemeine Familienleistung für Kinder bis zum dritten Lebensjahr angehoben wird, um innerhalb der laufenden Legislaturperiode 450 Euro monatlich zu erreichen.

La parola alla consigliera Mair per l'illustrazione.

MAIR (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Präsident! Ich denke, dass zum Beschlussantrag selbst nicht mehr viel zu sagen ist. Das Thema der Familie war eigentlich Kernthema meiner Generaldebatte. Wir schlagen deswegen 450 Euro pro Monat vor, weil dieser Betrag derzeit auch in Österreich ausbezahlt wird. Unsere Argumentation in diese Richtung ist klar. Es geht nicht um eine sozialpolitische Maßnahme, sondern um eine familienfördernde Maßnahme. Ich habe heute anlässlich der Haushaltsgeneraldebatte bereits meinen Beitrag abgegeben. Was die Landesregierung jetzt beschlossen hat - ich beziehe mich jetzt lediglich auf diese 80 Euro monatlich -, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Der Landeshauptmann hat damals schon erkannt, dass diese Art von Familienpolitik richtig wäre. 80 Euro pro Monat sind allerdings viel zu wenig. Ich bin der Meinung, dass man so keiner Frau die Wahlfreiheit gibt, ob sie zuhause bleiben oder weiterhin zur Arbeit gehen soll. Das Hauptproblem ist, dass man die geringe Geburtenrate mit dem monatlichen Beitrag von 80 Euro nicht nach oben kurbeln kann.

Schon zu Beginn unseres Vorschlages haben sich sehr viele Verbände in Südtirol auf unsere Seite geschlagen. Diese haben sich öffentlich immer wieder dahingehend geäußert, dass es sinnvoll ist, den Familien das Geld direkt als finanzielle Unterstützung zu geben. Ich habe heute in der Dolomiten gelesen, dass man von einem sogenannten "Run auf das Familiengeld" spricht. Bereits in einer Woche sind über 2.500 - wenn ich mich richtig erinnere - Ansuchen gestellt worden. Das ist ein Zeichen dafür, dass die Leute das Geld wirklich brauchen, auch wenn es im Moment nur 80 Euro sind. Mit unserem Vorschlag von 450 Euro wäre den Leuten sehr wohl geholfen. Man könnte dadurch auch die Kaufkraft ankurbeln.

KLOTZ (UFS): Ganz kurz! Über dieses Thema haben wir häufig gesprochen. Ich bedauere, dass keine soziale Bindung vorhanden ist bzw. es keinen Einkommensbezug gibt. Dieser Beitrag - wie immer man ihn nennen will -, der jetzt ausbezahlt wird, findet nicht meine Zustimmung. Die Einkommensgrenze, die dabei gesetzt wurde, ist sozial nicht verträglich. Ich bin der Meinung, Beiträge bzw. öffentliche Gelder sollten stets an die jeweiligen Einkommen gebunden sein. Die reicheren Familien brauchen für ihre Kinder keine öffentlichen Beiträge. Ich finde, dass die von der Landesregierung eingeschlagene Richtung nicht richtig ist. Ich würde jegliche andere Maßnahmen, Kinderscheck usw., immer an eine Einkommensgrenze koppeln. Deswegen werde ich mich zu diesem Beschlussantrag der Stimme enthalten.

Feststeht, dass den Familien, die sich sehr schwer tun, geholfen werden muss. Um den ärmeren Familien helfen zu können, muss man auf der anderen Seite Grenzen setzen. Wenn wir die Reichen mitfördern, geht das auf Kosten der Armen.

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo Verde - Grupa Vërda): Herr Präsident! Auch wir können diesen Beschlussantrag nur begrenzt nachvollziehen. Kollegin Mair, ich denke, an diesem Beschlussantrag wird einigermaßen deutlich, was uns in sozialpolitischer Hinsicht trennt. Wir teilen selbstverständlich die von dir ausgesprochene Einschätzung, dass die finanzielle Förderung nach wie vor auf einem relativ niedrigen Niveau ist, keine Frage. Sie ist vor allem sozial - wie es euer früherer Vorsitzender gesagt hat - nicht völlig treffsicher. Sie trifft vor allem relativ gleichförmig, was nicht gleichförmig behandelt werden kann, Arm und Reich gleichermaßen. Allerdings sind wir der Meinung, dass neben dieser demographischen Komponente, die hier sehr stark eine Rolle spielt, euer Vorschlag zweifellos einen geburtenfördernden Einschlag hat. Wir sind der Meinung, dass der demographische Gesichtspunkt hinter dem sozialpolitischen zurückstehen sollte. Kinder- und Familienförderung sollte unserer Ansicht nach vor allem die Gleichberechtigung von Mann und Frau zum Ziel haben sowie die Berufstätigkeit der Frau ermöglichen. Deswegen sind wir für das Strukturförderungsprinzip. Wir kennen unsere gegenseitigen Einschätzungen und Perzeptionen. Wir teilen einerseits sehr wohl die Einschätzung, dass das, was bis jetzt gekommen ist, noch relativ wenig und vor allem sozial nicht treffsicher ist. Aber andererseits sind wir der Meinung, dass eine Strukturförderung sehr wohl gute Effekte zeigt, wie es vor allem in skandinavischen bzw. nordischen Ländern der Fall ist. Deswegen denken wir, dass dieses zielgerichtete "Darauf-Lossteuern" auf mehr Geld nicht zum Ziel führt, sondern eine gekoppelte, sehr sorgfältige Abwägung zwischen Geldförderung und Strukturförderung der richtige Weg wäre. Deswegen werden wir uns zu diesem Beschlussantrag als freundliche Geste der Stimme enthalten.

MINNITI (AN): Questo ordine del giorno può essere condiviso anche da Alleanza Nazionale per quanto ci possano essere delle informazioni fuorvianti. Quando si parla di assegno per l'assistenza ai figli, io parlerei di sostegno alle famiglie, per creare i presupposti affinché i figli stessi possano avere quelle opportunità che molte, forse troppe famiglie altoatesine rischiano di non avere in questi ultimi anni. Crediamo che l'assegno per il sostegno dei figli, quindi delle famiglie, sia un intervento che questa Provincia si potrebbe permettere, anche aumentandone l'entità, visto e considerato il bilancio stesso di questa Provincia. Proprio stamattina, in occasione del dibattito generale, abbiamo sottolineato come in moltissime circostanze questa Provincia abbia potuto spendere dei soldi ma non abbia sempre saputo spendere bene i soldi. Quindi potere e sapere spendere i soldi. Laddove noi riscontriamo un sostegno maggiore alle famiglie, ebbene, crediamo che i soldi debbano essere spesi. Non per nulla Alleanza Nazionale ha presentato dei disegni di legge a sostegno delle famiglie, a tutela dei minori e visto che questo ordine del giorno mira proprio ai minori, lo condividiamo. Avremmo magari maggiormente gradito che questo tipo di interventi avvenisse sulla base dei redditi delle famiglie, quindi scaglionato piuttosto che in un'entità uguale per

tutti, perché bisogna sì intervenire, ma maggiormente dove la famiglia ha necessità maggiori.

THEINER (Landesrat für Gesundheit und Sozialwesen - SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir werden immer wieder mit dieser Thematik befasst werden. Sie wissen, dass wir in den vergangenen Monaten sowohl im Landtag als auch im Regionalrat die Voraussetzungen geschaffen haben, damit Familien effektiv unterstützt werden können. Dies war bisher schon der Fall und jetzt ist eine Menge dazugekommen. Wir haben uns darauf geeinigt, einen Mix von Leistungen, in erster Linie Dienstleistungen, aber auch Unterstützung finanzieller Art anzubieten. Es ist nicht richtig, wenn man hier einen einzigen Punkt - diese 80 Euro - immer wieder herausnimmt und sagt, dass dieser Betrag an und für sich nichts bewirken würde. Man muss es im Gesamten sehen! Man muss anerkennen, dass wir uns alle gemeinsam darum bemüht haben, ein Angebot zu machen, das sich nicht darauf beschränkt, diese oder jene Gruppierung zu unterstützen, sondern es an die gesamte Gesellschaft richten. Wir haben abgewogen, wo die Dienstleistungen richtig sind und wo sie forciert werden sollten, egal, ob das jetzt die Kleinkinderbetreuung oder die Nachmittagsbetreuung in Kindergärten und Schulen betrifft. Letzteres könnte Kollege Saurer näher ausführen. Gerade wenn wir an die Region denken, können wir feststellen, dass hier das regionale Familiengeld sehr stark aufgestockt wurde. Wie Kollegin Klotz angemahnt hat, ist es einkommens- und vermögensgebunden. Zusätzlich werden auf Landesebene noch 80 Euro gewährt. Wie gesagt, man muss alles im Gesamten sehen. Meiner Meinung nach ist es richtig, wenn wir abwarten, welche sozialpolitischen Auswirkungen diese Maßnahmen haben werden. Das wird natürlich verfolgt. Wir können aber nicht gleich nach der Verabschiedung des Gesetzes wieder etwas Neues beschließen. Gerade kinderreiche Familien haben mit dieser bemerkenswerten Anhebung des regionalen Familiengeldes eine sehr, sehr starke Aufwertung erfahren. Insgesamt können wir feststellen, dass sich diese familienpolitischen Maßnahmen auch aus dem Blickwinkel des Sozialen durchaus sehen lassen können. Aber - wie gesagt - man muss das Gesamte sehen!

PRESIDENTE: Metto in votazione l'ordine del giorno n. 10: respinto con 6 voti favorevoli, 5 astensioni e i restanti voti contrari.

Ordine del giorno n. 11 del 20.6.2005, presentato dal consigliere Pöder, concernente assegno al nucleo familiare - erogazione retroattiva dal 1° gennaio 2005.

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 11 vom 20.6.2005, eingebracht vom Abgeordneten Pöder, betreffend Landeskindergeld - rückwirkende Auszahlung ab 1. Jänner 2005.

*Assegno al nucleo familiare -
erogazione retroattiva dal 1° gennaio 2005*

Con la legge finanziaria provinciale 2005 è stato introdotto il cosiddetto assegno al nucleo familiare destinato alla cura e all'educazione dei figli. Il nuovo articolo 23-ter della legge provinciale 21 dicembre 1987, n. 33 prevede l'introduzione dell'assegno al nucleo familiare a partire dal 1° luglio 2005. L'assegno dovrebbe essere pari a 80 euro al mese ed essere erogato alle famiglie che non superano un reddito di 80.000 euro.

Tenuto conto dell'alto costo della vita e delle notevoli spese che gravano sulle famiglie, l'importo di 80 euro sembra essere molto basso. Inoltre il limite di 80.000 euro è molto alto.

Da più parti è stata anche criticata la decorrenza dell'erogazione dell'assegno e chiesta una erogazione retroattiva a partire dal 1° gennaio 2005.

L'importo e il limite di reddito possono essere modificati solo con legge, mentre l'erogazione retroattiva può essere disposta mediante deliberazione del Consiglio provinciale che contenga un relativo invito alla Giunta provinciale.

Un tanto premesso,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

delibera quanto segue:

1. Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano sollecita la Giunta provinciale a liquidare l'assegno al nucleo familiare agli aventi diritto in modo retroattivo a partire dal 1° gennaio 2005.

2. La Giunta provinciale è incaricata di garantire che l'assegno al nucleo familiare venga erogato alle persone aventi diritto senza adempimenti burocratici e senza che esse debbano presentare domanda.

3. Il Consiglio provinciale si esprime a favore di una modifica delle norme in materia di assegno al nucleo familiare destinato alla cura e all'educazione dei figli che tenga conto dei seguenti principi:

- L'assegno è stabilito nella misura minima di euro 80 al mese e spetta per ogni figlio dalla nascita fino al compimento del terzo anno di età, se convivente con il genitore o con i soggetti affidatari. Per i figli adottivi, il periodo dei tre anni di godimento dell'assegno decorre dalla data di adozione.*
- Ha diritto all'assegno il genitore residente nella provincia di Bolzano, cittadino italiano o di uno stato membro dell'UE. Hanno diritto altresì all'assegno i cittadini stranieri extracomunitari residenti in provincia da almeno cinque anni e che nel corso di questi cinque anni abbiano svolto per almeno quattro anni un lavoro autonomo o dipendente in Alto Adige.*
- L'assegno è commisurato al reddito e al numero dei figli e il suo ammontare viene adeguato annualmente all'indice ISTAT; ai fini della definizione dei parametri di calcolo e della determinazione del reddito massimo ammissibile si applicano i criteri per la valutazione del reddito e le fasce di reddito vigenti per l'edilizia abitativa agevolata.*

*Landeskindergeld - rückwirkende Auszahlung ab 1. Jänner 2005
Landeskindergeld bzw. Kinderbetreuungsgeld eingeführt. Der neu
eingeführte Art. 23-ter des Landesgesetzes vom 21. Dezember 1987,
Nr. 33 sieht die Einführung des Landeskindergeldes ab dem 1. Juli
2005 vor. Das Landeskindergeld soll 80 Euro monatlich betragen und
bis zu einer Einkommensgrenze von 80.000 Euro ausgezahlt werden.
Angesichts der hohen Lebenshaltungskosten und hohen Belastungen
für die Familien, erscheint der Betrag 80 Euro sehr gering. Zudem ist
die 80.000-Euro-Einkommensgrenze hoch angesetzt.
Vielfach wurde auch das Startdatum des Landeskindergeldes ange-
zweifelt und eine rückwirkende Auszahlung ab 1. Jänner 2005 gefor-
dert.*

*Für die Änderung des Betrages und der Einkommensgrenze bräuchte
es eine Gesetzesänderung, für die rückwirkende Auszahlung reicht
ein Beschluss des Landtages mit der entsprechenden Aufforderung
an die Landesregierung aus.*

Dies vorausgeschickt,

beschließt

DER SÜDTIROLER LANDTAG:

- 1. Der Südtiroler Landtag fordert die Landesregierung auf, die Auszahlung des Landeskindergeldes an die Anspruchsberechtigten rückwirkend ab dem 1. Jänner 2005 vorzunehmen.*
- 2. Die Landesregierung wird beauftragt, die Auszahlung des Landeskindergeldes möglichst unbürokratisch und ohne Antragsstellung der bezugsberechtigten Personen bzw. Familien zu ermöglichen.*
- 3. Der Landtag spricht sich für die Änderung der Bestimmungen zum Landeskindergeld unter Berücksichtigung folgender Grundsätze aus:*
 - Das Kinderbetreuungsgeld wird für jeden Monat auf mindestens 80 Euro festgelegt und steht für jedes Kind bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres zu, vorausgesetzt es lebt mit dem betreffenden Elternteil beziehungsweise mit den Pflegeeltern zusammen. Für Adoptivkinder beginnt der dreijährige Bezugszeitraum mit der Adoption.*
 - Anspruchsberechtigt ist jener Elternteil, der die italienische oder die EU-Staatsbürgerschaft besitzt sowie den Wohnsitz in Südtirol hat. Außerdem sind anspruchsberechtigt Nicht-EU-Bürger, die seit mindestens fünf Jahren in Südtirol ansässig sind und in mindestens 4 dieser fünf Jahre einer selbständigen oder unselbständigen Arbeit in Südtirol nachgegangen sind.*
 - Das Kinderbetreuungsgeld wird gestaffelt nach Einkommen und Zahl der Kinder ausgezahlt; die Höhe des Landeskindergeldes wird jährlich an den Istat-Index angepasst; für die Bemessungsgrundlage und Festsetzung der Höchsteinkommensgrenze werden die für die Wohnbauförderung vorgesehenen Einkommenskriterien und -stufen herangezogen.*

La parola al consigliere Pöder per l'illustrazione.

PÖDER (UFS): Vielen Dank, Herr Präsident! Wir haben darüber bereits in der Gesetzgebungskommission geredet. Ich habe Zusatzartikel zum Gesetzentwurf eingebracht, die jedoch im Landtag nicht mehr behandelt werden können, da sie in der Gesetzgebungskommission abgelehnt wurden. Die rückwirkende Auszahlung wurde bei Stimmengleichheit mit der Stimme des Vorsitzenden abgelehnt. Ebenso wurde die Änderung der Kriterien abgelehnt. Man wird mir jetzt sagen, dass wir diese Kriterien nicht mehr ändern können, da die ganze Angelegenheit schon seit 1. Juli in Kraft sei, die ersten Ansuchen schon gestellt worden seien. Ich glaube schon, dass wir es nachbessern könnten. Gesetze werden ständig nachgebessert. Das Landesraumordnungsgesetz wurde in den letzten Jahren 34 Mal nachgebessert, und zwar für seine kleinen Lobbys. Teilweise wurde das Raumordnungsgesetz für Ein-Mann-Lobbys - wenn man das so sagen kann - in wesentlichen Punkten abgeändert. Folglich könnten wir hier einen Gesetzespassus, der Tausende Südtiroler Familien betrifft, ohne weiteres nachbessern bzw. ändern. Wir könnten mit einer Tagesordnung andere Grundsätze beschließen.

Was ich für falsch halte, Herr Landesrat, ist, dass man am 21. Dezember 2004 - wenn ich mich nicht irre - eine familien- bzw. sozialpolitische Maßnahme beschließt, in einem Land, das von den Ausmaßen und von der Einwohnerzahl her recht bescheiden ist, sechs Monate lang keine Auszahlung tätigt und die Wirksamkeit des Gesetzes mit 1. Juli 2005 laufen lässt. Sozusagen fällt alles, was in diesen sechs Monaten war - denken wir an Familien, deren Kinder beispielsweise erst vor zwei Wochen das dritte Lebensjahr vollendet haben -, durch den Rost. Das ist nicht richtig. Wenn man eine Gesetzgebungsmaßnahme in diesem Ausmaß beschließt, dann muss man sie sobald wie möglich anlaufen lassen. Man kann nicht hergehen und sagen: "Schaut einmal sechs Monate lang, wie euch das Geld durch die Finger geht" und erst nach sechs Monaten beginnt man dann mit der Auszahlung. Das kann man in vielen anderen Bereichen tun, aber nicht mit einer familienpolitischen Maßnahme! In den letzten sechs Monaten sind eine ganze Reihe von Familien durch den Rost gefallen. Das könnte jetzt noch korrigiert werden. Man könnte immer noch eine rückwirkende Auszahlung vornehmen. Dafür bräuchte es nur eine geringfügige Änderung. Ich denke, dass eine Auszahlung rückwirkend ab dem ersten Jänner 2005 gerechtfertigt wäre, und zwar sowohl für all jene, die immer noch anspruchsberechtigt sind, als auch für jene, die in den letzten sechs Monaten anspruchsberechtigt waren.

Als nächsten Punkt möchte ich die unbürokratische Vorgangsweise ansprechen. Man sagt, dass die Ansuchen bereits laufen. Das wird natürlich ein Punkt sein, den wir jetzt kaum noch ändern können. Ich habe auch nicht verstanden, als uns in der Kommission von Seiten des Landesrates Dr. Frick erklärt wurde, warum hier nicht eine unbürokratische Vorgangsweise gewählt werden konnte. Es muss doch feststellbar sein, wer anspruchsberechtigt ist, wenn die diesbezüglichen Daten vorliegen. Warum muss man für den Beitrag von 80 Euro monatlich auch noch eine ganze Reihe von bürokratischen Hürden über sich ergehen lassen?

Ein wesentlicher Punkt sind natürlich die Kriterien, die festgesetzt wurden. Sie haben bereits vorhin erwähnt, dass wir das bereits Beschlossene jetzt nicht mehr ändern könnten. Selbstverständlich! Als Gesetzgebungsorgan müssen wir dies sogar tun, wenn wir zur Einsicht gelangen, dass eine andere Lösung vernünftiger wäre. Wir zahlen heute einer reichen Familie mit einem Kleinkind gleichviel wie einer ärmeren Familie mit drei Kindern, wovon ein Kind nicht älter als 3 Jahre ist. Das ist nicht richtig. Was meinen Sie, wie sich jene Familie fühlt, die am Existenzminimum lebt, wenn sie sieht, dass sie 80 Euro pro Monat erhält, während die andere, reiche Familie ebensoviel bekommt? Das ist nicht in Ordnung. Die Reichen werden dadurch nicht reicher und den Armen ist mit diesen 80 Euro nicht geholfen. Es ist keine Frage der Ideologie und keine Frage der Parteimeinungen. Wir haben bereits in einer ganz anderen Situation, beispielsweise im Bereich der Wohnbauförderung, Einkommensgrenzen, die, auch wenn man daran die eine oder andere Kritik üben könnte, recht vernünftig bemessen sind. Deshalb sollten wir ehrlicherweise und anständigerweise sagen: Nehmen wir diese Maßnahme als Grundlage her, welche ja bereits als Grundlage für andere Förderungsmaßnahmen gilt, beispielsweise für Studiengelder und dergleichen! Nehmen wir diese Kriterien, die Einkommensgrenzen bzw. Stufen als Grundlage für das Landeskindergeld! Senken wir die Obergrenze - diese wäre dann automatisch sehr viel niedriger angesiedelt - und legen fest, dass mindestens 80 Euro ausbezahlt werden! Das ist in diesem Beschlussantrag ganz klar formuliert. Man könnte es natürlich auch höher ansetzen. Gestaffelt bedeutet in diesem Zusammenhang natürlich, dass die unteren Einkommensgrenzen wesentlich mehr erhalten als 80 Euro. Das wäre dann gemeinsam mit der durchaus akzeptablen Regelung per Regionalgesetz wirklich eine Hilfe. So ist es mehr ein Hohn für all jene, die das Geld brauchen, und lächerlich für diejenigen, die es nicht benötigen. Ich hoffe, dass nicht viele von jenen, die an dieser oberen Einkommensgrenze liegen, hier noch den Antrag stellen werden. Ich glaube es nicht unbedingt. Aber - wie gesagt - wir sollten hier darüber nachdenken, ob das, was wir hier gemacht haben, gerecht ist oder nicht. Es wurde mit den Stimmen der Mehrheit beschlossen. Der Mehrheit obliegt es auch, dies zu korrigieren. Das wäre wirklich ein sinnvoller Beitrag für die Familienpolitik. Ihr müsstet wenschon Plakate aufhängen, auf denen gezeigt wird, dass man jemandem, der vor einem großen, dicken Mercedes steht und viel Geld in den Taschen hat, noch 80 Euro zusteckt! Das müsste dann euer Parteiplakat bzw. eure Parteiwerbung für die Familienpolitik zeigen! Den Reichen etwas zustecken und den Armen im Prinzip nichts geben! Worin soll eine solche Hilfe bestehen?

LEITNER (Die Freiheitlichen): Herr Präsident! Dieser Antrag beinhaltet das gleiche Thema wie das vorher behandelte. Wir stimmen selbstverständlich für diesen Antrag, wenn es um die rückwirkende Auszahlung geht. So haben wir es eigentlich alle verstanden, als wir das Gesetz gemacht haben. Nur weil man mit dem Regionalgesetz in Verzug war, hat man die Begründung abgegeben, man möchte mit beiden Ge-

setzen gleichzeitig starten. Dies auch deshalb, weil man es vereinheitlicht hat. Die Auszahlung erfolgt über das gleiche Amt. Das ist für mich kein Grund, die ersten sechs Monate zu streichen. Damit haben die Einbringer hundertprozentig Recht. Das haben wir immer vertreten, aber auch die Regierung hat dies eigentlich bei der Fassung des Gesetzes so gesagt. Es hat sich nur deshalb geändert, weil - wie gesagt - die Region in Verzug war.

An diesem Punkt möchte ich erneut etwas in Erinnerung rufen. Man vermischt hier zwei Dinge. Die Region hat einen sozialen Auftrag zu erfüllen. Das, was die Region ausbezahlt, ist soziales Geld. Dabei sind die Einkommensgrenzen vollkommen richtig. Unser Verständnis vom Kindergeld, wie wir immer gemeint haben, ist der sogenannte Kinderscheck. Dabei handelt es sich um eine familienpolitische und nicht mehr um eine soziale Maßnahme. Ich befürchte, dass man hier einen Bürokratismus aufbauen wird. Es gibt immer die Schlaunen. Ich weiß nicht, ob die wirklich Reichen um diese 80 Euro ansuchen werden. Es könnte natürlich sein. Sie hätten sicherlich keinen Bedarf. Ich möchte nochmals das Beispiel Österreichs aufgreifen, wo es in dieser Form gestartet wurde. Auch dort gibt es eine Zuverdienstgrenze, die nicht überschritten werden darf, um das Kindergeld zu erhalten. 80.000 Euro sind eine imaginäre Grenze. Wir haben uns gefragt, wie viele Personen bzw. Familien in Südtirol mehr als 80.000 Euro verdienen. Wahrscheinlich sind es in den meisten Fällen Familien, die im Alter soweit fortgeschritten sind, dass sie keine Kinder mehr bekommen können. Die Jüngeren, die arbeiten, verdienen im Schnitt nicht so viel Geld. Ich weiß nicht, wem die Einkommensgrenze von 80.000 Euro eingefallen ist und weshalb man genau diese Höhe festgesetzt hat. Sie ist dermaßen unrealistisch, dass man sie gleich aufheben hätte können. Der Landeshauptmann hat selber gesagt, dass es vielleicht ein paar Hundert sein werden. Ich weiß es nicht. Darüber wird es keine Statistik geben.

Noch einmal! Wenn wir über das Kindergeld reden, dann denken wir nicht an das Familiengeld. Wir haben stets in diese Richtung argumentiert, in die auch die Landesregierung gegangen ist. Wir haben kein Interesse daran, die Reichen zu fördern. Kollege Pöder hat sicherlich Recht, wenn er sagt, dass mit 80 Euro niemand reicher wird. Wir haben auch gesagt, dass der Beitrag von 80 Euro pro Monat bei diesem Haushalt und bei der derzeitigen sozialen und wirtschaftlichen Situation in Südtirol lächerlich ist. Man hat hier irgendwo einem Druck nachgegeben und plakatiert jetzt das ganze Land, und zwar von zwei Seiten, einerseits von Seiten der Landesregierung und andererseits von Seiten der Südtiroler Volkspartei, die sich selber zur Familienpartei erklärt. Es sagt sehr viel über den inneren Zustand aus.

Kinder sind Kinder und allesamt Steuerzahler! Vergessen wir nicht - das hat meine Kollegin Ulli Mair heute wunderbar ausgeführt - die demographische Entwicklung in unseren Land! Wenn wir morgen noch Steuerzahler haben wollen - den Gesellschaftsvertrag kann man sowieso nicht aufrecht erhalten -, dann zählt jedes Kind. Wenn es um eine familienpolitische Maßnahme geht, ist es mir persönlich relativ egal, ob die Eltern reich oder weniger reich sind. Bei einer sozialpolitischen Maßnahme bin

ich selbstverständlich auf der Seite der Einbringer. Deshalb ersuche ich um getrennte Abstimmung zwischen den Prämissen samt den Punkten 1 und 2 einerseits und Punkt 3 des beschließenden Teils andererseits!

Was den zweiten Punkt anbelangt, möchte ich etwas dazusagen, wenn es heißt: *"Die Landesregierung wird beauftragt, die Auszahlung des Landeskindergeldes möglichst unbürokratisch und ohne Antragsstellung der bezugsberechtigten Personen bzw. Familien zu ermöglichen."* Das bedeutet im Klartext, dass es automatisch ausbezahlt wird. Oder verstehe ich das falsch? Wenn jemand ein Kind bekommt, wird dies ja beim Meldeamt gemeldet. Die Gemeinde könnte somit die Daten an das Auszahlungsamt weiterleiten, welches dann automatisch die Auszahlung tätigt. Es soll natürlich so unbürokratisch wie möglich ablaufen, überhaupt keine Frage! Gerade weil man die beiden Dinge zusammengelegt hat, Landesrat Theiner, befürchte ich, dass es hier möglicherweise sehr, sehr große Konfusion geben wird.

THEINER (Landesrat für Gesundheit und Sozialwesen - SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Im Wesentlichen ist diese Thematik bereits beim vorhergehenden Beschlussantrag ausgeführt worden. Ich möchte unterstreichen, was die Kollegen Leitner und Mair vorgebracht haben. Wir müssen zwischen familienpolitischen und sozialpolitischen Maßnahmen unterscheiden. Ich wiederhole, dass wir das Gesamte sehen müssen. Es handelt sich sowohl um Geldleistungen als auch um Dienste. Unter diesem Gesichtspunkt kann man sagen, dass wir einerseits im Landtag und andererseits im Regionalrat Maßnahmen beschlossen haben, die sich sowohl unter familienpolitischen als auch unter sozialpolitischen Gesichtspunkten sehen lassen können.

Zum Beschlussantrag im Einzelnen! In Punkt 1 wird verlangt, die Beträge rückwirkend ab 1. Januar 2005 auszuführen. Wir haben stets gesagt, dass wir es gemeinsam machen wollen. Gerade um die Prozedur zu vereinfachen, damit die Leute nicht einmal bei der Region und ein anderes Mal beim Land ansuchen müssen, haben wir beides zusammengelegt. Jetzt wird alles über dasselbe Landesamt abgewickelt. Wir haben festgelegt, dass die Auszahlung einheitlich ab 1. Juli erfolgen soll.

Im zweiten Punkt sprechen Sie von einer möglichst unbürokratischen Vorgangsweise. Ihnen ist sicher nicht entgangen, wie das konkret vonstatten gehen soll. Heute konnte man den Medien entnehmen, dass rund drei Viertel der Anträge online übermittelt werden. Das bedeutet, dass wir im Amt nicht über die entsprechenden Unterlagen verfügen. Es wird effektiv nur mehr online gemacht. Wir sind sehr glücklich darüber, wie sich die Zusammenarbeit mit den Patronaten gestaltet. Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit ganz herzlich für die ständige Bereitschaft hier mitzuwirken, bedanken. Wir können somit behaupten, dass der bürokratische Aufwand für den einzelnen Bürger auf ein Minimum reduziert wird.

Herr Pöder, Sie haben zuerst ausgeführt, dass es hierfür die entsprechende Zeit braucht. Ich möchte an diesem Punkt den Vergleich zum Trentino anstellen. Wir gewähren mehr Leistungen als das Trentino. Im Trentino spricht man davon, dass die gesamten regionalen Leistungen mit Ende des Jahres bzw. zu Beginn des nächsten Jahres ausbezahlt werden. Bei uns soll die Auszahlung monatlich erfolgen. Was die Entbürokratisierung anbelangt, muss man anerkennen, dass man sich um moderne Techniken bemüht. Dass die betroffenen Familien Bedarf haben, zeigt uns die sehr hohe Anzahl von Anträgen, die bereits gestellt wurden. Somit sind wir auf dem richtigen Weg.

Wenn man auf die Änderung der Kriterien bzw. Beträge verweist, möchte ich schon hervorheben, dass sie erst in den letzten Monaten beschlossen wurden. Das heißt natürlich nicht, dass sie für die Ewigkeit gelten müssen. Jetzt sollten die Maßnahmen einmal in Kraft treten, damit die Auszahlung erfolgen kann. So können wir die Wirkungen bzw. die sozialpolitischen Auswirkungen beobachten und kontrollieren. Aber jetzt wieder eine Änderung vorzunehmen, ist meiner Meinung nach völlig unangebracht.

PRESIDENTE: Come richiesto dal consigliere Leitner passiamo alla votazione separata.

Pongo in votazione le premesse assieme ai punti 1 e 2 della parte impegnativa: respinti con 9 voti favorevoli, 14 voti contrari e 1 astensione.

Metto in votazione il punto 3 della parte impegnativa: respinto con 6 voti favorevoli, 2 astensioni e i restanti voti contrari.

Gli ordini del giorno dal n. 12 al n. 26 sono ritirati.

Ordine del giorno n. 27 del 7.7.2005, presentato dai consiglieri Heiss, Kury e Dello Sbarba, concernente: in Alto Adige occorre istituire al più presto un osservatorio dei prezzi.

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 27 vom 7.7.2005, eingebracht von den Abgeordneten Heiss, Kury und Dello Sbarba, betreffend: Südtirol benötigt möglichst rasch eine Preisbeobachtungsstelle.

In Alto Adige occorre istituire al più presto un osservatorio dei prezzi. Sono passati quasi quattro anni dall'avvento dell'euro e la spirale dei prezzi è inarrestabile: i consumatori sono duramente colpiti dagli aumenti dei prezzi e delle tariffe. Dopo il minimo storico e la contrazione del prodotto interno lordo, il crollo dei consumi e dei risparmi, e nonostante i tentativi dell'ISTAT di fornire rassicurazioni rispetto all'inflazione, è arrivata una nuova batosta: in Alto Adige gli stipendi sono più bassi di quelli dei nostri vicini del nord, come dimostra un'indagine della UIL/Adoc del Trentino.

Tutti questi dati vanno finalmente analizzati con attenzione per individuare le cause: vanno esaminate innanzitutto le irreali cifre fornite dall'ISTAT, i cui metodi di rilevazione dei prezzi così come i beni del paniere e il peso loro attribuito non corrispondono più alle attuali abitudini di vita, e dunque vanno adeguati.

Vista la tendenza e considerato che salari, stipendi e pensioni sono praticamente rimasti invariati, molti altoatesini si trovano in difficoltà economiche e sono costretti a intaccare i propri risparmi, mentre l'indebitamento aumenta in modo preoccupante.

Per contrastare questa tendenza occorre dare seguito a una vecchia richiesta della tutela dei consumatori: la gente si aspetta che vengano finalmente prese delle contromisure seguendo tre principi di fondo, che sono il controllo, la trasparenza e l'informazione. Soltanto in questo modo si potrà riconquistare la fiducia dei consumatori ed evitare che questi non solo siano sempre più sfiduciati ma spostino ancor più il loro potere d'acquisto altrove. Il tanto deplorato turismo degli acquisti fuori provincia è un fenomeno ormai noto, così come sono note le sue conseguenze per l'economia locale e per le casse del fisco. È la politica che deve trovare il modo di rafforzare il potere d'acquisto e garantire la trasparenza del mercato, perché solo così si riuscirà sostenere il tenore di vita della popolazione e avviare la ripresa economica. Anche le timide iniziative nell'ambito del pacchetto famiglia non produrranno alcun effetto se non si riuscirà a contenere l'aumento dei prezzi. I principali presupposti per un controllo dei prezzi sono:

- *più concorrenza: occorre analizzare i diversi settori economici per verificare se esiste un regime di concorrenza o se vi sono situazioni di monopolio;*
- *canoni e tariffe: occorre controllarne l'aumento su una base pluriennale per poi eventualmente congelarle. Prima di un qualsiasi ulteriore aumento delle tariffe devono essere sentite le parti sociali (lavoratori, rappresentanti dell'economia e rappresentanti dei consumatori).*

Fatte queste premesse,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
sollecita

la Giunta provinciale

a istituire un osservatorio dei prezzi con i seguenti compiti:

- *rilevamento dei prezzi effettivi, anche in periferia, dei principali prodotti e servizi (anche dei servizi di base);*
- *individuazione di eventuali tendenze negative per poter prendere, se necessario, delle contromisure;*
- *analisi di panieri diversi per le diverse tipologie di famiglia, così da avere un quadro dettagliato e differenziato della futura evoluzione dei prezzi per i singoli ceti sociali.*

*Südtirol benötigt möglichst rasch eine Preisbeobachtungsstelle
Fast vier Jahre nach Einführung des Euro dreht sich die Preisspirale immer schneller: Konsumentinnen stöhnen unter Preissteigerungen und Tarifierhöhungen, nach dem historischen Tiefstand und dem Rückgang beim Bruttoinlandsprodukt, dem Einbruch bei Konsum und Ersparnissen und trotz der Beruhigungspillen des ISTAT hinsichtlich*

der Inflation kam kürzlich eine neue Hiobsbotschaft: In Südtirol liegen die Gehälter unter jenen der nördlichen Nachbarländer, wie eine Untersuchung der Gewerkschaft UIL/ Adoc des Trentino aufweist.

All diese Daten sind endlich ernsthaft zu untersuchen und die Hintergründe zu durchleuchten: Anzufangen ist etwa bei den realitätsfremdem ISTAT-Zahlen: Die Methoden für die Preiserhebung sowie die einzelnen Artikel und ihre Gewichtung bei der Zusammensetzung des Warenkorbes decken sich nicht mehr mit heutigen Lebensgewohnheiten und sind daher diesen anzupassen.

Angesichts dieser Entwicklung und der gleichzeitig kaum erhöhten Löhne, Gehälter und Renten wird für viele Südtiroler das Geld knapp und ein Rückgriff auf die Ersparnisse oft kaum ausweichlich, ebenso erreicht die Zunahme von Verschuldung bedrohliches Ausmaß.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, ist eine alte Forderung der Verbraucherschützer umzusetzen: Die Menschen erwarten sich endlich entsprechende Gegenmaßnahmen mit drei Schwerpunkten: Überwachung, Transparenz und Information. Nur mit ihrer Hilfe kann das Vertrauen der Konsumenten wieder gewonnen werden. Andernfalls schwindet nicht nur das Vertrauen, sondern wandert auch die Kaufkraft weiter ab. Der viel beklagte Einkaufstourismus jenseits der Provinzgrenzen ist ein bekanntes Phänomen, ebenso die negativen Folgen dieser Wanderbewegung für die einheimische Wirtschaft und den Steuersäckel. Mithilfe einer politischen Initiative sind Kaufkraftstärkung und Markttransparenz anzustreben, denn nur so können der Lebensunterhalt für die Bevölkerung und eine entsprechende Wirtschaftsentwicklung gewährleistet werden. Auch die zaghaften Ansätze beim Familienpaket laufen ins Leere, falls die Preissteigerungen nicht eingedämmt werden.

Die wichtigsten Punkte für eine Preiskontrolle sind:

- *Mehr Wettbewerb: Alle Wirtschaftssektoren sollen darauf untersucht werden, ob ein entsprechender Wettbewerb vorhanden ist oder ob Monopolsituationen auftreten.*
- *Gebühren und Tarife: Sie sind über einen mehrjährigen Zeitraum zu überprüfen und allenfalls einzufrieren. Vor jeder weiteren Tarifierhöhung sollen die Sozialpartner (Arbeitnehmer, Wirtschaftsvertreter und Vertreter der Verbraucher) angehört werden.*

Unter diesen Voraussetzungen

fordert

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung auf,

eine Preisbeobachtungsstelle einzurichten und ihr folgende Aufgabe zuzuweisen:

- *konkrete Preise über die wichtigsten Produkte und Dienstleistungen (vor allem auch der Versorgungsdienstleistungen) auch peripher zu erheben,*
- *Fehlentwicklungen aufzuzeigen, um evtl. geeignete Maßnahmen ergreifen zu können;*
- *Warenkörbe für unterschiedliche Typen von Familien zu untersuchen, um differenzierte und detaillierte Perspektiven der Preisentwicklung für einzelne Bevölkerungsschichten zu erhalten.*

La parola al consigliere Heiss per l'illustrazione.

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo Verde - Grupa Vërda): Danke, Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Frage der Preisentwicklung hat uns alle in den letzten Jahren sehr in Atem gehalten. Es gibt das bekannte Schlagwort: Der Euro ist ein "Teuro" geworden. Seit der Einführung des Euro Anfang 2002 ist das Preisniveau in ganz Europa, insbesondere in Italien und in Südtirol deutlich nach oben geschneilt. Zweifellos ist es so, dass die Preise erheblich angezogen haben. Es gibt deutliche Anzeichen dafür, dass diese Entwicklung einer sorgfältigen Kontrolle unterzogen werden muss. Die große Frage ist: Inwieweit gibt es eine sorgfältige Preisbeobachtung? Wir alle haben das subjektive Gefühl, dass dieses oder jenes teurer geworden ist. Wir alle überprüfen das fallweise an den jeweiligen Preisschildern, an den jeweiligen Kostenvoranschlägen und an anderen Elementen. Jeder/jede von uns hat dabei den Eindruck, dass bestimmte Preise davonrennen, während bei anderen die Entwicklung eher stabil verläuft. Hier gibt es eine sehr subjektive Empfindungssphäre, die natürlich durch den Blick auf einige spezielle Preissegmente besonders beeinflusst wirkt. Wir wissen alle, dass beispielsweise das Gemüse viel teurer geworden ist. Wir wissen, dass es preisliche Unterschiede im Vergleich zu einzelnen Ländern und naheliegenden Regionen gibt. In diese Richtung ist demnach ein erheblicher Aufklärungsbedarf vonnöten. Das ist der Punkt! Es wird sehr heftig darüber gestritten, was in welchem Ausmaß teurer geworden ist. Besonders stellen wir uns die Frage, ob Südtirol wirklich sehr viel teurer als das naheliegende Ausland, das Bundesland Tirol oder die Nachbarprovinz Trentino ist. Das ist einer der häufigsten Streitpunkte in der öffentlichen Diskussion. Je nach persönlicher Erfahrung wird darauf sehr verschieden geantwortet. Nun ist es zweifellos so, dass gerade auf diese Fragen in den letzten Monaten Antworten gesucht wurden. Einerseits haben die Gewerkschaften Untersuchungen angestellt und einen deutlichen Preisunterschied festgestellt. Sie sind zur Erkenntnis gekommen, dass Südtirol in einigen Bereichen erhebliche Teuerungen aufweist. Auf der anderen Seite hat das WIFO eine sehr ausführliche Studie mit etwa 11.000 erhobenen Preisen vorgelegt. Diese Studie hat deutlich gezeigt, dass das Preisniveau zwischen Südtirol und dem Bundesland Tirol gar nicht so besonders auseinanderklafft. Es gäbe also keine substantiellen Unterschiede zwischen der Provinz Bozen, der Provinz Trient und dem Bundesland Tirol. All das bewege sich ungefähr annähernd auf dem gleichen Level. Man hat erkannt, dass bestimmte Artikel in Tirol wesentlich günstiger sind, wie zum Beispiel Windeln und Medikamente, aber auch Unterhaltungselektronik, während Alkoholika in Südtirol wesentlich günstiger zu haben sind. Es gibt also eine Reihe von Abweichungen. Insgesamt hat das sehr kompetente Team von Lechner und Perkmann in der Hinsicht doch einen Gleichstand feststellen können, wäre da nicht die Ausklammerung der Discounter erfolgt. Diese wurden im Wesentlichen von unseren Bürgerinnen und Bürgern im Bundesland Tirol sehr stark aufgesucht. Genau darin liegt die Krux, dass sich so der Kauf in Richtung bestimmter Produkte hinbewegt. Also wird

ganz gezielt angekauft, was günstiger ist, und zwar entweder in Innsbruck oder in Trient, was verdeutlicht, dass diese Discounter eine wesentliche Rolle spielen. Insofern ist der Vergleich des WIFO sehr fraglich, weil die subjektiven Einkaufsgewohnheiten und die subjektiven Einkaufsorte nicht in vollem Umfang berücksichtigt worden sind. Es geht sehr stark darum, wie Bürgerinnen und Bürger bzw. die Einkaufenden ihre subjektive Einkaufspolitik gestalten. Dies muss sehr sorgfältig beobachtet werden.

Auf jeden Fall ist nach wie vor eine erhebliche Divergenz der Einschätzungen da. Diese Wahrnehmungsdifferenz sollte endlich einmal eingeebnet werden. Es muss eine gewisse Transparenz und Vergleichbarkeit hergestellt werden. Transparenz und Vergleichbarkeit auch deshalb, weil die Warenkörbe, die das ISTAT angibt, zum Beispiel - ganz traditionell - der Kleidung oder den Lebensmitteln, einen sehr hohen Stellenwert einräumen, während andere Dinge in den ISTAT-Warenkorb sehr viel weniger Eingang finden. Es gibt darin eigentlich nur sehr begrenzt die Posten Unterhaltungselektronik, Elektronik und andere Dinge des täglichen Konsums. Das ist der Grund, weshalb es eine Preisbeobachtungsstelle braucht. Sie müsste die Preise in Südtirol, im benachbarten Ausland, im Bundesland Tirol und im Trentino systematisch vergleichen, zugleich aber auch Warenkörbe ermitteln, die wirklich den heutigen Konsums- bzw. Einkaufsstandard real widerspiegeln. Diese Forderung wird besonders von der Verbraucherschutzorganisation erhoben. Sie sagt, dass Vergleiche der subjektiven Einkaufsgewohnheiten und Vergleiche der jeweiligen Schwerpunkte angestellt sowie eine Neuausrichtung der Warenkörbe erfolgen müssen. Das ist ganz wesentlich, um eine Vergleichbarkeit zu ermöglichen.

Zweitens braucht es eine sehr sorgfältige Beobachtung der öffentlichen Tarife, die gleichfalls ein Faktor sind, der zunehmend ins Gewicht fällt. Kollege Pöder hat einen Beschlussantrag eingebracht und ihn jetzt allerdings wieder zurückgezogen. Bei diesem Antrag geht es um die Mülltarife für Familien mit Kindern. Fakt ist, dass diese Tarifbildung sehr unterschiedlich ausfällt. Wir wissen genau, dass die Mülltarife in Meran oder in Bozen weitaus höher liegen als etwa in Vintl oder in anderen peripheren Kleinregionen. Hier bedarf es sehr viel mehr an Beobachtung, um ganz gezielte Anweisungen an die Politik, aber auch an die örtlichen Körperschaften geben zu können. Die Beobachtung der Müll- bzw. Stromtarife, dieser ganzen Tarifpositionen, die eigentlich eine Form von verdeckten, indirekten Steuern sind, muss sehr sorgfältig vonstatten gehen.

Es gibt die Verbraucherschutzorganisation, die unter Andreaus mit sehr wenigen Mitarbeitern ganz hervorragende Arbeit leistet und diese Anregungen immer wieder gibt. Auf jeden Fall muss seitens der öffentlichen Hand bzw. seitens der Landesregierung eine entschiedene Form der Preisbeobachtung eingerichtet werden, die über die okkasionellen, zweifellos begründeten, guten Studien der örtlichen Institutionen hinausführt. Darauf zielt unser Beschlussantrag ab, das heißt die Einrichtung einer Preisbeobachtungsstelle, konkrete Preise peripher zu erheben. Es gibt auch innerhalb Südtirols ein Preisgefälle, Preisunterschiede zwischen Bozen und Reschen, zwischen

den Städten und der Peripherie. Es geht vor allem auch darum, die Warenkörbe neu zu gewichten, besser abzustufen und realitätsnäher zu halten. Deswegen wäre eine große Aufgabenstellung für eine solche Preisbeobachtungsstelle vorhanden, keine Frage! Wie bereits in Vergangenheit möchten wir nachdrücklich dafür plädieren, eine solche Stelle einzurichten, welcher die genannten Aufgaben zugewiesen werden. Wir sind davon überzeugt, dass dies ein wichtiger Beitrag wäre. Mit einer Disziplinierung der Anbieter, einer Informations- und Auskunftsstelle für die öffentliche Hand und vor allem auch der Information für die Konsumenten würden eine wichtige Dienstleistung und eine enorm wichtige Operation zur Kaufkraftstärkung mit relativ geringem Aufwand vorgenommen. Das ist die Begründung unseres Antrages. Ich ersuche um entsprechende positive Würdigung! Danke schön!

SEPMI (Unitalia - Movimento Iniziativa Sociale): Il problema che i colleghi Verdi sollevano è noto a tutti noi, serio e degno di attenzione. Credo però che nella parte impegnativa ci sia già stato quasi un compromesso, perché se quanto avete chiesto nella parte descrittiva l'aveste messo nella parte impegnativa sarebbe stato meglio. Vorrei capire cosa volete dire quando si chiede il rilevamento dei prezzi effettivi. E' chiaro che ci troviamo d'accordo su questa realtà, ma sulla proposta non sono d'accordo. *"Rilevamento dei prezzi effettivi, anche in periferia, dei principali prodotti e servizi (anche dei servizi di base)"*. Esiste già da almeno 15 - 20 anni, e questi prezzi sono anche reali. Ma quando sappiamo quanto costa non abbiamo risolto il problema, e del resto le massaie sanno meglio di noi quanto costa, la merce. Quindi il primo punto è già risolto.

Il secondo punto dice: *"Individuazione di eventuali tendenze negative per poter prendere, se necessario, delle contromisure;"* Ma quali contromisure? La proposta è quali contromisure prendere se ci trovassimo di fronte a queste tendenze negative, che non ho capito quali siano, ma forse la traduzione è un po' elaborata. Un aumento di prezzi spropositato nei confronti di alcuni beni lo abbiamo visto, quali contromisure possiamo prendere?

Continuiamo: *"Analisi di panieri diversi per le diverse tipologie di famiglia, così da avere un quadro dettagliato e differenziato della futura evoluzione dei prezzi per i singoli ceti sociali"*. Questo davvero il mio modo di pensare non lo può accettare. Se ho capito bene, voi pensate che se esistono quattro fasce sociali, o 3. Siccome la fascia sociale A che è la più ricca, abituata a fare colazione con caviale e champagne e a viaggiare con la Maserati quattro porte, andiamo a verificare qual è il suo potere d'acquisto in base al paniere a cui fa riferimento. Però io vi dico che se aumenta il caviale, lo champagne e la Maserati quattro porte non ce ne può fregare di meno. E' la fascia più debole che ci interessa. Non ho capito tutto questo ragionamento astruso. Noi abbiamo bisogno di un paniere semplice, che è quello già precostituito, che dia la possibilità di vita in modo soddisfacente alle classi meno abbienti, perché è sulla base di questo che dobbiamo prendere delle posizioni. E' il costo della vita per chi ha diffi-

coltà ad arrivare alla fine del mese, in un paniere dove ci sia il pane, il latte, la verdura e forse anche il pesce, ma non sicuramente caviale e champagne che è l'ultima fascia di reddito. Non riesco nemmeno a capirlo questo terzo passaggio, o meglio lo capisco ma non lo considero da prendere in considerazione.

Mi riconosco in questa problematica, noi abbiamo cercato di dare delle risposte precise e dettagliate, ma delle risposte concrete, non mettere in luce una condizione dicendo: "portando, se necessario, delle contromisure". Ma quali? La proposta dovrebbe prevederle, altrimenti è solo una denuncia di uno status quo, che tutti conosciamo.

Di fatto il primo punto esiste già, il secondo non dice niente, perché vuole solo individuare ma non dà risposte, il terzo punto prevede di dividere in quattro, 3 o 2 fasce sociali quelli che sono dei panieri tipo di consumi di determinate fasce di reddito. Francamente ritengo che le fasce di reddito più ricche non abbiano bisogno di essere collocate in questa graduatoria, perché nessuno mi può contestare che chi è ricco sta bene dappertutto, quindi lasciamolo fuori da questo tipo di analisi.

FRICK (Landesrat für Handwerk, Industrie, Handel sowie Finanzen und Haushalt - SVP): Ich teile einen Teil der Analyse, die von den beiden Rednern gemacht worden ist, insbesondere vom Einbringer, Kollegen Heiss. Es braucht mehr Information, vor allem zuverlässige Information. Ich komme allerdings in der Conclusio zum Gegenteiligen, um der jetzigen, nicht immer befriedigenden Situation abzuhelfen. In Wirklichkeit haben wir zu viele Erhebungen, widersprüchliche Erhebungen und durchaus einige - ohne dies moralisch bewerten zu wollen - unseriöse Erhebungen, die natürlich mit gewissen Interessen zusammenhängen. Sie hängen vielleicht auch damit zusammen, dass der eine oder andere irgendwelche Zahlen publizieren will, obwohl er nicht das Geld bzw. die Kompetenz hat, seriöse Zahlen liefern zu können. Somit bin ich der Meinung, dass wir uns auf die Dinge, die gemacht wurden bzw. schon vorhanden sind, konzentrieren und diese weiterführen sollen. Insbesondere zwei Dinge sollten wir verbessern. Das eine ist der "Filone" auf nationaler Ebene, den wir so oder anders nicht verlassen können, meiner Ansicht auch nicht verlassen sollen, da auch das ASTAT mitarbeitet. Die ständige berechtigte Kritik lautet: Sind die Warenkörbe, die da erhoben werden, wirklich noch aktuell? Beschreiben sie die realen Einkaufsnotwendigkeiten und Konsumgewohnheiten der Bürger? Die Antwort kann nicht eine hausgemachte sein, die Antwort muss notwendigerweise abgesprochen werden. Jeder, der sich mit Statistiken auseinandersetzt, weiß, welch hohes Gut die Vergleichbarkeit von Zahlen ist. Infolgedessen scheint mir dort diese Einbindung absolut notwendig zu sein. Ich weiß, dass sich das ASTAT um die Verbesserung der Warenkörbe und um die Berücksichtigung Südtiroler Spezifika bemüht.

Auf der anderen Seite - ich hatte bereits die Gelegenheit, kurz darüber zu berichten - gibt es diese neue Initiative des von dir zitierten Preisvergleiches. Sie ist in ihrer ersten Ausgabe noch unvollständig, und zwar auch in Bezug auf die Trägerschaft.

Wir denken daran, sie inhaltlich noch besser zu machen. Was die Breite angeht, ist sie schon so gut wie keine andere. Meiner Ansicht nach sollte es nicht nur eine Studie dieses Forschungsinstitutes sein, sondern die Studie sollte gemeinsam getragen werden. Daran arbeite ich momentan, sodass all jene, die interessiert sind, mitwirken können und sich dann in den Zahlen, die da herauskommen, wirklich wiederfinden. Wir müssen dem ständigen Nachlaufen von der einen oder anderen Organisation und somit dem Risiko, Zahlen herauszugeben, wie sie neulich herausgekommen sind, entgegen-treten. Wir müssen sie neu veröffentlichen und ein neues Bild geben. Es handelt sich nachweislich um eine falsche Zusammensetzung der Produkte. Sogar falsche Preise sind in die Studie hineingekommen. Der Effekt dieser Studie in der breiten Öffentlichkeit ist sicher nur Verunsicherung und eine Emotionalisierung dieser Diskussion.

Abschließend ersuche ich um Verständnis dafür, dass wir nicht noch eine Stelle einrichten bzw. eine weitere Studie machen wollen. Unserer Meinung nach müssen die vorhandenen Studien verbessert und intensiviert werden.

PRESIDENTE: Metto in votazione l'ordine del giorno n. 27: respinto con 4 voti favorevoli, 6 astensioni e i restanti voti contrari.

Considerato che per la trattazione dell'ordine del giorno n. 28 ci vuole la presenza dell'assessore Widmann, che al momento non c'è, chiudiamo i lavori.

La seduta è tolta.

ORE 18.50 UHR

SITZUNG 59. SEDUTA

12.7.2005

Sono intervenuti i seguenti consiglieri:
Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

BIANCOFIORE (68)

FRICK (87, 94, 112)

HEISS (38, 98, 109)

KLOTZ (33, 97)

KURY (77)

LEITNER (59, 93, 103)

MAIR (44, 95, 97)

MINNITI (29, 98)

PÖDER (53, 102)

SEPPI (71, 111)

THEINER (99, 105)